



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Systemwechsel und Transformationsprozess
in Polen und Tschechien“

Verfasser

Andreas Baravalle

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ.Prof. Dr. Peter Gerlich

Danksagung

Zu allererst möchte ich mich ganz herzlich bei meiner Lebensgefährtin Martina für ihre – vor allem moralische – Unterstützung während der letzten annähernd vier Jahre bedanken, die es mir erst ermöglichte, mein Studium abzuschließen und diese Diplomarbeit zu verfassen.

Mein weiterer Dank gilt meinen Eltern, Gertrude und Louis, die immer an mich glaubten und mich dadurch bestärkten, mein Studium zu beenden. Diese Diplomarbeit widme ich vor allem meinem Anfang Juni 2009 unerwartet verstorbenen Vater Louis, der sich schon so sehr auf den Abschluss meines Studiums gefreut hatte und diesen nun zu meinem allergrößten Bedauern nicht mehr miterleben darf, sowie meiner Tochter Miriam, deren bevorstehende Geburt mich Ende 2005 dazu bewog, mein Studium fortzusetzen.

Nicht zuletzt bedanke ich mich bei Univ.Prof. Dr. Peter Gerlich für die Betreuung meiner Diplomarbeit, sowie bei meinem Zweitprüfer Univ.Prof. Dr. Dieter Segert.

Inhaltsverzeichnis

1	<u>EINLEITUNG:</u>	9
2	<u>TRANSFORMATIONSFORSCHUNG:</u>	11
2.1	BEGRIFFSKLÄRUNG:	12
2.1.1	SYSTEMWECHSEL, TRANSITION UND TRANSFORMATION:	12
2.1.2	AUTORITÄRE UND TOTALITÄRE SYSTEME:	14
2.2	DIE GESCHICHTE DER TRANSFORMATIONSFORSCHUNG:	16
2.3	TRANSFORMATIONSTHEORIEN:	18
2.3.1	SYSTEMORIENTIERTE MODERNISIERUNGSTHEORIEN:	18
2.3.1.1	Die Systemtheorie Parsons:	18
2.3.1.2	Die autopoietische Systemtheorie Luhmanns:	19
2.3.1.3	Modernisierungstheorien:	20
2.3.1.4	Fazit:	21
2.3.2	STRUKTURTHEORIEN:	22
2.3.2.1	Strukturalistische Ansätze:	22
2.3.2.2	Vanhanens Machtressourcen-Ansatz:	24
2.3.2.3	Fazit:	25
2.3.3	KULTURTHEORIEN:	25
2.3.3.1	Religiös-kulturelle Zivilisationstypen:	26
2.3.3.2	Soziales Kapital:	27
2.3.3.3	Fazit:	27
2.3.4	AKTEURSTHEORIEN:	28
2.3.4.1	Deskriptiv-empirische Ansätze:	28
2.3.4.2	Rational choice Ansätze:	30
2.3.4.3	Fazit:	30
2.3.4.4	Die Rolle von Massen und Eliten:	31
2.3.5	NOTWENDIGKEIT EINER THEORIENSYNTHESE:	33
2.4	TRANSFORMATIONSPHASEN:	33
2.4.1	ENDE DES AUTOKRATISCHEN SYSTEMS:	35
2.4.1.1	Ursachen:	36
2.4.1.2	Verlaufsformen:	37

2.4.2	INSTITUTIONALISIERUNG DER DEMOKRATIE:	39
2.4.3	KONSOLIDIERUNG DER DEMOKRATIE:	40
2.4.3.1	Konstitutionelle Konsolidierung:	42
2.4.3.2	Repräsentative Konsolidierung:	42
2.4.3.3	Verhaltenskonsolidierung:	43
2.4.3.4	Konsolidierung der Bürgergesellschaft:	44
3	<u>DIE DEMOKRATISIERUNG OSTEUROPAS UND DAS ‚ERFOLGSMODELL MITTELOSTEUROPA‘:</u>	45
3.1	UNTERSCHIEDE ZU LATEINAMERIKA, SÜDEUROPA UND DER ZWEITEN DEMOKRATISIERUNGSWELLE:	45
3.1.1	ALLGEMEINE UNTERSCHIEDE:	45
3.1.2	DAS ‚DILEMMA DER GLEICHZEITIGKEIT‘:	47
3.1.2.1	Problem der (National-)Staatsbildung:	48
3.1.2.2	Problem der Demokratisierung:	48
3.1.2.3	Problem des Wirtschaftsumbaus:	49
3.2	URSACHEN FÜR DIE SYSTEMZUSAMMENBRÜCHE IN OSTEUROPA:	51
3.3	DAS ERBE DES STAATSSOZIALISMUS:	53
3.4	DAS KONZEPT DER PFADABHÄNGIGKEIT UND DIE OSTEUROPÄISCHEN TRANSFORMATIONSPFADE:	54
3.5	DAS ‚ERFOLGSMODELL MITTELOSTEUROPA‘:	56
3.6	FAZIT:	58
4	<u>DIE TRANSFORMATION POLENS UND TSCHEDIENS:</u>	61
4.1	DIE ABLÖSUNG DER ALTEN POLITISCHEN REGIME:	61
4.1.1	DER AUSGEHANDELTE SYSTEMWECHSEL IN POLEN:	61
4.1.2	REGIMEKOLLAPS UND STAATSTRENNUNG IN DER TSCHEDOSLOWAKEI:	67
4.1.3	GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE:	70
4.2	DER WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE UMBAU:	73
4.2.1	WIRTSCHAFTSREFORMEN:	73
4.2.1.1	Die polnische Schocktherapie:	73
4.2.1.2	Die tschedsche „Marktwirtschaft ohne Adjektive“:	76
4.2.1.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede:	77
4.2.2	DER UMBAU DES POLITISCHEN SYSTEMS IN POLEN:	78
4.2.2.1	Verfassung:	78
4.2.2.2	Staatspräsident:	80
4.2.2.3	Parlament:	81

4.2.2.4	Regierung:	82
4.2.2.5	Parteien und Wahlbewegungen:	85
4.2.3	DER UMBAU DES POLITISCHEN SYSTEMS IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK:	92
4.2.3.1	Verfassung:	92
4.2.3.2	Staatspräsident:	93
4.2.3.3	Parlament:	94
4.2.3.4	Regierung:	94
4.2.3.5	Parteien:	96
4.2.4	GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE DES POLITISCHEN UMBAUS:	99
4.2.4.1	Politisches System:	99
4.2.4.2	Zivilgesellschaft, politische Kultur und die Rolle der Kirche:	111
4.2.4.3	Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit:	116
4.2.5	DER BEITRITT ZUR EUROPÄISCHEN UNION:	118
4.3	DIE KONSOLIDIERUNG DER DEMOKRATIE IN POLEN UND TSCHECHIEN:	122
5	<u>ZUSAMMENFASSUNG:</u>	127
6	<u>ANHANG:</u>	131
6.1	DIE 21 FORDERUNGEN VON DANZIG:	131
6.2	ZITIERWEISE:	132
6.3	ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS:	132
6.4	LITERATURVERZEICHNIS:	133
7	<u>ABSTRACT:</u>	145
8	<u>LEBENS LAUF:</u>	147

1 Einleitung:

2009 jährt sich zum 20. Mal das Ende des Kommunismus in Osteuropa. Die Ereignisse des Jahres 1989 kamen damals doch überraschend. Ich selbst wuchs nur wenige Kilometer entfernt vom ‚Eisernen Vorhang‘ in der Nähe von Sopron (Ödenburg) auf und maturierte im Juni 1989. In diesem Jahr waren vor allem die Printmedien voll von Berichten über die Ereignisse jenseits der Grenze zum Ostblock. Die Bilder von der Durchtrennung des Stacheldrahtzauns zwischen Österreich und Ungarn durch Außenminister Alois Mock, von den Massendemonstrationen in Polen und der DDR oder vom Fall der Berliner Mauer waren prägend für meine Generation. Mich selbst bestärkten diese Ereignisse in meinem Entschluss, Politikwissenschaften zu studieren. All die Jahre danach war ich sehr an der weiteren politischen Entwicklung – vor allem – der Staaten Mitteleuropas interessiert. Nach einer mehrjährigen Unterbrechung meines Studiums fasste ich Ende 2005 den Entschluss, dieses endlich abzuschließen. Im Sommersemester 2007 verfasste ich bei Dr. Jana Starek eine Proseminararbeit mit dem Titel ‚Das politische System der Tschechischen Republik und die Rolle der ehemaligen Dissidenten nach 1989‘ und im Sommersemester 2008 eine Seminararbeit bei Prof. Dr. Peter Gerlich zum Thema ‚Die Rolle der Solidarnosc am Systemwechsel und im Transformationsprozess in Polen‘. Durch diese beiden Arbeiten kam mir Ende 2008 die Idee zu dieser Diplomarbeit. Teile der beiden Arbeiten flossen so auch in meine Magisterarbeit ein. Ziel meiner Diplomarbeit ist es, nach 20 Jahren Bilanz zu ziehen und einen Vergleich der beiden Länder (Polen und Tschechien), wie sie sowohl den Systemwechsel als auch den Transformationsprozess gemeistert haben, anzustellen. Wo lagen die Schwierigkeiten, wo gab es Hindernisse aus dem Weg zu räumen, wie wurde mit verschiedensten Problemlagen umgegangen, etc...? Im Mittelpunkt der Arbeit steht aber nicht der Vergleich theoretischer Erklärungsversuche des Systemwandels in Osteuropa – auch wenn sie in dieser Arbeit als wichtige Hintergrundinformation dienen – mit den Geschehnissen in Polen und Tschechien. Sie soll vielmehr eine vergleichende Bestandsaufnahme des bisher in diesen Ländern erreichten sein und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da das den Rahmen einer Diplomarbeit sprengen würde. Dies ist auch aufgrund des (sehr) allgemein formulierten Titels meiner Diplomarbeit gar nicht möglich. Diesbezüglich kam ich allerdings zu dem Schluss, dass sowohl die Phasen des Systemwechsels, der Transformation als auch der Konsolidierung in politischer und ökonomischer Hinsicht in diese Arbeit einfließen müssen, da sie vor allem in Hinblick auf den Beitritt zur ‚Europäischen Union‘ untrennbar miteinander verbunden sind. Die beiden Länder

wurden von mir auch ausgewählt, da es sich hier um völlig unterschiedliche Verlaufsformen der Systemzusammenbrüche handelt. Es ist daher in weiterer Folge umso interessanter, wie Polen und Tschechien die nachfolgende Transformation ihrer politischen und ökonomischen Systeme bewältigt haben.

Den Beginn meiner Diplomarbeit bildet ein allgemeines Kapitel über die Transformationsforschung. In dessen Mittelpunkt stehen vor allem die Transformationstheorien. Aber auch den Phasen einer Transformation ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Beide Kapitel sind eng an Wolfgang Merkels Buch ‚Systemtransformation‘ angelehnt, da er darin einen umfassenden Einblick in die moderne politikwissenschaftliche Transformationsforschung bietet. Sodann folgt der Teil über die Demokratisierung Osteuropas. Er beinhaltet sowohl die Ursachen für den Systemzusammenbruch als auch die verschiedenen Transformationspfade, die danach eingeschlagen wurden. Ein weiterer Abschnitt hier ist den Unterschieden – vor allem – zu den Systemwechseln in Südeuropa gewidmet, welche die Feststellung einiger Autoren plausibel erscheinen lässt, es handle sich bei der Demokratisierung Osteuropas um eine vierte eigenständige Demokratisierungswelle. Den Abschluss dieses Kapitels bildet die Schilderung des Erfolgsmodells Mittelosteuropa, zu dem beide Länder gezählt werden. Der Hauptteil meiner Diplomarbeit widmet sich schließlich speziell der Transformation Polens und Tschechiens. Er reicht von den unterschiedlichen Ablösungsformen der alten politischen Systeme über den wirtschaftlichen und politischen Umbau beider Länder bis hin zu einer Einschätzung der Konsolidierungserfolge.

2 Transformationsforschung:

Zu einem zentralen Thema politikwissenschaftlicher Forschung wurde die Transformation von autoritären und totalitären Regimen zu Demokratien im Zuge der dritten Demokratisierungswelle seit Beginn der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Detaillierte Untersuchungen - sowohl empirischer wie auch theoriebildender Art – wurden angestellt. Dabei wurden Ursachen, Elemente und Verlauf der Transformationsprozesse analysiert (siehe Kapitel 2.2 bis 2.4). Insgesamt gab es nach Huntington drei große Demokratisierungswellen und zwei Gegenwellen. Die erste lange Welle (1828 – 1922/26) hatte ihre Wurzeln in der französischen und amerikanischen Revolution und erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg. Es folgte die erste autokratische Gegenwelle (1922/26 – 1942), die in Europa und Lateinamerika eine Reihe autokratischer Regime entstehen ließ. Die zweite kurze Demokratisierungswelle (1943 – 1962) wurde durch das Ende des zweiten Weltkrieges ausgelöst. Unter der Aufsicht der alliierten Siegermächte wurden so z.B. in Österreich, Deutschland, Italien und Japan demokratische politische Systeme installiert. Dieser Demokratisierungsschub fand sein jähes Ende mit der zweiten autokratischen Gegenwelle (1958/62 – 1974), als in Lateinamerika in mehreren Ländern Militärdiktaturen entstanden. 1974 begann dann mit einem Militärputsch gegen das portugiesische Caetano-Regime die dritte Welle der Demokratisierung (1974 – Anfang der 90er Jahre). Sie erfasste vor allem Südeuropa, Lateinamerika und Ostasien. Laut Huntington fand die dritte Welle ihren Höhepunkt im Zusammenbruch der kommunistischen Regime Osteuropas.¹ Andere Autoren wie etwa Von Beyme (1994)² gehen allerdings von vier Wellen der Demokratisierung aus und ordnen die Transformationsprozesse in Osteuropa einer eigenen Welle zu. Dies liegt vor allem an den Besonderheiten der osteuropäischen Systemwechsel, denn die Ausgangssituationen und Probleme der ehemals realsozialistischen Staaten ließen sich nur bedingt mit denen der südamerikanischen und südeuropäischen vergleichen.³

¹ Vgl. Merkel 1999, S. 17-19 und 174

² Anmerkung: Im Text mit Jahreszahl erwähnte Autoren sind im Kapitel 7 (Literaturverzeichnis) aufgelistet.

³ Vgl. Pallinger 1997, S. 1

2.1 Begriffsklärung:

Mit dem Einsetzen der dritten Demokratisierungswelle stieg wie schon erwähnt das Interesse an der Transformationsforschung enorm und das führte – vor allem auch nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen kommunistischen Regime – zu einer wahren Flut von Transformationsanalysen. In der Folge führte das zu einer Vielzahl von Begriffen – diese „wurden aber selten zureichend geklärt und mitunter auch synonym zur Beschreibung ein und derselben historischen Ereignisse und Prozesse verwandt.“⁴ Im Folgenden sollen nun die Begriffe *Systemwechsel*, *Transition* und *Transformation* einer Klärung zugeführt werden. Anschließend werden auch noch die Unterschiede zwischen autoritären und totalitären Systemen herausgearbeitet, da diese Unterscheidung im späteren Verlauf der Arbeit bei der Klassifizierung der politischen Systeme Polens und der Tschechoslowakei vor der Wende von Bedeutung ist.

2.1.1 Systemwechsel, Transition und Transformation:

O'Donnell/Schmitter (und Whitehead) prägten mit ihrer Studie ‚Transitions from Authoritarian Rule‘ den Begriff der *Transition*: „‘Transition‘ is the interval between one political Regime and another.“⁵ Pallinger bezeichnet den *Systemwechsel* als Oberbegriff, der das Phänomen kennzeichnet und verwendet *Transition* und Rückfall (in das alte autokratische Regime) als Unterbegriffe, welche die Richtung des Prozesses angeben. Er meint, *Transition* sei die Phase des friedlichen Übergangs von einem autoritären zu einem liberalen, demokratischeren Regimetypus, ist also normativ besetzt und bezieht sich ausschließlich auf das politische System. Abgegrenzt werden muss das Konzept des *Systemwechsels* aber von den Theorien des sozialen Wandels (*Transformation*), denn diese untersuchen die langfristigen Veränderungsprozesse der Tiefenstruktur einer Gesellschaft. Auch beschäftigen sich *Transformationen* mit langfristigen Trends, *Systemwechsel* stellen aber nur kurz- bis mittelfristige Phänomene dar.⁶

Nohlen/Schultze definieren *Systemwechsel* als den „Prozeß des Übergangs von einem Regimetyp zu einem anderen, insbes. jener von einer (...) Diktatur, von einem (...)

⁴ Merkel 1999, S. 69

⁵ O'Donnell/Schmitter 1986, S. 6, (zitiert nach: Pallinger 1997, S. 2)

⁶ Vgl. Pallinger 1997, S. 2-3

[a]utoritären Regime oder vom (...) Totalitarismus (als Regimetyp) zur (...) Demokratie.“⁷
Diese Definition impliziert aber schon eine Richtung (hin zur Demokratie) und deckt sich im Grunde mit Pallingers Erklärung der *Transition*.

Merkel beschreibt die drei Begriffe folgendermaßen⁸:

- *Systemwechsel* ist das Intervall zwischen einem alten und einem neuen politischen System, innerhalb dessen sich Herrschaftszugang, -struktur, -anspruch und Herrschaftsweise grundsätzlich verändern.
- *Transition* bedeutet wörtlich übersetzt ‚Übergang‘ und wird fast ausschließlich für einen solchen von einem autokratischen zu einem demokratischen System verwendet.
- *Transformation* wird als Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwechsels gebraucht und schließt somit die Begriffe Systemwechsel und Transition mit ein.

Waldrauch verwendet eine Klassifizierung von Eberwein/Groenen (1992), die *Transformation* als langfristig zu betrachtenden Prozess und *Transition* als Zeitraum vom Zusammenbruch des alten bis zur Etablierung eines neuen Regimes verstehen. Die *Transformation* gliedert sich für ihn in mehrere Phasen: (1) Krise des autoritären Regimes; (2) Zusammenbruch des autoritären Regimes; (3) Übergang zu einem neuen Regime; (4) Etablierung des neuen Regimes; (5) Konsolidierung des neuen Regimes. Die *Transition* umfasst hier die Phasen 2 bis 4.⁹

Waldrauch unterscheidet in weiterer Folge drei Arten¹⁰ politischer *Transition*:

- Von einem autoritären zu einem demokratischen Regime
- Von einem demokratischen zu einem autoritären Regime
- Von einem autoritären zu einem anderen autoritären Regime

O'Donnell und Schmitter unterteilen die Phase der *Transition* in jene der Liberalisierung und Demokratisierung, denen eine Phase der Konsolidierung folgt.¹¹

Zusammenfassend – dies gilt auch für diese Diplomarbeit – kann man sagen, dass *Systemwechsel* und *Transition* denselben Prozess bezeichnen – nämlich den Übergang eines politischen Systems zu einem anderen, wobei in der Literatur bei beiden Begriffen die Richtung manchmal als wertneutral und manchmal als wertend (hin zur Demokratie oder zur Diktatur) definiert wird. Sie beschreiben einen kurz- bis mittelfristigen Prozess. *Transformation* dagegen wird als Überbegriff verwendet und als ein langfristiger Prozess

⁷ Nohlen/Schultze 2004, S. 970

⁸ Vgl. Merkel 1999, S. 75-76

⁹ Vgl. Waldrauch 1994, S. 5

¹⁰ Vgl. Waldrauch 1994, S. 50

¹¹ Vgl. Waldrauch 1996, S. 11

verstanden, der auch die Phase der Konsolidierung beinhaltet und außerdem nicht nur politische sondern auch noch ökonomische, kulturelle und sonstige Wandlungsprozesse impliziert.

2.1.2 Autoritäre und totalitäre Systeme:

Da mit dem Begriff Transition in dieser Arbeit der Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen politischen System gemeint ist, ist es notwendig auch diese Begriffe zu definieren.

Eine Demokratie ist demzufolge nach Heinz Gärtner „eine institutionalisierte Form der (...) Konfliktaustragung mit der Möglichkeit des Macht- und Regierungswechsels durch periodische und faire allgemeine Wahlen mit der Beteiligung eines substantiellen Teils der Bevölkerung.“¹² Viele Demokratietheorien sind von Schumpeter abgeleitet: „Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.“¹³

Nach Hans Kelsens (1925) ‚Allgemeiner Rechtslehre‘ fallen unter den Begriff Autokratien alle nicht-demokratischen politischen Systeme und somit auch autoritäre und totalitäre Systeme. Juan Linz definiert autoritäre Systeme anhand von drei Merkmalen, die sie von demokratischen und totalitären unterscheiden. Sie verfügen nur über einen eingeschränkten politischen Pluralismus, legitimieren sich über einen Rückgriff auf einzelne Werte wie Patriotismus oder Nationalismus und es existiert nur eine eingeschränkte politische Partizipation aufgrund einer demobilisierten Gesellschaft. Merkel unterscheidet nun zwischen neun Grundtypen, von denen nur die ‚kommunistisch-autoritären Regime‘ für diese Arbeit von Bedeutung sind. In diese Kategorie fallen kommunistische Parteidiktaturen wie etwa jene in Polen. Sie sind gekennzeichnet durch ein kollektives Führungsgremium, welches ein Minimum an Pluralismus gewährt und ihren Herrschaftsanspruch nicht in alle Winkel des Alltagslebens trägt. Die kommunistische Partei ist das einzig legitime Machtzentrum und akzeptiert nur abhängige Satellitenparteien.¹⁴

Um eine Diktatur als totalitär zu definieren, muss sie nach Friedrich und Brzezinski (1968) zumindest diese sechs Kriterien erfüllen: eine das gesamte System überwölbende Ideologie,

¹² Gärtner 2005, S. 30

¹³ Schumpeter 1950, S. 427-428, (zitiert nach: Gärtner 2005, S. 30)

¹⁴ Vgl. Merkel 1999, S. 36-38

eine einzige Massenpartei, ein Terrorsystem, ein Medienmonopol, ein Kampfaffenmonopol und eine zentrale Wirtschaftslenkung. Auch hier möchte ich nur auf die ‚*kommunistisch-totalitären Regime*‘ näher eingehen. Zu dieser Kategorie zählen kommunistische Parteidiktaturen wie jene in der Tschechoslowakei oder kommunistische Führerdiktaturen wie jene in Rumänien. Hier ist der Herrschaftszugang völlig geschlossen und jegliche Opposition oder Abweichung wird durch repressive und terroristische Maßnahmen zu verhindern versucht. Die eigentliche Form totalitärer kommunistischer Herrschaft ist die Führerdiktatur, in welcher der KP-Generalsekretär die gesamte Partei- und Staatsmacht innehat.¹⁵

Tabelle 1: Merkmale demokratischer, autoritärer und totalitärer Systeme¹⁶

	Demokratie	Autoritäres System	Totalitäres System
Herrschaftslegitimation	Volkssouveränität	Mentalitäten	geschlossene Weltanschauung
Herrschaftszugang	offen (universelles Wahlrecht)	eingeschränkt (eingeschränktes Wahlrecht)	geschlossen (kein Wahlrecht)
Herrschaftsmonopol	bei demokratisch legitimierten Institutionen	bei Führern/Oligarchen über Mentalität ‚legitimiert‘ und über Repression abgesichert	bei weltanschaulich legitimierten und durch Repression abgesicherten Führer(n)
Herrschaftsstruktur	pluralistisch (Gewaltenteilung, Gewaltenhemmung, Gewaltenkontrolle)	semipluralistisch (weitgehend eingeschränkte Gewaltenteilung, Gewaltenhemmung, Gewaltenkontrolle)	monistisch (keine Gewaltenteilung, Gewaltenhemmung, Gewaltenkontrolle)
Herrschaftsanspruch	eng begrenzt	umfangreich	unbegrenzt
Herrschaftsweise	rechtsstaatlich	rechtsstaatlich bis nicht-rechtsstaatlich, repressiv	nicht rechtsstaatlich, systematisch repressiv, terroristisch

Die unterschiedlichen Handlungs- und Reaktionsweisen des totalitären Regimes in der CSSR einerseits und des autoritären in Polen andererseits verursachten dementsprechend in späterer Folge auch differente Wege der Ablösung der alten politischen Eliten (siehe Kapitel 4.1.3).

¹⁵ Vgl. Merkel 1999, S. 48 und 50-51

¹⁶ Quelle: Merkel 1999, S. 28

Merkel unterscheidet nun demokratische, autoritäre und totalitäre Systeme, indem er sechs Klassifikationskriterien heranzieht, die sich ausschließlich auf Herrschaft in einem politischen System beziehen (siehe Tabelle 1).¹⁷

2.2 Die Geschichte der Transformationsforschung:

Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts beschäftigten sich einige Autoren (Parson 1951; Lipset 1959; Moore 1969; Huntington 1968) mit funktionalistischen und strukturalistischen theoretischen Konzepten der Transformationsforschung. In diesen Konzepten wurde das Entstehen und die Stabilität von Demokratie vor allem politik-exogenen Faktoren zugeschrieben. Demzufolge begünstigen wirtschaftliche und gesellschaftliche Gegebenheiten eine Demokratisierung.

Dankwart Rustow (1970) war dann der erste, der die Wichtigkeit politischer Akteure – abseits struktureller Vorbedingungen – erkannte. In seinem Artikel ‚Transitions to Democracy‘ entwickelte er ein Phasenmodell des Übergangs von nicht-demokratischen zu demokratischen Regimen. Als *Vorbedingung* („*background condition*“) ortet er die nationale Einheit eines Landes. In der *Vorbereitungsphase* („*preparatory phase*“) gehen der Demokratisierung eines Landes lange, ergebnislose politische Konflikte zwischen sozialen Gruppen oder Klassen voraus. In der *Entscheidungsphase* („*decision phase*“) kommt es schließlich zu einer Einigung in Fragen des vorangegangenen Konfliktes. Die *Gewöhnungsphase* („*habituation phase*“) soll schlussendlich dazu führen, dass die zuvor eingeführten demokratischen Entscheidungsverfahren sowohl von Politikern als auch von der Bevölkerung akzeptiert werden. Mit diesem Modell leitete Rustow einen Wandel in der Transformationsforschung hin zu einer Analyse der Mikroebene politischer Systemwechselprozesse ein.¹⁸

Die dadurch in den USA in den 70er Jahren entstandene ‚Transitionsforschung‘ wurde vor allem durch die Untersuchungen von Regimewechseln in Lateinamerika und Südeuropa im Zuge der dritten Demokratisierungswelle begründet. Die ‚Transitionsforschung‘ ist ein „Zweig der (...) [v]ergleichenden Regierungslehre (Systemforschung), der sich mit dem (...) Systemwechsel von (...) [a]utoritären Regimen zu (...) Demokratien beschäftigt.“¹⁹ Diese Schule ist akteurszentriert, betont die Ungewissheit des Ausgangs von Demokratisierungsprozessen und arbeitete vier Phasen im Transformationsprozess heraus:

¹⁷ Vgl. Merkel 1999, S. 25

¹⁸ Vgl. Waldrauch 1994, S. 10-11 und 1996, S. 7-8

¹⁹ Nohlen/Schultze 2004, S. 1000

Krise des alten Regimes => Liberalisierung => Demokratisierung => Konsolidierung. Die Vertreter dieser Richtung kamen zu dem Schluss, dass es häufig zufällige Prozesse sind, die einen Regimewechsel hervorrufen. Des Weiteren spielt für sie die nationale Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft eine wesentliche Rolle für das Entstehen von Demokratie. Nicht zuletzt wird wirtschaftlicher und kultureller Wandel auch von einem Wandel auf anderen Gebieten begleitet. Dies falls besteht in der ‚Transitionsforschung‘ allerdings kein Kausalzusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung.

In den 80er und beginnenden 90er Jahren waren es vor allem Arbeiten von O'Donnell/Schmitter (1986) und Przeworski (1986) mit ihren akteurstheoretischen Überlegungen, welche die fachliche Diskussion prägten. Erst im weiteren Verlauf der neunziger Jahre erschienen dann „theoretisch vergleichende Analysen, die von einer ausgewogeneren Berücksichtigung funktionalistischer, strukturalistischer, kulturalistischer und handlungstheoretischer Überlegungen geprägt waren (Karl/Schmitter 1991; Huntington 1991; von Beyme 1994; Offe 1994; Linz/Stepan 1996).“²⁰ Im deutschsprachigen Raum beschäftigt sich vor allem eine Gruppe rund um Wolfgang Merkel mit der Systemwechselforschung. Im Gegensatz zur klassischen Transformationsforschung, die vor allem Entscheidungen von Elitenakteuren hervorhebt, weisen sie auch auf die Rolle der Institutionen hin. Demzufolge schaffen politische Akteure Institutionen, die ihrerseits Handlungskorridore öffnen oder als solche beschränkend auf den Handlungsspielraum der Akteure wirken. Gegenwärtig lassen sich nach Merkel „vier große Theoriestränge in der Transformationstheorie und Transformationsforschung erkennen: System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien. Diese unterschiedlichen Ansätze suchen die Ursachen, Erfolge und Misserfolge demokratischer Systemwechsel auch in unterschiedlichen sozialen Teilsystemen: die systemorientierten Modernisierungstheoretiker, vor allem in Wirtschaft und Gesellschaft, die Strukturalisten im Staat und in den sozialen Klassen, die ‚Kulturalisten‘ in Religion und Kultur sowie den daraus erwachsenen sozialen Interaktionsbeziehungen und die Akteurstheoretiker in der genuin politischen Handlungssphäre.“²¹

²⁰ Merkel 1999, S. 77

²¹ Merkel 1999, S. 78

2.3 Transformationstheorien:

Einen umfassenden Überblick hinsichtlich der Transformationstheorien bietet Wolfgang Merckels Buch ‚Systemtransformation‘. Ich möchte mich deshalb in diesem Kapitel an die Einteilung Merckels halten und gegebenenfalls Aussagen anderer Autoren ergänzend einfügen.

2.3.1 Systemorientierte Modernisierungstheorien:

Moderne systemtheoretische Ansätze suchen nach Ordnung in komplexen Phänomenen, welche die ‚Realität‘ konstituieren. Dabei problematisieren sie das Verhältnis vom Ganzen zu seinen Teilen. Hierbei unterscheidet man drei Konzeptionen. Im *funktionalen Konzept* nimmt das System Umweltreize auf und reagiert darauf. Wichtig hier ist nur das Verhalten des Systems als Ganzes. Das *strukturelle Konzept* sieht das System als Ganzheit von miteinander verknüpften Einzelteilen. Deren wechselseitige Beziehungen definieren nun das Ganze. Beim *hierarchischen Konzept* gibt es verschiedene Ebenen – Supersystem, System, Subsystem – innerhalb des ganzen Systems. Hier bilden die einzelnen Elemente eines Systems eigene Systeme.²²

Die Grundthesen der Modernisierungstheorie gehen auf die Systemtheorie Talcott Parsons zurück. Eine universell gültige „Modernisierungstheorie gibt es natürlich nicht; die von Parsons vorgenommene erstmalige Formulierung einer Modernisierungstheorie blieb aber besonders einflußreich.“²³

2.3.1.1 Die Systemtheorie Parsons:

Talcott Parsons prägte den Begriff einer strukturell-funktionalen Systemtheorie. Er begründete das Theorem der funktionalen Differenzierung und geht dabei „von einer bestimmten Konstruktion des gesellschaftl. Ganzen, seiner inneren Differenzierung in Teilsysteme und seiner äußeren Einbettung in das allg. Handlungssystem (...) aus.“²⁴ Durch diese Ausdifferenzierung von sozialen Teilsystemen (Ökonomie, politisches System, soziale Gemeinschaft und Kultur) entwickeln sich traditionelle zu modernen Gesellschaften und

²² Vgl. Pallinger 1997, S. 18-19

²³ Waldrauch 1994, S. 33

²⁴ Nohlen/Schultze 2004, S. 964

bilden gleichzeitig deren Grundstruktur. Im von ihm entwickelten AGIL-Schema unterscheidet er zusätzlich vier Funktionen: Anpassung an die Umwelt durch Öffnung des Handlungsspielraumes (*„Adaptation“*), Zielerreichung durch Spezifikation des Spielraumes (*„Goal attainment“*), Integration des Systems durch Schließung des Handlungsspielraumes (*„Integration“*) und Erhaltung latenter Strukturen durch Generalisierung des Spielraumes (*„Latent pattern maintenance“*). Außerdem müssen laut Parsons evolutionäre Universalien ausgebildet werden. Dazu zählt er Bürokratie, Marktorganisation, universalistische Normen im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine freie Wahlen. Das Fehlen zentraler evolutionärer Universalien führt zur Untergrabung der Legitimität eines Systems, wodurch dieses instabil wird und zusammenbrechen kann. Mangelnde Legitimitätszufuhr aus der Gesellschaft und Behinderung der Ausdifferenzierung selbiger durch autoritäre Oktroyierung sozialer Normen führt demnach zum Zusammenbruch eines autokratischen Systems.²⁵

2.3.1.2 Die autopoietische Systemtheorie Luhmanns²⁶:

Autopoiese ist der Prozess der Selbsterschaffung eines Systems und wurde von den Biologen Humberto R. Maturana und Francisco J. Varela entwickelt. Niklas Luhmann übernahm dieses Konzept 1984 und übertrug es in die Sozialwissenschaften. Er erweiterte Parsons Theorie, hielt aber dessen Vorstellung von einer hierarchischen Vormachtstellung des politischen Systems über alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme für eine Illusion. Für ihn bestehen soziale Systeme aus Kommunikation und nicht aus Individuen. Die Gesellschaft ist dabei das umfassende System, welches sich in verschiedenen Funktionssystemen ausdifferenziert. So entstehen etwa autopoietische Systeme wie das Recht, die Politik, die Religion oder die Wirtschaft, die in organisatorischer Hinsicht geschlossen sind, sich selbst und ihre Umwelt beobachten und auf deren Reize reagieren. Diese Geschlossenheit und Selbst-Interessiertheit der Systeme unterscheidet seine Theorie von jener Parsons, denn für Luhmann gilt: „Kein Funktionssystem kann für ein anderes einspringen; keines kann ein anderes ersetzen oder auch nur entlasten“²⁷. Seine funktional ausdifferenzierten Systeme bilden dabei grundsätzlich verschiedene Kommunikationscodes aus, die sie gegenüber den Codes anderer Systeme abschotten. Werden nun aber Codes des politischen Systems zum Beispiel jenem des

²⁵ Vgl. Merkel 1999, S. 79 und Nohlen/Schultze 2004, S. 964

²⁶ Vgl. Merkel 1999, S. 80-83 und Pallinger 1997, S. 21

²⁷ Luhmann 1986, S. 207, (zitiert nach: Merkel 1999, S. 81)

Wirtschaftssystemen aufgezwungen, wie dies bei kommunistischen Regimes der Fall war, führt dies zu Effizienzminderung im wirtschaftlichen Teilsystem und in weiterer Folge zu Legitimitätsverlusten in solchen autoritären politischen Systemen. So stellt auch Merkel fest: „Durch die künstliche und gewaltsame Installierung des Staates als die allzuständige Spitze der Gesellschaft, wurden deren Teilsysteme zu eng an die Politik gekoppelt. Effizienzverluste und Funktionskrisen in den Teilsystemen, insbesondere der Wirtschaft, schlugen deshalb direkt auf das politische System durch. Nach dem Freiheitsverlust ging auch die Garantie einer ausreichenden und ansteigenden materiellen Versorgung verloren. Als diese Stagnation immer deutlicher wurde, verminderte dies die Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung an das kommunistische Herrschaftssystem.“²⁸

So gesehen befinden sich autoritäre Regime in einer Modernisierungsfalle, denn gelingt eine Modernisierung aufgrund einer Behinderung der funktionalen Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme nicht, kann das zum Zusammenbruch dieser Regime führen. Umgekehrt bedroht allerdings auch eine erfolgreiche Modernisierung die Stabilität autoritärer Regime, weil dadurch eine funktionale Ausdifferenzierung etwa die Artikulation verschiedenster gesellschaftlicher Interessen fördert.²⁹

2.3.1.3 Modernisierungstheorien:

Sie stellen „die Hauptrichtung der systemtheoretischen Systemwechseltheorien“³⁰ dar. Seymour Martin Lipset stellte fest: „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“³¹ Für ihn sind die wesentlichsten Erfolgsbedingungen einer erfolgreichen Demokratisierung die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut und Not. Lipset meinte, dass die Entstehung von Demokratie eng mit der Herausbildung einer wohlhabenden Mittelschicht verknüpft ist. So entwarf er eine Kausalkette, innerhalb derer die ökonomische Entwicklung zu einem ansteigenden Bildungsniveau und dieses wiederum zu rationalerem und toleranterem Verhalten der Individuen einer Gesellschaft führt. Daraus resultiert schließlich eine Schwächung der Klassen- und Standesunterschiede und eine Forderung nach demokratischer Mitsprache der gesellschaftlichen Schichten – insbesondere der Mittelschicht. So fördert nach Lipset eine positive ökonomische Entwicklung die Transition eines autokratischen Regimes zu einer

²⁸ Merkel 1999, S. 82

²⁹ Vgl. Pallinger 1997, S. 24-25

³⁰ Pallinger 1997, S. 22

³¹ Lipset 1981, S. 31, (zitiert nach: Merkel 1999, S. 83)

Demokratie. Diesen Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklungsstufe und Demokratisierungsgrad von Gesellschaften konnte Lipset empirisch beweisen. Als Indikator hierfür verwendete er das BIP per capita und stellte fest: je höher wirtschaftlich entwickelt ein Land ist, desto unwahrscheinlicher existiert dort eine Diktatur. Die Modernitätsattribute (Bildungsniveau, wohlhabende Mittelschicht, ökonomische Entwicklung,...) sind für Lipset zwar keine notwendige Voraussetzung für eine Demokratisierung; wo sie jedoch nicht vorhanden sind, schwinden die Chancen einer Demokratisierung von Gesellschaft und Staat.³² Auch Huntington hat diese ökonomisch-politische Kausalbeziehung unmissverständlich formuliert: „Poverty is a principal and probably the principal obstacle to democratic development. The future of democracy depends on the future of economic development. Obstacles to economic development are obstacles to the expansion of democracy“³³. Die sozioökonomische Modernisierung führt Staaten in eine ökonomische Transitionszone, welche einen Übergang zur Demokratie fördert³⁴.

Für Huntington ereignen sich Transitionen zur Demokratie meistens in der mittleren Zone, die für die dritte Demokratisierungswelle zwischen 1000 – 3000 US\$ (BSP/Kopf) lag. So erfolgten zwischen 1974 und 1989 in dieser mittleren ‚Transitionszone‘ 16 von 31 demokratischen Transitionen, 11 weitere lagen mit 250 – 1000US\$ immer noch innerhalb dieser Zone. Doch auch für Huntington stand fest, dass wirtschaftliches Wohlergehen nicht zwangsweise zu Demokratisierung führt. Denn schon Mitte der 70er Jahre gab es Staaten (z.B. Indien), die unter der ‚Transitionszone‘ lagen, aber bereits demokratisch waren. Ebenso existierten Staaten (z.B. erdölexportierende Länder des Nahen und Mittleren Ostens), die über dieser Zone lagen und trotzdem nicht zu Demokratien wurden. In den Ländern Osteuropas – so auch in der Tschechoslowakei (>3000 US\$) und in Polen (>2000 US\$) – führten diese ökonomischen Daten ebenso zu keiner demokratischen Transition.³⁵

2.3.1.4 Fazit:

Systemtheorien können Ursachen für den Niedergang von autoritären Regimen liefern. Laut Parsons verläuft die Entwicklung von der traditionellen zur modernen Gesellschaft durch die Ausdifferenzierung sozialer Teilsysteme in mehreren Phasen (industrielle, demokratische und Bildungsrevolution). Zentral hierbei ist die These: Werden gesellschaftliche Teilsysteme in

³² Vgl. Merkel 1999, S. 83-86

³³ Huntington 1991, S. 311, (zitiert nach: Merkel/Puhle 1999, S. 30)

³⁴ Vgl. Merkel 1999, S. 87

³⁵ Vgl. Waldrauch 1994, S. 41-42

ihrer funktionalen Ausdifferenzierung behindert, bewirkt dies Effizienz- und Legitimationskrisen und führt zu einer Instabilität des gesamten Systems. Die Modernisierungstheorien im speziellen arbeiten mit dem Instrumentarium der Systemtheorie: Eine fortdauernde Anpassung der Systeme und ihrer Teilsysteme an die Umwelt ist der wesentlichste Grund einer Modernisierung. Dabei erhöhen vor allem eine ökonomische und eine gesellschaftliche Weiterentwicklung die Wahrscheinlichkeit einer Demokratisierung.³⁶ So kommt auch Merkel zu dem Schluss: „Modernisierungstheoretische Ansätze können gute kausale Argumente und überzeugende empirisch-statistische Testergebnisse dafür aufbieten, daß längerfristig die marktwirtschaftliche Modernisierung der Wirtschaft und mit ihr der Gesellschaft die fundamentale Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie ist.“³⁷ Die Modernisierungstheorie liefert zwar eine signifikante Tendenz, was aber zugleich bedeutet, dass es auch Ausnahmen gibt. Wie wahrscheinlich jedoch demokratische Transformationen sind, kann die reine Modernisierungstheorie nicht klären.³⁸

2.3.2 Strukturtheorien:

2.3.2.1 Strukturalistische Ansätze:

„Die strukturalistische Transformationsforschung (...) betont die sozio- und ‚machtstrukturellen Zwänge‘ (...), denen politische Transformationsprozesse unterliegen. Der Erfolg oder Mißerfolg von Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozessen wird als Resultat langfristiger Verschiebungen in den Machtstrukturen einer Gesellschaft angesehen.“³⁹ Sie untersucht strukturelle Vorbedingungen, die eine Demokratisierung nach sich ziehen.

Allerdings verläuft der Übergang zu einem akteurszentrierten Ansatz oftmals fließend, wenn zum Beispiel politische Entscheidungen zu geschichtlichen Notwendigkeiten bzw. Zwängen degradiert werden.⁴⁰

Strukturalistisch orientierte Forscher versuchen nun, Ursachen zu identifizieren, die eine Gesellschaft in die Demokratie oder in eine Diktatur führen. Für Barrington Moore (1969)

³⁶ Vgl. Pallinger 1997, S. 25; Merkel 1999, S. 82; Waldrauch 1994, S. 34

³⁷ Merkel 1999, S. 87

³⁸ Vgl. Merkel/Puhle 1999, S. 33

³⁹ Merkel 1999, S. 89-90

⁴⁰ Vgl. Waldrauch 1994, S. 29

gibt es – entgegen der Theorie Parsons – mehrere Wege zur Modernisierung einer Gesellschaft: (1) eine bürgerliche Revolution wie in Frankreich, die in eine kapitalistische Demokratie mündete; (2) eine von oben initiierte Revolution, die in Faschismus und Militarismus wie in Deutschland endete; (3) eine destruktive Revolution des Bauernstandes, die in den Kommunismus führte. So gesehen erscheint Demokratie nur als eines von mehreren möglichen Ergebnissen. Moore filtert nun fünf Faktoren heraus, von denen es besonders abhängt, ob es zur Etablierung einer Demokratie kommt:

- Machtverteilung innerhalb der Eliten
- Ökonomische Basis der agrarischen Oberschicht
- Konstellation von Klassenkoalitionen
- Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen
- Autonomie des Staates gegenüber den dominanten Klassen

Er ortet das Wirtschaftsbürgertum als die treibende Kraft der demokratischen Entwicklung. Diese gelingt allerdings nur, wenn die Bourgeoisie gegenüber der Landaristokratie über ausreichende ökonomische Selbständigkeit verfügt und deshalb nicht in eine Allianz gegen die aufstrebende Arbeiterschaft gedrängt werden kann. Rueschemeyer/Stephens/Stephens (1992) haben dann Moores Gedanken weiterentwickelt. Sie sind der Meinung, dass vor allem zwei Variablen die Chancen einer Demokratisierung und deren Konsolidierung beeinflussen. Zum einen sind das Klassenstrukturen und -koalitionen und zum anderen das Machtverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Für sie ist die Arbeiterklasse die Hauptantriebskraft einer demokratischen Entwicklung. Dazu darf die Großgrundbesitzerklasse jedoch keine politisch und wirtschaftlich dominierende Kraft darstellen. Trifft dies zu, fördert die kapitalistische Entwicklung eine starke Arbeiterschaft und Mittelschicht. Diese beiden sozialen Gruppen stellen ebenbürtige Akteure dar, da auch die Mittelschicht demokratiefordernde Kräfte entwickeln kann, falls die Arbeiterschaft dazu nicht in der Lage ist und die Bourgeoisie diese nicht als Bedrohung des eigenen Status ansieht. Ein autoritäres Regime entsteht für Rueschemeyer/Stephens/Stephens umso wahrscheinlicher, je mehr Ressourcen die Staatseliten kontrollieren. Konnten sich aber zum Beispiel Parteien und Verbände in der Zivilgesellschaft bilden, so stellen diese ein Gegengewicht zum Staat dar. Eine so entstandene Machtbalance wiederum steigert die Chancen einer erfolgreichen Demokratisierung.⁴¹

⁴¹ Vgl. Merkel 1999, S. 90-92

2.3.2.2 Vanhanens Machtressourcen-Ansatz:

Tatu Vanhanen (1984, 1989, 1992) erweiterte die Strukturtheorie, die Ursachen, Erfolg und Misserfolg demokratischer Systemwechsel vor allem im Staat und in den sozialen Klassen suchen, durch den quantitativ orientierten ‚Machtressourcen-‘ bzw. ‚Machtdispersionsansatz‘. Er ergänzt den modernisierungstheoretischen Gedanken der Ausdifferenzierung der sozioökonomischen Strukturen mit präziseren Überlegungen im Hinblick auf die Machtverteilung, als dies Moore und Rueschemeyer/Stephens/Stephens taten. Seine Gedanken konzentrierten sich auf die Streuung der Machtressourcen in Wirtschaft und Gesellschaft. Vanhanen vertrat die These: Je breiter die Streuung von Machtressourcen in einer Gesellschaft ist, desto höher ist deren Demokratisierungsgrad. Dahinter steht die Idee, dass keine Gruppe mehr in der Lage ist, eine andere zu unterdrücken, wenn die sozialen Machtressourcen breit gestreut sind. Diese Umstände wiederum fördern den Demokratisierungsprozess, den er vor allem als rationalen Kompromiss zwischen Eliten und anderen Gruppen der Gesellschaft sieht. Um sein ‚Theorem der Machtdispersion‘ zu verifizieren, entwickelte Vanhanen einen ‚Machtressourcenindex‘ (index of power resources, IPR). Der Vorteil des IPR gegenüber dem Indikator BIP/capita, der über die Verteilungsfrage zunächst keine Aussagen zulässt, ist, dass er eine differenziertere Aussagekraft besitzt.⁴² Denn „der Machtressourcenindex basiert auf der Kombination dreier Indizes, welche die Verteilung wirtschaftlicher und wissensmäßiger Ressourcen sowie die berufliche Diversifikation erfassen (...). Der Index der beruflichen Diversifikation wird durch eine Kombination des Verstädterungsgrades und der Aufteilung der Bevölkerung auf den Agrar- und den Nicht-Agrarsektor gemessen. Die Verteilung der Wissensressourcen wird durch den Mittelwert des Alphabetisierungsgrades und der Verhältniszahl der Universitätsstudierenden zur Gesamtbevölkerung erfasst. Der Index der wirtschaftlichen Machtressourcenstreuung basiert auf einer – nach der Größe der Landbevölkerung gewichteten – Kombination von Aufteilung des Landbesitzes und dem Grad der Dezentralisierung nichtagrarischer ökonomischer Ressourcen. Schlussendlich werden die drei Hauptindizes durch Multiplikation zusammengefügt.“⁴³

⁴² Vgl. Merkel/Puhle 1999, S. 34-35

⁴³ Schmidt 2000, S. 443

2.3.2.3 Fazit:

Strukturtheorien betonen die (macht)strukturellen Möglichkeitsbedingungen einer Demokratie. Sie orten nicht nur einen Träger der Demokratisierung wie die Modernisierungstheorien (Mittelschicht), sondern weisen wie Moore oder Rueschemeyer/Stephens/Stephens auch auf die Machtbeziehungen zwischen den einzelnen sozialen Klassen und zwischen diesen Klassen und dem Staat hin oder erfassen wie Vanhanen die Verteilung der Machtressourcen in der Gesellschaft. Dabei kristallisiert sich als günstigste Konstellation für eine Demokratisierung jene Variante mit einer starken Arbeiterschaft, einer modernen und starken Mittelschicht, einer nicht oligarchischen Bourgeoisie, einer schwachen Großgrundbesitzerschicht und einer weit gestreuten Verteilung von Machtressourcen heraus. Der Staat muss allerdings in der Lage sein, unabhängig von dominanten Klassen zu agieren und prodemokratische gesellschaftliche Kräfte nicht zu unterdrücken. Allerdings können Strukturtheorien weder das strategische Handeln von Eliten in Transformationsprozessen erfassen noch eine kulturelle oder religiöse Einbettung von staatlichem Handeln, Machtverteilung und Beziehungen sozialer Klassen zueinander berücksichtigen.⁴⁴

2.3.3 Kulturtheorien:

Erfolg oder Misserfolg einer Demokratisierung hängen für die Kulturtheoretiker stark von den kulturellen Prägungen eines Landes ab. So erläuterte schon Samuel Huntington: „The argument is made that the world’s great historic cultural traditions vary significantly in the extent to which their attitudes, values, beliefs and related behaviour patterns are conducive to the development of democracy. A profoundly antidemocratic culture impede the spread of democratic norms in the society, deny legitimacy to democratic institutions, and thus greatly complicate if not prevent the emergence of an effective functioning of those institutions.”⁴⁵

Religiös-kulturelle Faktoren und das akkumulierte ‚soziale Kapital‘ bestimmen so die Erfolgchancen einer Demokratie, da sie – anders als politische Institutionen oder gesellschaftliche Strukturen – nicht kurzfristig einer Veränderung unterzogen werden können.

⁴⁴ Vgl. Merkel 1999, S. 94

⁴⁵ Huntington 1991, S. 298, (zitiert nach: v. Baer 2004, S. 23)

2.3.3.1 Religiös-kulturelle Zivilisationstypen:

Merkel formuliert die Kernthese so: „Eine dezidiert nicht säkularisierte religiöse Kultur behindert die Verbreitung demokratiestützender Normen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft.“⁴⁶ Vertreter einer restriktiven Auslegung dieser Hypothese kommen zu dem Schluss, dass nur die westliche Kultur eine Demokratisierung unterstützt. Diese Theorie kann jedoch durch die Existenz von Demokratien in Asien (Japan, Südkorea oder Indien) als widerlegt angesehen werden.⁴⁷

Huntington postulierte eine moderatere Version, indem er meinte, es existiert nicht nur eine demokratiefördernde Kultur. Er unterscheidet acht Zivilisationstypen: Westliche Kultur (Liberalismus, Protestantismus), Lateinamerika (Katholizismus), Japanische Kultur, Slawisch-orthodoxe Kultur, Hinduistische Kultur, Afrikanische Kulturen, Konfuzianische Kultur und Islamische Kultur. Die ersten drei Kulturen besitzen laut Huntington positive Eigenschaften für eine Demokratisierung und werden deshalb als demokratiefreundlich eingestuft. Als demokratieneutral werden von ihm die slawisch-orthodoxe, die hinduistische und die afrikanischen Kulturen angesehen, denn weder sind sie besonders demokratiefördernd noch prinzipiell demokratiefeindlich. Die letzten beiden schätzt er allerdings als häufig unvereinbar mit einer Demokratie ein und argumentiert, im Konfuzianismus dominiere die Gruppe über das Individuum, die Autorität über die Freiheit, Tradition über Rechtsstaatlichkeit und Harmonie über konflikthaften Wettbewerb. Als demokratiehemmende Faktoren im Islam – vor allem in der fundamentalistischen Variante – identifiziert Huntington die starke Verbindung zwischen Staat und Religion und den daraus resultierenden Vorrang göttlichen Rechts gegenüber einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung.⁴⁸

Er meint weiter: „Kein Land der arabisch-islamischen Welt ist gegenwärtig demokratisch, obwohl die sozioökonomische Entwicklung viele von ihnen längst in die (...) ‚Transitionszone‘ geführt hat.“⁴⁹

Francis Fukuyama (1995) sieht allerdings zumindest in Bezug auf den Konfuzianismus auch demokratiefördernde Elemente. Die Betonung von Bildung ist im Sinne der Modernisierungstheorie eine Triebfeder erfolgreicher Demokratisierung. Auch ist die

⁴⁶ Merkel 1999, S. 96

⁴⁷ Vgl. Merkel 1999, S. 96

⁴⁸ Vgl. Merkel 1999, S. 96-97 und 100

⁴⁹ Merkel/Puhle 1999, S. 41

konfuzianische Kultur relativ tolerant und egalitär und eine breite Streuung sozialer Machtressourcen entwickelt laut Vanhanen eine demokratiefördernde Funktion.⁵⁰

2.3.3.2 Soziales Kapital⁵¹:

Die Demokratiefähigkeit eines Landes wird aber nicht nur von religiös-kulturellen Faktoren bestimmt. Daneben – und auch von ihnen beeinflusst – existiert das ‚soziale Kapital‘, welches soziale Traditionen, gesellschaftliche Wertvorstellungen und die Geschichte einer Gesellschaft beinhaltet. So tragen diese zivilen Kulturen wesentlich zur Stärkung oder Schwächung einer Demokratie bei. Junge Demokratien besitzen sehr oft jedoch kaum eine ausgeprägte Zivilkultur. Sie muss vielmehr erst erlernt und in einem langwierigen Prozess akkumuliert werden, um eben als ‚soziales Kapital‘ dazu beizutragen, gesellschaftliche und politische Institutionen zur Demokratiestärkung zu erzeugen. So schreibt auch Merkel: „Soziales Kapital hilft, das in vielen jungen Demokratien existierende ‚Hobbessche Equilibrium‘ (Putnam 1993 ...) von Mißtrauen und vertikaler sozialer Abhängigkeit ohne den drohenden Rückgriff auf einen autoritären ‚Leviathan‘ aufzulösen.“⁵²

Putnam meint, in Kulturen, die ‚soziales Kapital‘ besitzen, tendieren die Bürger eher dazu, Werte durch kollektives Handeln einzufordern, als in Gesellschaften ohne solches Kapital. Dort neigen die Bürger eher zu Passivität, was das Entstehen von autokratischen Systemen begünstigt.⁵³ So kommt er zu dem Schluss: „[B]uilding social capital will be not easy, but it is the key to make democracy work.“⁵⁴

2.3.3.3 Fazit:

Kulturtheoretiker suchen den Erfolg oder Misserfolg demokratischer Systemwechsel also in Religion und Kultur einer Gesellschaft. „Je weniger Religionen sich mit ihrer Rolle in säkularisierten Gesellschaften abfinden und auf eine höhere Richterrolle gegenüber demokratisch zustande gekommenen Entscheidungen pochen, um so größere Hindernisse stellen sie für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft dar. Die Säkularisierung der

⁵⁰ Vgl. Merkel 1999, S. 98

⁵¹ Vgl. Merkel 1999, S.100-101

⁵² Merkel 1999, S. 101

⁵³ Vgl. v. Baer 2004, S. 24

⁵⁴ Putnam 1993, S. 185, (zitiert nach: v. Baer 2004, S. 24)

Gesellschaft sowie die Trennung von Kirche und Staat sind dagegen günstige Voraussetzungen für die Demokratie.“⁵⁵ Auch ‚soziales Kapital‘ hebt nach Putnam die Qualität und die Effizienz einer Demokratie und wirkt so stabilisierend.

2.3.4 Akteurstheorien:

In ihren Anfängen wurde die Transformationsforschung von makrosoziologisch-strukturalistischen und makrosoziologisch-funktionalistischen Ansätzen bestimmt. Diese konnten aber die realen Erfolgchancen einer Demokratisierung nur ungenügend erfassen. Zusätzliche Erkenntnismöglichkeiten boten hier die akteurstheoretischen Ansätze. Vertreter dieser Richtung setzen ihre Analysen auf der Mikroebene der handelnden Akteure an, bestreiten die Erkenntnisse anderer Theoriestränge jedoch nicht, sondern sehen in ihnen vielmehr jene Strukturen, die den Handlungsrahmen für die demokratisierungswilligen Akteure beider Seiten abstecken. Bedingung für eine von politischen Akteuren mit herbeigeführte Demokratisierung ist somit ein Minimum von ökonomischen, kulturellen und strukturellen Voraussetzungen. Akteurstheoretiker verweisen aber auf die Unbestimmtheit politischen Handelns angesichts eines Systemwechsels, denn letztlich sind es politische Entscheidungen, die den Weg zu Demokratie oder Nicht-Demokratie weisen.⁵⁶ „Akteurshandeln wird dabei primär als Elitenhandeln verstanden: Massenbeteiligung ist nur ein kurzfristiges, vorübergehendes Phänomen zu Beginn der Transition. (...) Sozioökonomische Strukturen, politische Institutionen, internationale Einflüsse und historische Erfahrungen bilden lediglich den Handlungskorridor, innerhalb dessen demokratisch und autokratisch gesinnte Eliten ihre politischen Ziele verfolgen (...).“⁵⁷

In der akteurstheoretischen Forschung gibt es zwei Hauptrichtungen: Der *deskriptiv-empirische Ansatz* und der *rational choice Ansatz*.

2.3.4.1 Deskriptiv-empirische Ansätze:

Diese Ansätze konzentrieren sich vor allem auf die Beschreibung von Interessen und Strategien der handelnden Akteure.

⁵⁵ Merkel 1999, S. 100

⁵⁶ Vgl. Merkel 1999, S. 77 und 102

⁵⁷ Merkel/Puhle 1999, S. 49

Neue Maßstäbe in der Transitionsforschung setzte 1986 die vergleichende Studie ‚Transitions from Authoritarian Rule‘ von O’Donnell, Schmitter und Whitehead. Sie begründeten den akteurstheoretischen Ansatz mit und etablierten ihn als neuen Zweig der Demokratisierungsforschung. Die Studie sollte „aus der vergleichenden Untersuchung verschiedener Systemwechsel zu allgemeinen Aussagen über die an diesen Prozessen beteiligten Akteure, typische Verlaufsmuster und Probleme gelangen.“⁵⁸

Die ‚Transitions from Authoritarian Rule‘ Studie umfasste bei ihrer Veröffentlichung insgesamt vier Bände. Band eins und zwei beinhalten Länderstudien zu den Demokratisierungen in Lateinamerika und Südeuropa, welche in den restlichen beiden Bänden anschließend vergleichend beleuchtet werden. So werden Transitionen als strukturell und politisch-institutionell unterdeterminiert angesehen. Ihr Ergebnis hängt stark von den Handlungsstrategien und Stärkeverhältnissen der beteiligten Akteure ab. Sie betonen die Unvorhersehbarkeit und generelle Unsicherheit von Regimewechselprozessen. So kann es unklare Strukturparameter, eine in Bewegung befindliche politische Arena mit ständig wechselnden Akteuren, deren oft unklare Interessen oder sich noch im Fluss befindliche Institutionen geben. Als Königsweg einer Demokratisierung nennen die Autoren vor allem Pakte zwischen Vertretern des autoritären Regimes und jenen der Oppositionseliten. O’Donnell/Schmitter unterteilen die Transition selbst in eine Liberalisierungs- und eine Demokratisierungsphase, denen abschließend eine Phase der Konsolidierung folgt (dazu später mehr im Kapitel 2.4). Für sie sind die aktuellen und die zu erwartenden zukünftigen Kräfteverhältnisse von Akteuren besonders wichtig, da sie einen großen Einfluss auf die zu beschließenden politisch-institutionellen Lösungen haben. Die Studie liefert außerdem idealtypische Verlaufsformen von Systemwechseln. Stepan (1988) unterscheidet zehn mögliche Wege für einen Demokratisierungsprozess, die er auf drei Großgruppen reduziert: (A) Transition durch Kriege und Eroberungen; (B) Transition durch das Regime selbst; (C) Transition mit der Opposition bzw. Bevölkerung als treibende Kraft. Die Autoren liefern in ihren ‚Tentative Conclusions about Uncertain Democracies‘ vor allem eine Analyse möglicher Schwierigkeiten auf dem Weg von einem autoritären hin zu einem demokratischen Regime.⁵⁹

Für Merkel ist ein Verdienst der deskriptiv-empirischen Akteurstheorien die Tatsache, dass sie das Augenmerk auf die sich verändernden Akteurskonstellationen innerhalb und zwischen den einzelnen Transformationsphasen richten. Denn schon die Phase der Liberalisierung beinhaltet vielschichtige Veränderungen innerhalb des Herrschaftsblocks. Die

⁵⁸ Pallinger 1997, S. 27

⁵⁹ Vgl. Waldrauch 1994, S. 12-19 und Waldrauch 1996, S. 9-12

Demokratisierungsphase wird von den Regimeeliten dann eingeleitet, wenn die Repressionskosten höher als jene für eine Demokratisierung angesehen werden. Durch Pakte zwischen den reformbereiten Akteuren des Regimes und den moderaten Akteuren der Opposition werden anschließend die Demokratisierungsinhalte und -grenzen definiert. Am wahrscheinlichsten sind Pakte dann, wenn Interessen weder vom Regime noch von der Opposition aufgrund mangelnder Ressourcen durchgesetzt werden können. In der Phase der Konsolidierung schlussendlich beeinflusst das Handeln der Akteure den weiteren Demokratisierungsverlauf stärker als längerfristig wirkende sozioökonomische Modernisierungsprozesse.⁶⁰

2.3.4.2 Rational choice Ansätze:

Für diese Ansätze reicht die bloße Beschreibung der Interessen und Strategien der Akteure nicht aus. Es sollen vielmehr auch Bedingungen untersucht werden, unter denen rationale Entscheidungen zur Demokratisierung führen. Dafür werden rationale Kalküle, Kooperationen, Koalitionen und Konflikte aller daran beteiligter Akteure herausgearbeitet. Akteure versuchen, ihren Nutzen zu maximieren und ihre Interessen wahrzunehmen und durchzusetzen. Liberalisierung wird als Abfolge wechselnder strategischer Situationen gesehen. Akteurshandeln führt zu Veränderungen dieser Situationen, dabei spielen Erfahrungen vorhergegangener Aktionen und exogener Druck eine wichtige Rolle. Am Ende kann dann Demokratie als mögliches Ergebnis politischer Konflikte stehen. Für Pallinger stammt das beste Konzept dazu von Adam Przeworski (1986, 1988, 1992).⁶¹

2.3.4.3 Fazit:

Die Akteurstheorie bezieht erstmals die Mikroebene der handelnden Akteure verstärkt in ihre Analyse mit ein. Sie sieht eine erfolgreiche Transformation dann als möglich an, wenn es für die Akteure anhand einer Abwägung der Kosten und Nutzen sinnvoll ist, sich für eine demokratische Systemalternative zu entscheiden. Deskriptiv-empirische Ansätze beschreiben durch vergleichende Untersuchungen die Akteurskonstellationen und politischen Handlungen, welche durch die ‚rational choice‘-Ansätze auch wechselseitig aufeinander bezogen analysiert

⁶⁰ Vgl. Merkel 1999, S. 103-105

⁶¹ Vgl. Pallinger 1997, S. 27 und Merkel 1999, S. 105-107

werden. Somit können letztere Ansätze nicht nur Systemwechsel erklären, sondern sie besitzen auch ein Prognosepotential.⁶²

2.3.4.4 Die Rolle von Massen und Eliten:

In den Modernisierungstheorien der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts kommt den Akteuren im Demokratisierungsprozess kaum eine Bedeutung zu. Barrington Moore (1969) spricht in seinem strukturalistischen Ansatz von sozialen Klassen und ihrem Einfluss auf das Staatshandeln, aber er unterscheidet nicht zwischen Eliten und Massen. Erst Dankwart Rustow arbeitete 1970 die überragende Rolle von Eliten und ihrer Funktion für die Etablierung und Stabilisierung bzw. Destabilisierung von Demokratien heraus. Auch Linz und Stepan beschäftigten sich 1978 in ihrer ‚Breakdown of Democracies‘-Studie mit dem Elitenverhalten, allerdings war ihr Augenmerk in dieser Arbeit auf die Zerstörung von Demokratie gerichtet. Die Studien von O'Donnell, Schmitter und Whitehead identifizierten dann ebenfalls die Eliten als diejenigen, die ausschlaggebend dafür sind, ob es zu erfolgreichen Systemwechseln kommt. Für Burton, Gunther und Higley (1992) ist das Elitenverhalten schließlich *die* Schlüsselvariable, um den Erfolg oder Misserfolg eines Demokratisierungsprozesses zu erklären. Sie betonen die grundlegende Bedeutung von Elitenpakten (*„elite settlement“*) für einen Transformationsprozess (siehe Abbildung 1). Demnach werden diese Pakte und Übereinkommen als Gründungsakte der Demokratie gesehen und sind Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Konsolidierung junger Demokratien. Doch welche Rolle spielen nun die Massen in einer Systemtransformation? Merkel schreibt ihnen die größte Bedeutung am Beginn von Systemwechseln zu. Die Mobilisierung der Massen bzw. sozialer Bewegungen erreicht ihren Höhepunkt gegen Ende der Herrschaft eines autoritären Regimes und bzw. oder am Anfang der Institutionalisierungsphase einer Demokratie. Treten Massen als soziale Bewegungen in Erscheinung können sie die Transformation sogar mit beeinflussen, indem sie den Handlungskorridor der Elitengruppen einengen. Doch schon die Phasen der Aushandlung und Verabschiedung einer Verfassung vollziehen sich dann wieder als elitenzentrierter Prozess. Für den Rückgang der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten führt Merkel drei Gründe an:

- Die Verabschiedung einer Verfassung sowie Gründungswahlen füllen das zu Beginn einer Transformation entstandene Machtvakuum und die Etablierung demokratischer

⁶² Vgl. Merkel 1999, S. 104/105/107

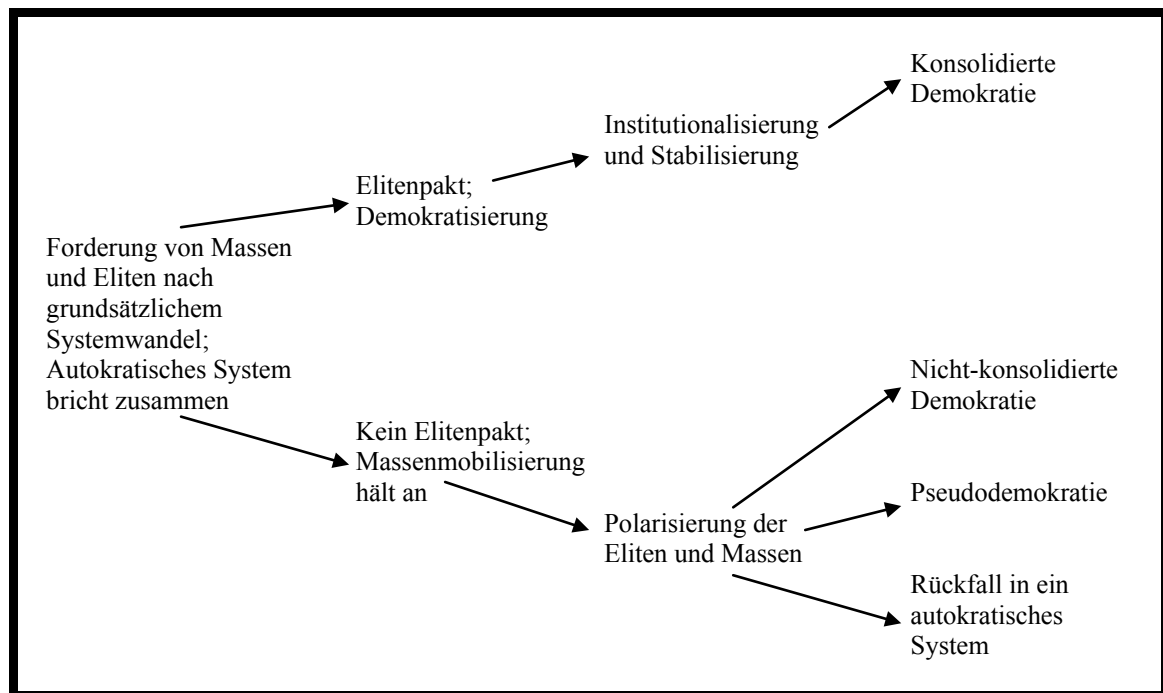
Institutionen normiert und kanalisiert den Handlungsspielraum von sozialen Bewegungen.

- Neue politische Akteure wie Parteien, Parlamente und Regierungen bilden sich und treffen fortan alle wichtigen politischen Entscheidungen.
- Zur gleichen Zeit kommt es aufgrund eingetretener Ernüchterungseffekte über ihre wahrgenommenen Einflussgrenzen zu einem Rückzug der Bürger aus der *res publica*.

Die Ernüchterungseffekte können über eine längere Phase andauern. Danach tritt die ‚civil society‘ meist in neuer Gestalt hervor – den Interessensverbänden. Diese neue Form politischer Partizipation trägt in der Folge zu einer Vertiefung und Weiterentwicklung der Demokratie bei.⁶³

Merkel kommt zu dem Schluss: „Wo (...) den Akteuren in der Transformationsforschung eine besondere Rolle zugeschrieben wird, gibt es eine klare herrschende Meinung: Die Eliten sind die überragenden Akteure, die Massen meist nur eine abhängige soziale Kategorie, die (...) von den Eliten mobilisiert oder demobilisiert werden.“⁶⁴ Dabei ist es irrelevant, wie stark die Massen am Systemwechselprozess aktiv beteiligt sind, da empirische Studien den Schluss nahe legen, dass dies nichts über die Chancen einer Konsolidierung der Demokratie aussagt.

Abbildung 1: Transformation mit und ohne Elitenübereinkünfte⁶⁵



⁶³ Vgl. Merkel 1999, S. 111-117

⁶⁴ Merkel 1999, S. 111

⁶⁵ Quelle: Burton/Gunther/Higley 1992, S. 23, (übernommen von: Merkel/Puhle 1999, S. 56)

2.3.5 Notwendigkeit einer Theoriensynthese:

Nach einer Untersuchung der Stärken und Schwächen der einzelnen theoretischen Ansätze plädiert Merkel für eine gegenseitige Ergänzung der Theoriestränge, um Systemwechselprozesse zu erklären. Die Paradigmen System und Akteur prägten – so wie in anderen Sozialwissenschaften auch – die Theorienbildung der Transformationsforschung. Doch system- und akteurstheoretische Ansätze alleine können keine ausreichende Erklärung für Einleitung, Verlauf und bzw. oder Ergebnis von Systemwechseln liefern. Sie benötigen bestimmte Verbindungskonzepte, da sie unterschiedliche Analyseobjekte und somit auch differenzierende Analysestärken besitzen. Solche Theoriebrücken zwischen makrosoziologischen und mikropolitologischen Ansätzen lassen sich in kultur-, struktur- und institutionentheoretischen Überlegungen finden. Für die Politikwissenschaft ist es Merckels Ansicht nach von Vorteil, bei der Analyse von Systemwechselprozessen zunächst von den Akteuren auszugehen, die innerhalb bestimmter sozioökonomischer, kultureller und institutioneller Opportunitätskontexte handeln. Ob nun aber Strukturen, Kulturen oder Akteure die wichtigste Rolle spielen, kann von Fall zu Fall variieren. Da Merkel eine akteurstheoretische Ausgangsposition bevorzugt, ist es für ihn allerdings umso interessanter, die struktur-, system- und kulturbezogenen Rahmenbedingungen eingehender zu analysieren, da sie es sind, die den Akteuren in unterschiedlichem Maße Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten zur Beeinflussung des Transformationsverlaufs offerieren. Doch ohne politische Akteure – so Merkel weiter – lassen sich erfolgreiche oder gescheiterte Transformationsprozesse nicht erklären.⁶⁶

2.4 Transformationsphasen:

In der Literatur gibt es leicht differenzierende Einteilungen der Phasen der Transformation (siehe Kapitel 2.1.1). Die fast schon klassische Phaseneinteilung geht auf O'Donnell/Schmitter zurück. Demnach folgt einer Krise des autoritären Systems eine Transition – welche die Autoren in die Phasen der Liberalisierung und Demokratisierung unterteilen – und der wiederum eine Konsolidierung der Demokratie. Erste Liberalisierungsschritte dienen dabei der Erhaltung der Legitimität des herrschenden Regimes. Zweck einer Liberalisierung ist nicht das Infrage stellen der herrschenden Elite

⁶⁶ Vgl. Merkel 1999, S. 107-109

sondern der Ausbau der Freiheitsrechte der Bürger. Ziel der Demokratisierung ist dann der Ausbau der politischen Rechte der Bürger und die Abschaffung des autokratischen Systems. Die grundlegenden Institutionen der Demokratie werden schließlich in der Phase der Konsolidierung zur Gewohnheit, verinnerlicht und schlussendlich nicht mehr in Frage gestellt. Merkel modifizierte dieses Phasenmodell von O'Donnell/Schmitter etwas, da die beiden es anhand ihrer Untersuchungen der Systemwechsel in den Ländern Lateinamerikas und Südeuropas erstellt haben und davon ausgingen, dass ein Systemwechsel von den alten Eliten eingeleitet wird. Diese Phase der Liberalisierung tritt allerdings laut Merkel nicht immer ein.

Waldrauch formuliert es so: „In der Transition geht es demnach um die Etablierung der formalen Minimalkriterien eines demokratischen Regimes, während die Konsolidierung auf die Komplettierung des Regimewechsels durch die Stabilisierung der verhaltens- und einstellungsmäßigen Grundlagen eines demokratischen Regimes abzielt.“⁶⁷ Diese Minimalkriterien sind für ihn: Konkurrenz beim Zugang zu den zentralen politischen Institutionen; Partizipation der Bürger durch freie, gleiche und geheime Wahlen; rechtsstaatlich abgesicherte politische und zivile Grund- und Freiheitsrechte; rechtsstaatlich abgesicherte Gewaltenteilung.⁶⁸

Ein Systemwechsel ist zuerst mit einer Entdifferenzierung (Auflösung) der alten (nicht-demokratischen) Institutionen und anschließend mit einer Redifferenzierung (Aufbau) neuer demokratischer Institutionen verbunden.⁶⁹ Przeworski hat diese beiden Aspekte als ‚*extrication*‘ und ‚*constitution*‘ bezeichnet.⁷⁰

Diese beiden Prozesse markieren die Grenzen zwischen Autokratie und etablierter Demokratie. Dazwischen liegen die Phasen des eigentlichen Systemwechsels. Merkel unterteilt sein modifiziertes Phasenmodell in drei Abschnitte:

1. Ende des autokratischen Regimes
2. Institutionalisierung der Demokratie
3. Konsolidierung der Demokratie

In der Realität lassen sich diese drei Phasen nicht immer klar abtrennen, sondern sie überschneiden sich häufig. Wie in Abbildung 2 dargestellt, fügt Merkel den eigentlichen Systemwechselphasen noch jene der vorautokratischen Demokratieerfahrungen und des autokratischen Systems hinzu, denn sie können – so wie auch die Phase des Endes des

⁶⁷ Waldrauch 1996, S. 56

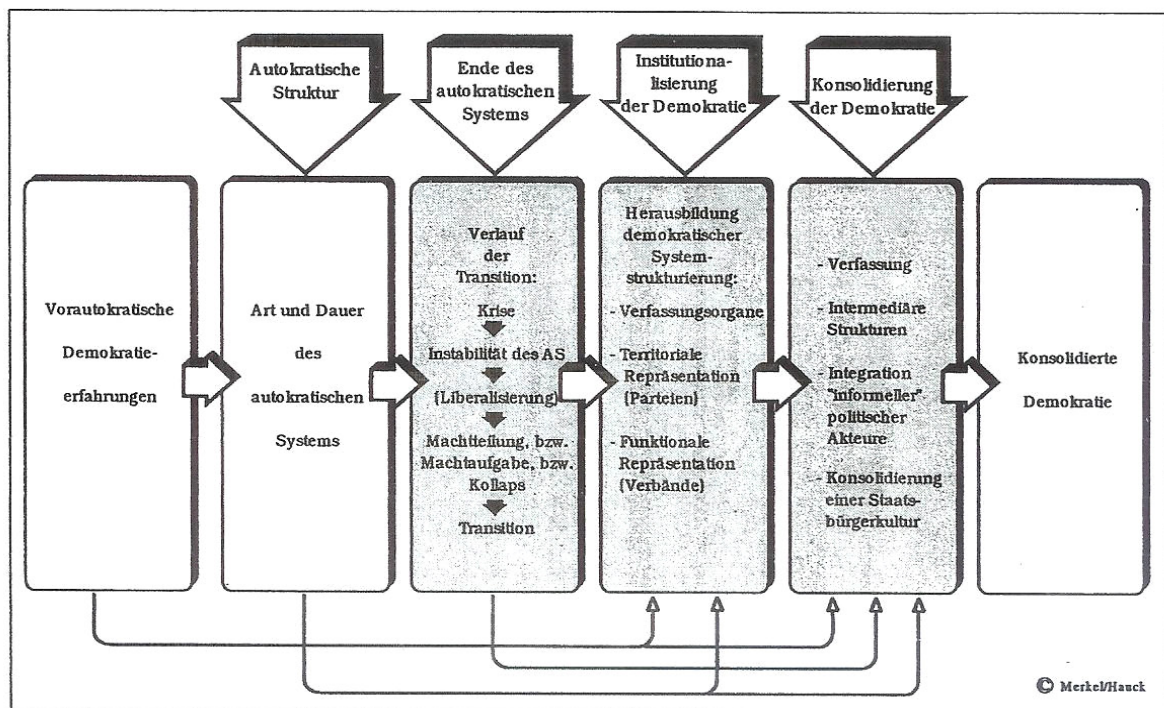
⁶⁸ Vgl. Waldrauch 1996, S. 55

⁶⁹ Vgl. Merkel 1999, S. 119

⁷⁰ Vgl. Waldrauch 1996, S. 58

autokratischen Systems – einen nicht unwesentlichen Einfluss auf Chancen, Probleme und zeitlichen Ablauf der Demokratisierung haben. So sind vorautokratische Demokratieerfahrungen möglicherweise für den Demokratisierungsprozess von Bedeutung.⁷¹ Ich übernehme nun im Folgenden diese Phaseneinteilung von Merkel, da er die drei Phasen so allgemein überschreibt, dass „sich die historische Vielfalt aller erfolgreichen Systemübergänge von autokratischen zu demokratischen Systemen darunter fassen läßt.“⁷²

Abbildung 2: Systemwechsel - Vom autokratischen System zur Demokratie⁷³



2.4.1 Ende des autokratischen Systems:

Merkel unterscheidet hier zwischen Ursachen und Verlaufsformen des Endes der autokratischen Systeme. Bei der Identifizierung der Ursachen ist darauf Bedacht zu nehmen, diese nicht einfach nur additiv aufzulisten, sondern sie auch in ihren wechselseitigen Verschränkungen zu erfassen.⁷⁴

⁷¹ Vgl. Merkel 1999, S. 119-121

⁷² Merkel 1999, S. 120

⁷³ Quelle: Merkel 1999, S. 122

⁷⁴ Vgl. Merkel 1999, S. 123

2.4.1.1 Ursachen⁷⁵:

Die beiden wichtigsten Ursachenbündel sind jene der strukturellen Voraussetzungen und jene der handelnden Akteure. „Die Strukturen definieren dabei den ‚Handlungskorridor‘, zwischen dessen ‚Wänden‘ die unterschiedlichen Akteure versuchen, ihre Interessen über geeignete Handlungsstrategien durchzusetzen. Dabei sind erfolgreiche Aktionen durchaus in der Lage, den ‚Handlungskorridor‘ zu verbreitern“⁷⁶.

Pallinger beschreibt ein mögliches Szenario so: Zuerst kommt es zu einer Spaltung der herrschenden Elite in Hardliner und Softliner aufgrund struktureller Problemlagen (z.B. ökonomische, außen- oder innenpolitische Krisen). Nun stehen die Eliten vor dem Problem, eine Liberalisierung einzuleiten oder die Opposition zu unterdrücken. Dabei wägen sie den Nutzen beider Optionen ab. Doch selbst eine Liberalisierung ist zum Scheitern verurteilt, weil sie einen eigendynamischen Prozess einleitet, der die Systemgrenzen transzendiert. Für die Opposition ist es von Vorteil, wenn ihre gemäßigten und radikalen Kräfte im Kampf gegen die herrschenden Eliten geeint sind. Die reformbereiten Herrschaftseliten und die gemäßigten Oppositionellen sind in diesem Prozess die Hauptakteure, die sich nun über das zu errichtende neue System einigen müssen. Dies kann im Rahmen sogenannter Pakte geschehen. Dazu müssen allerdings die Softliner die Hardliner neutralisieren und die gemäßigte Opposition sollte die Radikalen in ihren Reihen kontrollieren können. Am Ende dieses Prozesses kann es – je nachdem, wie sich die Akteure verhalten – zu verschiedenen Situationen kommen. Entweder das autokratische Regime überlebt, es wird reformiert, eine eingeschränkte Demokratie mit Garantien für die alte Elite wird installiert oder demokratische Prinzipien werden verwirklicht.⁷⁷

Merkel unterscheidet weiters zwischen systeminternen und systemexternen Ursachen. Systeminterne Faktoren sind Legitimitätskrisen aufgrund:

- ökonomischer Ineffizienz
- ökonomischer Effizienz
- politischer Schlüsselereignisse

Scheitert eine wirtschaftliche Modernisierung, so kann dies zu massivem gesellschaftlichem Protest führen, welcher die Existenz des autokratischen Systems gefährdet. Gelingt die ökonomische Modernisierung, führt dies zu erheblichen Veränderungen der Sozialstruktur. Eine so entstandene selbstbewusste neue Mittelschicht fordert nun mehr politische Rechte,

⁷⁵ Vgl. Merkel 1999, S. 123-129

⁷⁶ Merkel 1999, S. 124

⁷⁷ Vgl. Pallinger 1997, S. 27-29

eine soziale und politische Opposition entsteht und dies kann das Ende der autokratischen Elite beschleunigen. Politische Schlüsselereignisse – wie der Tod eines Diktators oder regimeinterne Konflikte – haben dann noch zusätzlich dramatisierende Effekte und können den Anfang vom Ende eines autokratischen Regimes bedeuten.

Als systemexterne Ursachen listet Merkel auf:

- Kriegsniederlagen
- Wegfall externer Unterstützung
- Dominoeffekt

Im Falle von Niederlagen aufgrund eines militärischen Konfliktes mit demokratischen Staaten leiten die demokratischen Siegermächte häufig eine (Re)Demokratisierung ein (z.B. Japan und Deutschland nach 1945). Auch die Niederlage autokratischer Besatzerregime macht den Weg für eine (Re)Demokratisierung frei (z.B. Niederlande nach dem 2. Weltkrieg). Ein offensichtliches Beispiel für den Wegfall externer Unterstützung war der Zusammenbruch der kommunistischen Regime Osteuropas. Ermöglicht wurde dieser Systemwechsel erst durch die Aufgabe der Breschnew-Doktrin (d.h.: „die zwangsweise militärische Aufrechterhaltung des Kommunismus in den Ländern des Warschauer Paktes“⁷⁸ zu beenden). Schließlich können Systemwechsel in Nachbarländern – verstärkt durch die Eindrücke einer TV-Berichterstattung – zu einem Dominoeffekt führen, in dessen Folge auch andere autokratische Regime zusammenbrechen.

2.4.1.2 Verlaufsformen⁷⁹:

Die Ursachen, die zu einem Systemwechsel führen, beeinflussen erheblich dessen Verlaufsformen. Merkel unterscheidet hierbei sechs typische Abläufe:

- Langandauernde Evolution
- Von alten Regimeeliten gelenkter Systemwechsel
- Von unten erzwungener Systemwechsel
- Ausgehandelter Systemwechsel
- Regime-Kollaps
- Zerfall und Neugründung von Staaten

⁷⁸ Waldrauch 1994, S. 90

⁷⁹ Vgl. Merkel 1999, S. 129-134

Bei einer *langandauernden Evolution* (z.B. USA, England) setzt sich die Demokratie nicht infolge historischer Einschnitte durch. Diese Verlaufsform beschränkt sich auf die erste Demokratisierungswelle im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Innerhalb des *von alten Regimeeliten gelenkten Systemwechsels* (z.B. Brasilien, Rumänien) initiieren und kontrollieren – zumindest weitgehend – diese dessen Verlauf. Sie bestimmen auch erheblich die Strukturen des neuen politischen Systems. Sind die alten autokratischen Eliten nicht zu sehr durch deren vorherige Herrschaft diskreditiert, haben sie die Möglichkeit, sich auch in der neuen Demokratie als politische Macht zu etablieren. Im *von unten erzwungenen Systemwechsel* (z.B. Portugal) werden die alten Herrschaftsträger völlig entmachtet. Diese Form der Demokratisierung wird durch machtvollen Proteste der Bevölkerung ausgelöst und kann von den autokratischen Eliten nicht mit gewaltsamen Maßnahmen unterdrückt werden. Der *ausgehandelte Systemwechsel* (z.B. Spanien, Polen, Ungarn) gründet sich auf einer Pattsituation zwischen Regimeeliten und der Opposition. Keine der beiden Seiten kann neue Strukturen alleine definieren, weshalb es zu Verhandlungen über eine neue Herrschaftsform kommt. Dabei ist nicht von Beginn an klar, ob eine Demokratisierung die Folge ist. Ebenso kann es möglich sein, dass sich die Hardliner innerhalb der alten Regimeeliten durchsetzen und für eine Fortsetzung des autokratischen Systems sorgen. Da die alten Eliten über keine Legitimität mehr verfügen und die Opposition meistens noch nicht demokratisch legitimiert wurde, kommen Pakte in dieser Verlaufsform häufig auf sehr undemokratische Weise zustande. Ein *Regime-Kollaps* (z.B. Österreich, Deutschland, Griechenland, Tschechoslowakei) wird nicht nur durch interne Ursachen ausgelöst. So ein plötzlicher Systemzusammenbruch wird vielmehr häufig durch externe Faktoren – wie z.B. verlorene Kriege – verursacht. Aber auch innere Legitimitätskrisen aufgrund veränderter außenpolitischer Konstellationen können ein Grund für einen Systemkollaps sein. *Zerfall und Neugründung* (z.B. Habsburgerreich, UDSSR, Jugoslawien) von Staaten fanden vor allem in der ersten und dritten Demokratisierungswelle statt. Durch den Niedergang eines autoritären oder totalitären Imperiums ergibt sich die Chance eines demokratischen Neubeginns. Allerdings gibt es auch Mischformen dieser Idealtypen. So ging der Regime-Kollaps in der Tschechoslowakei einher mit einer Mobilisierung der Massen (d.h. von unten erzwungener Systemwechsel). Merkel ordnet die historischen Beispiele deshalb aufgrund des dominierenden Verlaufsmusters zu.

2.4.2 Institutionalisierung der Demokratie:

Für Merkel ist der „entscheidende Schritt zur Demokratie (...) der Übergang der politischen Herrschaft von einer Person oder einer Gruppe von Personen auf ein ‚Set‘ institutionalisierter Regeln, die von allen anerkannt werden müssen und für alle, d.h. für Regierende und Regierte gleichermaßen gelten (...).“⁸⁰

Die Demokratisierung beginnt, wenn die alten Eliten die Kontrolle über die Entscheidungsgewalt verlieren und alte Normen und Institutionen nur mehr zum Teil oder gar nicht mehr gelten. Sie endet, wenn eine neue Verfassung verabschiedet und somit neue Regeln und Institutionen etabliert worden sind. Die politischen Akteure besitzen in dieser Phase einen beachtlichen Handlungsspielraum und nicht zuletzt deshalb besteht noch ein enormes Risiko des Scheiterns demokratischer Reformen. Problematisch gestaltet sich auch die Schaffung neuer Regeln, da die politischen Akteure anschließend unter diesen Normen selbst spielen müssen. Außerdem müssen die Akteure dabei eine Balance zwischen Eigeninteressen, denen der Vetomächte und dem Allgemeinwohl finden.⁸¹ „Denn werden die spezifischen Interessen mächtiger politischer Akteure mißachtet, können diese als Vetomächte die Demokratisierung in Frage stellen und gefährden. Tragen sie aber nicht in einem ausreichenden Maße dem Allgemeininteresse und den zu bewältigenden Problemen Rechnung, wird ihnen keine Legitimität aus der breiten Bevölkerung zuwachsen.“⁸²

Verfassungen werden also von politischen Akteuren ausgearbeitet und verabschiedet, die verschiedenste Eigeninteressen verfolgen. Die Wahl des Regierungssystems ist dabei das Ergebnis machtpolitischer Auseinandersetzungen. Merkel unterscheidet nach der Typologie von Shugart (1993) vier Idealtypen von demokratischen Regierungssystemen: präsidentielle, präsidentiell-parlamentarische, parlamentarisch-präsidentielle und parlamentarische. Semipräsidentielle Systeme sind typische Ergebnisse einer machtpolitischen Pattsituation, wenn autokratische Machthaber einen starken Präsidenten wünschen, die Opposition aber auf einem starken Parlament beharrt. Nachdem die Verfassung verabschiedet wurde, endet nicht nur die Demokratisierungsphase sondern auch eine Zeit der Unsicherheit. Damit hat sich allerdings auch der Handlungskorridor wieder verengt.⁸³

⁸⁰ Merkel 1999, S. 136-137

⁸¹ Vgl. Merkel 1999, S. 137

⁸² Merkel 1999, S. 137-138

⁸³ Vgl. Merkel 1999, S. 138-139 und 142-143

2.4.3 Konsolidierung der Demokratie:

Die Phase der Konsolidierung einer Demokratie ist wohl die am längsten dauernde und schwierigste eines Systemwechsels, da junge Demokratien die Probleme des autokratischen Erbes wie Wirtschaftskrise oder autokratische politische Kultur zu lösen haben. Dazu müssen die politischen Akteure einen Grundkonsens bezüglich der Einhaltung demokratischer Spielregeln finden. Dieses Zusammenspiel wird jedoch erschwert, da die Zahl der politischen Akteure (z.B. Parteien, Interessensgruppen) infolge der Demokratisierung zunimmt. Wichtig ist deshalb der Aufbau von Institutionen, die Unsicherheiten verringern. Ebenso dürfen keine gangbaren Alternativen zur Demokratie bestehen.⁸⁴ Dazu meinte O'Donnell: „Today, several years after the inauguration of democratic governments, it has become evident that this path will be more lengthy and difficult than we have imagined in our most pessimistic predictions ...“⁸⁵

Der Beginn der Konsolidierungsphase wird oftmals in der Literatur mit sogenannten Gründungswahlen gleichgesetzt. Merkel meint aber, dass dafür eher die Verabschiedung einer Verfassung zu benennen sei, da dadurch „die wichtigsten politischen Spielregeln normiert und die zentralen politischen Institutionen wie Parlament, Regierung, Staatspräsident und Justiz etabliert“⁸⁶ sind.

Die Frage ist nun, wann eine Demokratie konsolidiert ist. Dazu gibt es minimalistische und anspruchsvollere Konzepte. Uneinigkeit herrscht sowohl darüber, welche gesellschaftlichen und politischen Institutionen als konsolidiert zu gelten haben, als auch hinsichtlich des Zeithorizontes und der Pfade zur schnellst möglichen Konsolidierung. Geoffrey Pridham (1995) differenziert deshalb zwischen ‚negativer‘ und ‚positiver‘ Konsolidierung. Gibt es keine relevanten Akteure außerhalb demokratischer Institutionen, weil keine Systemalternativen existieren, sind Demokratien negativ konsolidiert. Positive Konsolidierung bedeutet, dass nicht nur die politischen Eliten sondern auch die Gesellschaft einen stabilen Legitimitätsglauben gegenüber der Demokratie reflektieren. Dies dauert dementsprechend länger als eine ausschließlich auf Eliten bezogene negative Konsolidierung.⁸⁷

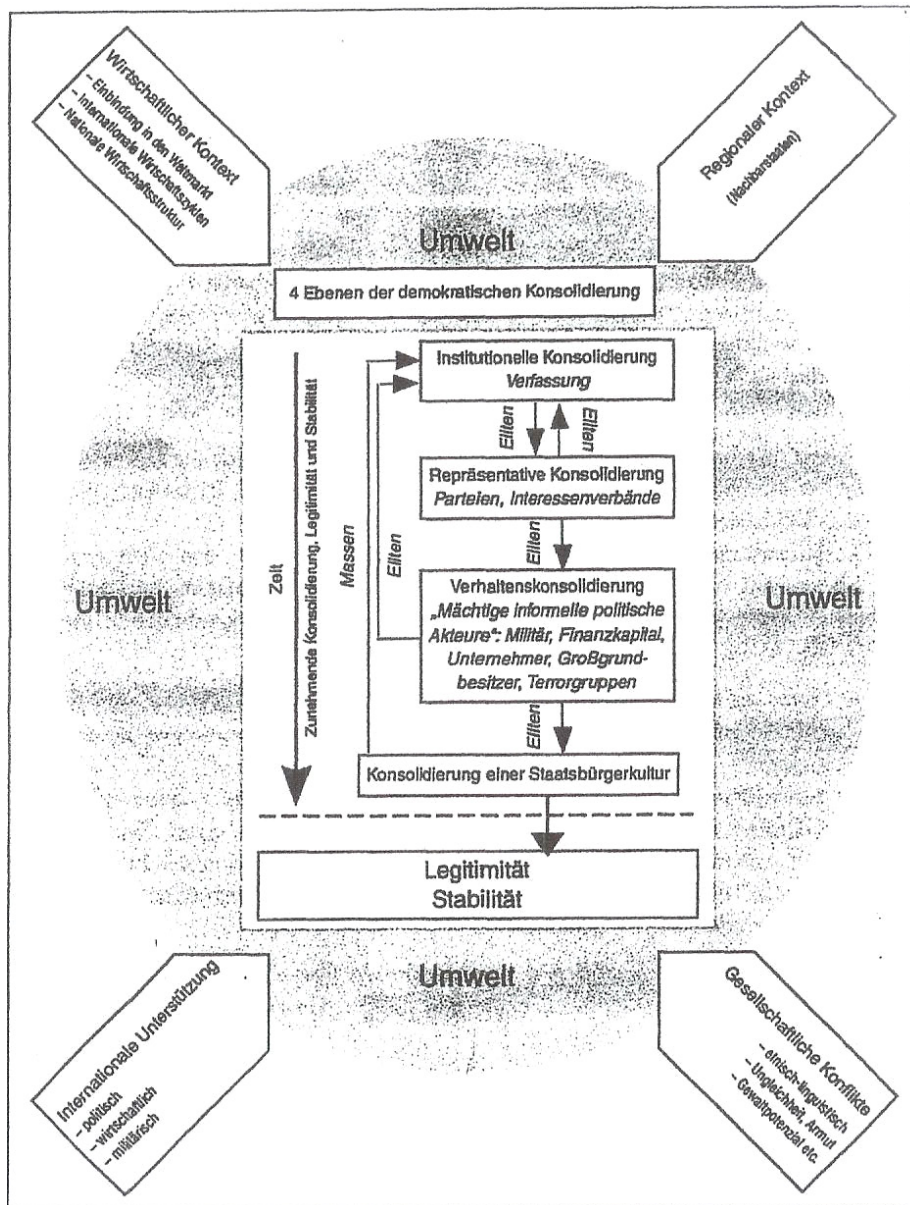
⁸⁴ Vgl. Pallinger 1997, S. 30

⁸⁵ O'Donnell, 1992, S. 17, (zitiert nach: Pallinger 1997, S. 30)

⁸⁶ Merkel 1999, S. 143

⁸⁷ Vgl. Merkel 1999, S. 144

Abbildung 3: Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung⁸⁸



Merkel übernimmt nun das Konzept der ‚*positiven Konsolidierung*‘ und erweitert es auf vier Ebenen, welche die Chancen einer Festigung des gesamten politischen Systems mitentscheiden. Diese Ebenen sind:

1. Ebene der konstitutionellen Konsolidierung
2. Ebene der repräsentativen Konsolidierung
3. Ebene der Verhaltenskonsolidierung
4. Ebene der Konsolidierung der Bürgergesellschaft

Dabei ist Ebene 1 meistens am ehesten gefestigt, während die Konsolidierung der Bürgergesellschaft am längsten dauert. Zuvor schon erwähnte minimalistische Konzepte

⁸⁸ Quelle: Merkel 1999, S. 147

konzentrieren sich im Gegensatz zu Merkels ‚*Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung*‘ (siehe Abbildung 3) weitgehend auf die Ebenen 1 und 3.⁸⁹

2.4.3.1 Konstitutionelle Konsolidierung:

Diese Ebene bezieht sich auf zentrale politische Verfassungsinstitutionen wie Regierung, Parlament, Gerichtsbarkeit oder Staatsoberhaupt. Deren Konsolidierung wirkt durch handlungseingrenzende Vorgaben direkt auf die nachfolgenden Ebenen. Verfassungsordnungen müssen für alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen einen fairen und inklusiven Charakter besitzen. Durch deren Normen wird das Handeln der Akteure auf einen Grundkonsens verpflichtet. Verfassungen erhalten ihre Stabilität durch eine formale und eine empirische Legitimation. Ihre formale Legitimation erlangt die Verfassung durch die Ausarbeitung und anschließende Verabschiedung. Idealtypisch muss dabei die verfassungsgebende Versammlung, innerhalb derer das Verfahren demokratischen Prinzipien folgt, demokratisch legitim zustande gekommen sein. Anschließend wird über den Verfassungsentwurf vom Volk in einem Referendum abgestimmt (dreistufige Legitimierung). Der Großteil der jungen osteuropäischen Demokratien entschied sich aufgrund von Zeitknappheit aber für den Weg einer einstufigen Legitimierung, d.h. die Verfassung wurde von einem Staatsorgan ausgearbeitet und vom Parlament ohne Ratifizierung durch das Volk verabschiedet. Ihre empirische Legitimation erhält die Verfassung nach Max Weber durch ein ausreichendes Maß an ‚Legitimitätsglauben‘. Dazu dürfen keine rassischen, religiösen oder ethnischen Minderheiten oder andere soziale und politische Gruppen am institutionellen Zugang zur Macht behindert werden, politische Institutionen müssen rasche Entscheidungen zulassen und diese Entscheidungen müssen gesellschaftliche Probleme lösen helfen.⁹⁰

2.4.3.2 Repräsentative Konsolidierung:

Sie betrifft Parteien und Interessensverbände. Das Verhalten der Akteure auf dieser Ebene bestimmt einerseits mit, wie sich die Normen und Strukturen der Ebene 1 festigen und

⁸⁹ Vgl. Merkel 1999, S. 145

⁹⁰ Vgl. Merkel 1999, S. 145 und 148-152

andererseits beeinflusst es zusammen mit dem Prozess der konstitutionellen Konsolidierung das Verhalten auf Ebene 3.⁹¹

Postautokratische Parteiensysteme werden durch drei Faktoren geprägt: erstens durch den Transformationskonflikt zwischen Regime und Opposition, zweitens durch gesellschaftliche cleavage-Strukturen und drittens durch das Wahlsystem. Durch den Transformationskonflikt entstandene Oppositionsbewegungen zerfallen im Laufe der Konsolidierung sehr bald anhand ideologischer, sozialer und personeller Trennlinien. Wahlsysteme können dazu beitragen, dass keine Gruppen ausgesperrt werden und trotzdem stabile Regierungsmehrheiten möglich sind. Dabei spannt sich der Bogen der konsolidierungsfördernden Wahlsysteme von Verhältniswahlsystemen mit Sperrklauseln hin zu solchen, die Elemente der Verhältnis- und Mehrheitswahl kombinieren. Ebenso konsolidierungsfördernd ist die Existenz eines moderaten Vielparteiensystems. Dabei wirkt eine zu starke Fragmentierung des Parteiensystems zusammen mit einer ideologischen Polarisierung und häufigen Regierungswechseln stabilitätsgefährdend. Geringe ideologische Distanz zwischen den Parteien und das Fehlen von Antisystemparteien wirkt dagegen konsolidierungsfördernd. Auch spielt die Wählerfluktuation eine entscheidende Rolle, da ein Rückgang eben dieser ein stabilisierendes Element der Parteienidentifikation herausbildet, was wiederum Konsolidierungsvorteile mit sich bringt. Interessensverbände wirken ergänzend zu den Parteien, sind in postautokratischen Gesellschaften aber chronisch unterentwickelt. Dies ist die Folge einer schwachen Zivilgesellschaft als Erbe autokratischer Regime. Starke Interessensverbände entwickeln sich deshalb erst im Laufe der Konsolidierungsphase.⁹²

2.4.3.3 Verhaltenskonsolidierung:

Auf dieser Ebene agieren informelle politische Akteure wie Militär, Großgrundbesitzer, Finanzadel und andere Gruppen. Diese Veto-Mächte besitzen kein verfassungsgestütztes Mandat zum politischen Handeln. Die Konsolidierungserfolge auf den Ebenen 1 und 2 sind aber dafür verantwortlich, ob die Veto-Mächte ihre Interessen innerhalb oder außerhalb bzw. gegen die demokratischen Spielregeln verfolgen. Insbesondere in Krisenzeiten wachsen deren Gestaltungsräume. Doch je stärker konsolidiert die Ebenen 1 und 2 sind, desto weniger Grund haben die Veto-Mächte zu agieren.⁹³

⁹¹ Vgl. Merkel 1999, S. 145

⁹² Vgl. Merkel 1999, S. 156-159

⁹³ Vgl. Merkel 1999, S. 145- 146 und 162-163

2.4.3.4 Konsolidierung der Bürgergesellschaft:

Sind die Ebenen 1 bis 3 konsolidiert, bewirkt dies eine Herausbildung einer demokratiestabilisierenden Bürgergesellschaft. Dieser Prozess bildet den Abschluss der Konsolidierung eines demokratischen politischen Systems und kann – aus den Erfahrungen der zweiten Demokratisierungswelle – Jahrzehnte dauern. Am Ende steht die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokultureller Unterbau der Demokratie. Die Staatsbürgerkultur lässt sich in zwei Dimensionen unterteilen: die ‚*Civic Culture*‘ und die ‚*Civic Society*‘. Erstere betrifft die Einstellungen und Werte, die eine Demokratie stabilisieren. Die zweite Dimension bezeichnet primär das Bürgerhandeln in einer Gesellschaft gegenüber dem Staat.⁹⁴

⁹⁴ Vgl. Merkel 1999, S. 146 und 165-166

3 Die Demokratisierung Osteuropas und das ‚Erfolgsmodell Mittelosteuropa‘:

Die Transformation Osteuropas wird in der Literatur aufgrund zahlreicher Unterschiede zu der anderer Regionen der dritten Demokratisierungswelle oftmals auch als vierte Demokratisierungswelle bezeichnet. Im Folgenden sollen nun diese Unterschiede zu den Regimewechseln in Lateinamerika, Südeuropa und teilweise auch zu jenen der zweiten Demokratisierungswelle sowie die Ursachen, die der Auslöser für die Transformationsprozesse in (Mittel-)Osteuropa waren, herausgearbeitet werden.

3.1 Unterschiede zu Lateinamerika, Südeuropa und der zweiten Demokratisierungswelle:

3.1.1 Allgemeine Unterschiede:

Waldrauch vergleicht die Regimewechsel in Südeuropa (SE) mit jenen in (Mittel-)Osteuropa (OE), ohne die Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Ex-Jugoslawiens mit einzubeziehen – er meint, die Unterschiede wären dann noch deutlicher – und stellt eine Reihe unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und Verläufe der Systemwechsel fest. Die ideologische Durchdringung der Gesellschaft war in SE gering, in OE hingegen stark bis allumfassend, was nicht ohne Folgen für das Wertesystem der Menschen blieb. In SE gab es eine Autonomie der Wirtschaft, in OE war diese nicht gegeben (Planwirtschaft). Eine ‚civil society‘ war in SE ansatzweise vorhanden und organisiert, in OE existierten nur kleine schwach organisierte Dissidentenbewegungen (mit Ausnahme Polens). Die Staaten SE verfügten über teilweise gut organisierte oppositionelle Parteien, in OE gab es diese abseits der kommunistischen und ihrer Blockparteien nicht. Während SE über starke Klassenstrukturen verfügte, wurden diese – ausgenommen die Nomenklatura – in OE durch Zwang eingeebnet. Ausgangsbedingungen für den Regimewechsel in SE war ein starker sozialer Wandel und ökonomisches Wachstum – in OE hingegen enorme sozioökonomische Krisen. Auslöser für den Systemwechsel in SE stellten entweder der Tod des Diktators oder (drohende) Kriegsniederlagen dar. In OE gab es exogene (Ende der Breschnew-Doktrin) und endogene (Massenstreiks, Elitenspaltung, Dominoeffekt) Faktoren. In SE war das Militär der

zentrale Akteur, in OE hingegen spielte es nur eine nebensächliche bis unbedeutende Rolle in der Transition. Umgekehrt verhielt es sich mit dem Einfluss der Medien auf den Demokratisierungsprozess. In SE kaum gegeben, war er in OE federführend für die Massenmobilisierungsprozesse und den Dominoeffekt.⁹⁵

Außerdem war in OE auch keine moderate Opposition (Ausnahme Polen zu Beginn des Systemwechsels) notwendig, die in der ‚Transitions from Authoritarian Rule‘ Studie ja als entscheidend bezeichnet wurde. Auch den Hardlinern im Regierungsblock kam nicht jene wichtige Position wie in den lateinamerikanischen und südeuropäischen Transformationsfällen zu. Außerdem waren die osteuropäischen Systemwechsel weniger evolutionär und viel stärker revolutionär.⁹⁶

Pallinger sieht noch weitere abweichende Spezifika zu den südeuropäischen und südamerikanischen Demokratisierungsfällen. So hatte die Revolution in Osteuropa eine dreifache Zielrichtung: gegen das Regime, das Wirtschaftssystem und die sowjetische Vorherrschaft. In OE war der Sozialismus zwar mit einer gewissen Modernisierung verbunden (hohes Bildungsniveau, Säkularisierung der Gesellschaft), dem standen aber Defizite der Konfliktaustragungsmechanismen und rechtsstaatlicher Garantien gegenüber. Außerdem sieht Pallinger die osteuropäischen Staaten in politischer Hinsicht als relativ homogene Gruppe, deren Transition innerhalb kürzester Zeit ablief und deren Gründe für diesen Prozess ähnlich gestaltet waren.⁹⁷

Merkel sieht noch einen Faktor, der die osteuropäischen Regimewechsel von jenen Südeuropas und Lateinamerikas sowie der zweiten Welle der Demokratisierung unterscheidet. So handelte es sich meist um eine erstmalige Demokratisierung der politischen Systeme und nicht um eine Re-Demokratisierung. Ausnahmen bildeten hier die Tschechoslowakei (1919-1938) sowie in abgeschwächter Form Polen, Ungarn und die baltischen Staaten. Dadurch fehlte es in weiterer Folge an demokratisch erprobten Eliten, Parteien und Zivilgesellschaften.⁹⁸

Der gravierendste Unterschied war jedoch jener, der als ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit‘ – wie von C. Offe (1994) formuliert – Eingang in die Literatur der Transformationsforschung fand.

⁹⁵ Vgl. Waldrauch 1996, S. 22-23

⁹⁶ Vgl. Waldrauch 1994, S. 25

⁹⁷ Vgl. Pallinger 1997, S. 8-9

⁹⁸ Vgl. Merkel 1999, S. 395

3.1.2 Das ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit‘:

Mit diesem Begriff wurde die Problematik bezeichnet, dass im postkommunistischen Osteuropa bis zu drei Transformationsprozesse gleichzeitig ablaufen mussten. Die politischen, wirtschaftlichen und staatlichen Transformationen, die in Westeuropa über Jahrhunderte evolutionär abliefen, mussten in Osteuropa – als politisches Projekt initiiert – in einem Jahrzehnt realisiert werden. Aufgrund der Zeitknappheit und der Tatsache, dass es dafür keine historischen Vorbilder gab, sprach man Anfang der 90er Jahre von einer „Unmöglichkeit holistischer Reformen“⁹⁹. Denn es existierte aufgrund der Aufgabenkomplexität eine Vielzahl von Risiken.

So nennt Wiesenthal erstens das Risiko inadäquater Voraussetzungen, da eine lebendige Bürgergesellschaft nicht existierte und anfänglich Rechtsdefizite bestanden, die wiederum Korruption und einen Klientelismus begünstigten. Zweitens unterlag der Institutionenwandel einem Dezisionismusrisiko, denn die neu geschaffenen Institutionen wurden von der Bevölkerung als willkürliche Konstrukte der handelnden politischen Akteure angesehen.¹⁰⁰ Drittens bestand „ein Risiko inadäquater Mittel aufgrund der historischen Prägung der als Vorbild erkorenen [westeuropäischen] Institutionen“¹⁰¹, da diese auch mit Effektivitäts- und Rationalitätsmängeln behaftet waren. Viertens sieht Wiesenthal das Risiko einer Ko-Innovation neuer gesellschaftlicher Formen (Parteien, Verbände), welche die Adaptionsfähigkeit der Gesellschaft zu überfordern schien. Dies behinderte den Aufbau von Verbändesystemen, die den Parteiensystemen im Wettbewerb um Organisationsressourcen und Einflusspositionen unterlegen waren. Doch als gravierendstes Problem benennt Wiesenthal eben fünftens das Dilemma der Gleichzeitigkeit.¹⁰²

Vor allem die Erfolgchancen einer dualen Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft wurden bezweifelt. Man befürchtete einen Teufelskreis. „Im Regelfall bedinge nämlich ein freier Markt die Entwicklung zur Demokratie und nicht umgekehrt. Die in der damaligen Situation notwendig erscheinende logische Umkehrung der gewissermaßen ‚natürlichen‘ Abfolge von Marktwirtschaft und Demokratie avancierte daher zum Dilemma: Eine historische Inversion, innerhalb der eine Demokratisierung zur Voraussetzung für eine

⁹⁹ Wiesenthal 1999, S. 5; Anmerkung: Die erkenntnistheoretischen Grundlagen dieses Negativparadigmas stammen aus den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts.

¹⁰⁰ Vgl. Wiesenthal 2004, S. 3

¹⁰¹ Wiesenthal 2004, S. 3

¹⁰² Vgl. Wiesenthal 2004, S. 3

wirtschaftliche Liberalisierung wurde.“¹⁰³ Denn laut Offe kommt eine Marktwirtschaft „nur unter vordemokratischen Bedingungen in Schwung“¹⁰⁴.

Die Staaten Osteuropas sahen sich also mit einer dreifachen Problematik konfrontiert:

1. Problem der (National-)Staatsbildung
2. Problem der Demokratisierung
3. Problem des Wirtschaftsumbaus

3.1.2.1 Problem der (National-)Staatsbildung:

In der Demokratietheorie wird die Herausbildung einer nationalen Identität als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Demokratisierung politischer Systeme bezeichnet. Dieser evolutionäre Prozess vollzog sich in Westeuropa langfristig und kam vor allem durch undemokratische Prozeduren – wie Kriege und Assimilation – zustande. Je mehr sich die Bevölkerung eines Staates nun aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Kulturen zusammensetzt, desto schwieriger wird ein gesamtgesellschaftlicher Konsens, der eine hohe Kompromissbereitschaft und politische Gestaltungskraft verlangt. Dieses Problem betraf die mittelosteuropäischen Staaten kaum, da es sich hier um ethnisch weitgehend homogene politische Gemeinschaften handelte. Sehr wohl führte es aber zu den Bürgerkriegen in Ex-Jugoslawien und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Kaukasus.¹⁰⁵

3.1.2.2 Problem der Demokratisierung:

Ein funktionierendes politisches System setzt sich nach Easton aus drei miteinander verknüpften Ebenen zusammen, welche im osteuropäischen Fall gleichzeitig transformiert werden mussten. So fallen auf der untersten Ebene Entscheidungen über die Rechte der Bürger und über die Grenzen des Staatsgebildes. Auf der mittleren Ebene definiert die Verfassung die Regeln, Verfahren und Rechte innerhalb des politischen Systems. Die oberste Ebene schließlich umfasst die Entscheidungen der politischen Akteure nach den in der Verfassung festgelegten Regeln.¹⁰⁶

¹⁰³ Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 12

¹⁰⁴ Offe 1994, S. 70, (zitiert nach: Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 14)

¹⁰⁵ Vgl. Merkel 1999, S. 378-382

¹⁰⁶ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 11

Dabei ist die unterste Ebene Voraussetzung für das Zustandekommen der Verfassung. Erst danach können sich dann politische Prozesse entfalten. Auch hier vollzog sich diese Entwicklung in Westeuropa über einen langen Zeitraum hinweg. Dies verhinderte, dass die unterste und die mittlere Ebene von den politischen Akteuren nach ihren Interessen geformt wurden. Durch die gleichzeitige Transformation aller drei Ebenen bestand in Osteuropa jedoch die Gefahr, dass die Implementierung der politischen Gemeinschaft und der Verfassung zum Objekt strategischen Handelns der Akteure wird.¹⁰⁷

3.1.2.3 Problem des Wirtschaftsumbaus:

Die kommunistischen Regime hatten die Gesellschaft der osteuropäischen Staaten so radikal umgebaut, dass dort kaum ein Eigentumsrecht oder Märkte existierten. Diese mussten erst mit der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft durchgesetzt werden.

Auch in diesem Bereich galt wieder: In Osteuropa musste binnen kürzester Zeit umgesetzt werden, was sich in Westeuropa langsam evolutionär herausgebildet hatte. Dieser „political capitalism“¹⁰⁸ und die dafür notwendigen unabdingbaren wirtschaftlichen Reformen führten aber unweigerlich in ein ökonomisches Tal mit hoher Arbeitslosigkeit, einem Rückgang des Lebensstandards und einer drohenden Verarmung vor allem älterer Menschen. In einer solchen Phase erhöht sich die Gefahr einer Re-Autokratisierung enorm, da die Anfangseuphorie der Demokratisierung schwindet und sich die Enttäuschung der Bevölkerung nicht nur gegen die Marktwirtschaft sondern auch gegen die noch instabile Demokratie richten kann.¹⁰⁹

Von der Bevölkerung in Osteuropa wurde also erstens ein erhebliches Maß an Geduld und Zuversicht abverlangt, zweitens hatten sie sich rasch an neue Gegebenheiten anzupassen und mussten drittens relativ lange auf die Früchte der Reformen warten.¹¹⁰

Für den wirtschaftlichen Umbau existierten zu Beginn der 90er Jahre zwei idealtypische Lösungswege. Die ‚Schocktherapie‘ erforderte eine rasche radikale Transformation der Wirtschaft. Tiefe und grausame Einschnitte sollten gleich zu Beginn stattfinden. Dadurch würden die sozialen Kosten zwar rasch und massiv anfallen, das ökonomische Tal wäre deshalb tiefer aber im Gegenzug auch kürzer.¹¹¹ Kritiker meinten allerdings, diese Methode

¹⁰⁷ Vgl. Merkel 1999, S. 383-384

¹⁰⁸ Offe 1994; S. 68, (zitiert nach: Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 13)

¹⁰⁹ Vgl. Merkel 1999, S. 385-386

¹¹⁰ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 14

¹¹¹ Vgl. Merkel 1999, S. 387

spiele nur den alten Eliten in die Hände, da übereilte Privatisierungen staatliche Monopole nur in private umwandeln. Außerdem Sorge eine ungehinderte Öffnung für ausländische Direktinvestitionen in der Bevölkerung für ein Gefühl des nationalen Ausverkaufs. Durch radikale Reformen entstehende hohe Arbeitslosenraten und Korruption fördern zudem weder die Legitimität noch die Konsolidierung der noch jungen Demokratien. Deshalb plädierten diese Kritiker für partielle Reformen, um gegebenenfalls Kurskorrekturen vornehmen zu können.¹¹²

Bei dieser ‚gradualistischen Strategie‘ – einem schrittweisen Übergang – fallen die sozialen Kosten langsamer und in geringerem Umfang an, dafür muss man allerdings länger auf Erfolge der Reformen zuwarten. Über den einzuschlagenden Weg entscheiden die politischen Akteure und ihre Wähler. Denn wenn die Wähler Vertrauen in ihre Regierung haben, lassen sich auch radikale Reformen durchsetzen. Ist dies jedoch nicht der Fall und die Regierung muss befürchten, abgewählt zu werden, verlässt sie diesen Weg und schwenkt auf eine gradualistische Wirtschaftspolitik um. Stellen sich auch hier keine spürbaren Verbesserungen ein, kann dies zu einem weiteren Vertrauensschwund in der Bevölkerung und sogar einer Einstellung der Reformbemühungen führen.¹¹³ Diese Logik verdeutlicht, dass „optimale oder auch nur konsequente Wirtschaftsreformen unter demokratischen Bedingungen und vergleichsweise kurzen Wahlzyklen in Osteuropa eher unwahrscheinlich sind. Empirisch wurde diese These tatsächlich in den meisten osteuropäischen Ländern bestätigt.“¹¹⁴

Allerdings steht heute die Möglichkeit einer erfolgreichen Systemtransformation in Osteuropa außer Frage. Die duale Transition von Demokratie und Marktwirtschaft war überall dort erfolgreich, wo sie von den politischen Akteuren gewollt und von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Nirgends ließen sich längere Krisen vermeiden, allerdings wurde auch die These, dass ambitionierte Reformer an der Wahlurne abgestraft würden, in den osteuropäischen Reformländern nicht pauschal bestätigt. Häufige Regierungswechsel in den entstandenen Wettbewerbsdemokratien – vor allem in Mitteleuropa – haben den Fortgang der Reformen nicht nennenswert behindert. Allerdings kam es nirgendwo zu einer Realisierung eines der beiden Idealkonzepte. Es existierte folglich kein Königsweg, sondern der Reformpfad verlief in der Regel im Zick-Zack-Kurs.¹¹⁵

¹¹² Vgl. Müller 1999, S. 23

¹¹³ Vgl. Merkel 1999, S. 387 und 390

¹¹⁴ Merkel 1999, S. 390

¹¹⁵ Vgl. Wiesenthal 2008, S. 5 und 7; Wiesenthal 2004, S. 7-8; Merkel 1999, S. 393

3.2 Ursachen für die Systemzusammenbrüche in Osteuropa:

Die Ursachen für die Ablösung autokratischer Regime wurden in Kapitel 2.4.1.1 schon erläutert. Meistens sind es Ursachenbündel, die zu deren Niedergang führen. Doch welche Ursachenkonstellationen waren nun der Grund für den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa? Hier lässt sich für alle ehemaligen osteuropäischen Satellitenstaaten der damaligen Sowjetunion eine gemeinsame Ursachenkette ausmachen. Wirtschaftliche Ineffizienz führte zu einer Legitimationskrise, in deren Folge es zu Reformversuchen in der Sowjetunion kam. Als unter Gorbatschow auch noch die Breschnew-Doktrin aufgegeben wurde, verschärfte dies die Legitimationsprobleme der osteuropäischen Machthaber noch zusätzlich und verminderte das Protestrisiko der Oppositionsbewegungen. Die halbfreien Wahlen in Polen und der Fall des Eisernen Vorhanges in Ungarn lösten dann eine Kettenreaktion aus, welche die kommunistischen Regime ohne allzu großen Widerstand kollabieren ließen.¹¹⁶

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Erklärung des ‚annus mirabilis‘ war die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975. Darin wurde dem Osten einerseits die Unverletzbarkeit seiner Grenzen garantiert, andererseits konnte der Westen seine Forderung einer Garantie der Menschenrechte durchsetzen. Dies hatte zur Folge, dass sich in Osteuropa Oppositionsbewegungen bilden konnten, die sich auf die Schlussakte beriefen (z.B. die Charta 77 in der CSSR).

Als sowjetische Truppen infolge des zweiten Weltkrieges Osteuropa besetzten und sozialistische Satellitenregime installierten, wurde dies von einem Großteil der Bevölkerung als illegitimer Gewaltakt angesehen. Bolschewistische Revolutionen fanden in diesen Ländern nicht statt – Sozialismus war von Anfang an mit dem Makel der Fremdherrschaft behaftet. Deshalb konnte die sozialistische Herrschaft in Osteuropa anfänglich nur auf Terror und Ideologie basieren. Da einige Staaten dieser Region – darunter auch die Tschechoslowakei und Polen – in der Zwischenkriegszeit Erfahrungen mit der Demokratie sammeln konnten, hatten sie auch andere Systemalternativen zum Kommunismus vor Augen. Dies führte auch zu einer Serie von nationalen Aufständen gegen das kommunistische Regime (z.B. Polen 1956, 1968 und 1980/81; CSSR 1968). Zunehmend wurde versucht, Wohlfahrtsstaatlichkeit zur Legitimation zu benutzen. Politische Unfreiheit sollte durch soziale Sicherheit kompensiert werden. Deshalb war für den Sozialismus ökonomischer Erfolg zur Systemerhaltung unabdingbar. Doch schon in den 60er Jahren tauchten die ersten Probleme

¹¹⁶ Vgl. Merkel 1999, S. 398

bei der Fortsetzung der Industrialisierung und der Hebung des Lebensstandards auf, denn die zentralistische Planung und die Dominanz des Staatseigentums führten zu schwerfälligen Lenkungsmechanismen. Diese Schwerfälligkeit, eine abgehobene Nomenklatura, Korruption und eine gewisse Innovationsunfähigkeit führten zu ökonomischer Ineffizienz und wirtschaftlichen Krisen. Solche Krisen, das Entstehen von Oppositionsbewegungen in den 70ern, ein ruinöser Rüstungswettlauf mit dem Westen in den 80ern und der Wettbewerb mit den kapitalistischen Demokratien führte schlussendlich zu enormen Legitimationsdefiziten der realsozialistischen Regime.¹¹⁷

Die Reformen in der Sowjetunion im Zuge von Glasnost (Politik größerer Transparenz und Offenheit gegenüber der Bevölkerung) und Perestroika (Umbau und Modernisierung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems) sowie die Aufgabe der Breschnew-Doktrin, die den Regimen der ‚Bruderländer‘ die Rückendeckung durch Moskau entzog – waren dann die externen Faktoren, die in späterer Folge zum Systemzusammenbruch in Osteuropa geführt haben. „Ohne Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität gebrochen hatte, wären die Umstürzbewegungen nicht möglich gewesen. Gorbatschow war Motor des Wandels, wenngleich er diesen weder steuern konnte noch dessen Resultate beabsichtigt hatte.“¹¹⁸ Mit dem Wegfall der externen Unterstützung durch die Sowjetunion gingen nun auch noch die letzten Reste der Legitimität der Machthaber verloren und das erzeugte einen Dominoeffekt, der durch die Fernsehübertragungen von Schlüsselereignissen in den einzelnen Ländern (z.B. Auftreten Lech Walesas im polnischen TV, Wahlen in Polen, Öffnung des ungarischen Eisernen Vorhanges, Fall der Berliner Mauer¹¹⁹) noch verstärkt wurde und so die realsozialistischen Regime implodieren ließ.

Zusammenfassend lässt sich sagen: „Dieselbe enge innenpolitische Koppelung der gesellschaftlichen Teilsysteme und außenpolitische Koppelung der kommunistischen Staaten, die jahrzehntelang deren Herrschaftsstabilität garantiert hatten, führten in der Systemkrise von 1989 zum beschleunigten kollektiven Untergang aller osteuropäischer kommunistischer Staaten.“¹²⁰ So meinte auch Lech Walesa später einmal in einem Interview: „Wir Polen haben dem russischen Bären die Zähne ausgeschlagen, die Deutschen haben dann die Mauer gestürmt, die Tschechen die samtene Revolution durchgeführt. Ich würde sagen, wir haben den Kampf zusammen ideal geführt.“¹²¹

¹¹⁷ Vgl. Waldrauch 1994, S. 38 und 74-77; Pallinger 1997, S. 11-13

¹¹⁸ Gehler 2004, S. 44

¹¹⁹ Vgl. Waldrauch 1994, S. 108

¹²⁰ Merkel 1999, S. 399

¹²¹ Metz 2005, S. 2

3.3 Das Erbe des Staatssozialismus:

Das Ende des Staatssozialismus 1989 wurde allgemein begrüßt und mit großen Hoffnungen sowohl in Ost- als auch in Westeuropa verbunden. Allerdings brachte die postsozialistische Entwicklung am Anfang vor allem Enttäuschung und Ernüchterung mit sich. Statt des erhofften Friedens kam es zu Kriegen (Zerfall Jugoslawiens), statt zu Wohlstand kam es zu einem Absinken des Lebensniveaus und zu hoher sozialer Ungleichheit und im Westen führten die instabile wirtschaftliche Lage und die sozialen Spannungen in den ehemaligen Ostblockstaaten zu einer vermehrten Zuwanderung aus dem Osten. Die so entstandene Lücke zwischen Erwartungshaltung und Realität verlangte nach Erklärungsversuchen.¹²²

Dabei gab es zwei sich unterscheidende Richtungen. Vertreter des ‚Kreativistischen Optimismus‘ meinten, durch zielgerichtete Entscheidungen politischer Akteure könne eine gewünschte gesellschaftliche Entwicklung herbeigeführt werden. Sie bestritten die Relevanz einer in der Zeit des Staatssozialismus entstandenen kulturellen Prägung und behaupteten, die Implementierung zentraler Reformen in der Startphase einer Transformation würde es ermöglichen, die wesentlichsten Institutionen von Wettbewerbsdemokratie und Marktwirtschaft von oben einzuführen, bevor sich ideologisch oder interessenspolitisch motivierte Vetogruppen organisieren könnten.¹²³

Die Anhänger des ‚Kulturalistischen Pessimismus‘ meinten dagegen, dass historisch entstandene kulturelle Voraussetzungen eine gewünschte gesellschaftliche Transformation verlangsamen würden. Sie meinten staatssozialistisch geprägte Wertorientierungen und Einstellungen seien ein zentrales Hindernis für die Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft. Diese negativen Erbschaften seien zum Beispiel starker Nationalismus, das Fehlen einer Kultur des Kompromisses, ein hohes Misstrauen in Institutionen oder eine übermäßige auf Staatsinteressen eingestellte Denkweise. Doch die Kontroverse zwischen diesen beiden Lagern verlor ab dem Anfang der 90er Jahre an Bedeutung, als die verschiedenen Transformationspfade sichtbar wurden. Gleiche Ausgangsbedingungen führten nicht zwangsläufig zu gleichen Ergebnissen. Während sich zum Beispiel Armut und Ungleichheit in den meisten Mittelosteuropäischen Ländern annähernd auf westeuropäischem Niveau eingependelt haben, hinkten viele andere osteuropäische Staaten diesbezüglich hinterher.¹²⁴

¹²² Vgl. Segert 2006, VO 7, S. 1

¹²³ Vgl. Bönker/Beichelt/Wielgoß 2004, S. 4-5 und Segert 2006, VO 7, S. 1

¹²⁴ Vgl. Bönker/Beichelt/Wielgoß 2004, S. 4-6; Segert 2006, VO 7, S. 1 und VO 8, S. 1

Dadurch mussten sich die Kreativisten „nicht nur die Frage gefallen lassen, warum auf den ersten Blick ähnlich ausgestaltete Reformen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben. Sie konnten (...) auch wenig zu den Gründen für die starken Unterschiede in der Reformbereitschaft der Eliten und im Design der Reformen sagen. Umgekehrt war die erfolgreiche ökonomische und politische Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Ländern nur schwer mit jener von den Kulturalisten gepflegten Vorstellung einer Allgegenwart unüberwindbarer kultureller Transformationsbarrieren vereinbar.“¹²⁵

So wurde die Frage nach der Bedeutung des kulturellen Erbes des Staatssozialismus durch die Frage, ob die Unterschiede der einzelnen Transformationen auf kulturelle Differenzen zwischen den einzelnen Staaten zurückzuführen sind, ersetzt. Dadurch wurden die Hinterlassenschaften der vorsozialistischen Ära plötzlich in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gerückt. In der Literatur (z.B. Agh 1998; Janos 2000) wurde deshalb auf die kulturell unterschiedlich historisch gewachsenen Geschichtsräume Mittelost-, Südost- und Osteuropa hingewiesen. Diese kulturellen Unterschiede überdauerten die staatssozialistische Ära und beeinflussten die verschiedenen Verläufe der osteuropäischen Transformation.¹²⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kommunistische Vergangenheit und ihr ideologisches, kulturelles, sozioökonomisches und politisches Erbe weder bedeutungslos sind, noch wirken sie ausschließlich hemmend auf den Transformationsprozess. Zusätzlich spielen auch die Erfahrungen der vorsozialistischen Gesellschaftssysteme eine wichtige Rolle. Aus all diesen Faktoren ergeben sich somit sowohl individuelle Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen den osteuropäischen postsozialistischen Staaten. Nicht zuletzt kam es aber auch durch die unterschiedlichen Integrationschancen in die europäischen Strukturen zu einer Ausdifferenzierung der Entwicklungen nach 1989.¹²⁷

3.4 Das Konzept der Pfadabhängigkeit und die osteuropäischen Transformationspfade:

Das Konzept der Pfadabhängigkeit wurde aus dem Bereich der Technologie von den Sozialwissenschaften übernommen. Es fand vor allem in der Transformationsforschung der osteuropäischen Systemwechsel Anklang. Pfadabhängigkeit gilt demnach als eines der Hindernisse für Reformen. Das Abweichen von eingeschlagenen Pfaden wird durch ihr

¹²⁵ Bönker/Beichelt/Wielgoß 2004, S. 6

¹²⁶ Vgl. Bönker/Beichelt/Wielgoß 2004, S. 6-7

¹²⁷ Vgl. Segert 2006, VO 9, S 1-2 und Waldrauch 1996, S. 28

Fortführen über einen längeren Zeitraum erschwert, da es zur Entstehung von Netzwerken – sowohl sozialer als auch ökonomischer Art – führt, die aus Eigeninteresse an der Beibehaltung des aktuellen Pfades interessiert sind und dadurch zur Erhöhung der Kosten für ein eventuelles Abweichen von diesem beitragen. Auch sind Alternativpfade nicht selbstverständlich vorhanden. Zudem stellen geplante Reformen immer nur ein hypothetisches Gebilde dar. In Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse wurde ein sogenannter exogener Schock – also der Untergang der sozialistischen Systeme – als Möglichkeit zur Überwindung der Pfadabhängigkeit benannt. Es muss allerdings die Bereitschaft zur Übernahme der Kosten für einen Wandel (Reformen) vorhanden sein und die Akteure müssen in der Lage sein, einen suboptimalen Pfad auch zu verlassen und nicht nur Änderungen zuzulassen. Doch wie können alternativen Pfade nun etabliert werden, wenn die Notwendigkeit von Wandel erkannt wird?¹²⁸

Dazu legten Bruszt/Stark drei Konzepte¹²⁹ des Wandels in Osteuropa nach 1989 vor:

- *Imitation* als mehr oder weniger gelungene Nachahmung des westlichen Modells von Demokratie und Marktwirtschaft.
- *Involution*: Ein oberflächlicher Wandel, der durch den Einfluss einer unentrinnbaren Vergangenheit bestimmt wird.
- *Innovation*: Dabei besteht am Anfang des Transformationsprozesses ein sogenanntes ‚window of opportunity‘, in dem starke politische Akteure gegenüber schwachen Staaten relativ freie Entscheidungen treffen können, um einen Pfad einzuschlagen, der in der Folge allerdings schwer wieder zu verlassen ist. Nach Segert passt dieses Konzept nicht auf die reale Entwicklung, da in der Praxis mehrere Alternativen existieren und somit Pfadwechsel möglich sind.

In Osteuropa lag es an den unterschiedlichen nationalen Umständen und Strategien der relevanten politischen Akteure (Hardliner und Softliner innerhalb des alten Regimes und gemäßigte bzw. radikale Kräfte der Opposition), dass sich verschiedenen Transformationspfade entwickelten (siehe Abbildung 4).

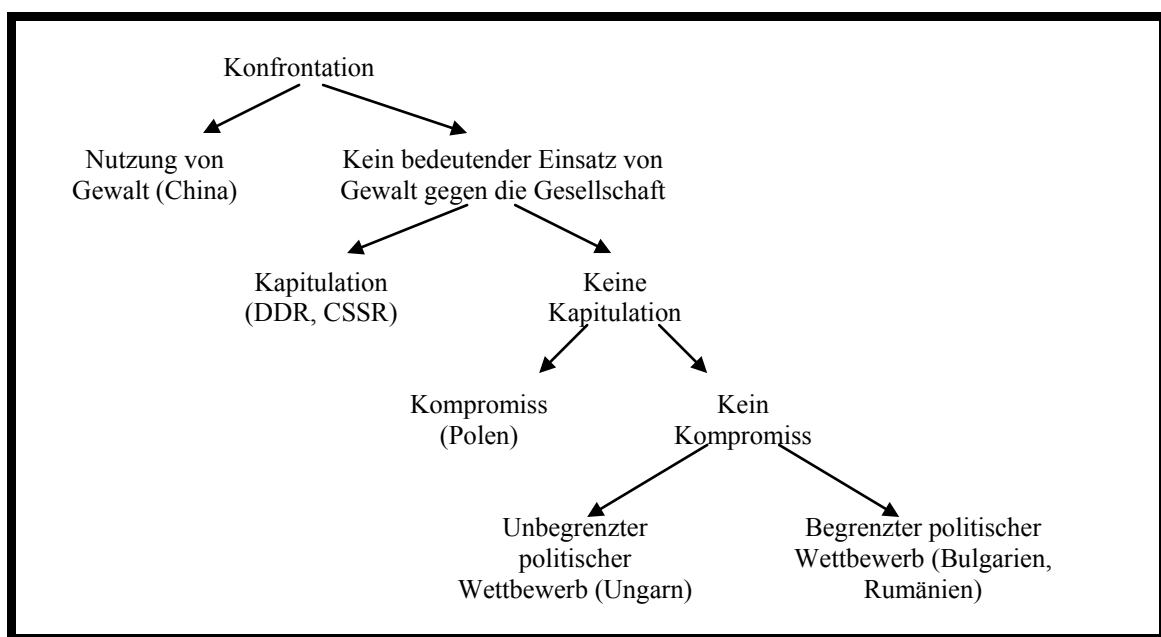
So war es in diesem Zusammenhang auch wichtig, wie sich die herrschenden Eliten während der Krise des alten Systems verhielten. Segert unterscheidet zwischen Reformstaaten (z.B. Polen, Ungarn), konservativen Frontstaaten (z.B. DDR, Rumänien) und Staaten einer Scheinperestroika (z.B. Bulgarien, CSSR), in denen die Eliten trotz gegenteiliger Rhetorik keine echten Reformen wollten. All diese Faktoren beeinflussten die Wahl der jeweiligen

¹²⁸ Vgl. Wetzel 2005, S. 6 und 34; Döring/Rose 2002, S. 24-27

¹²⁹ Vgl. Segert 2006, VO 7, S. 1

Transformationspfade mit. Merkel unterscheidet nun anhand der sechs idealtypischen Verlaufsformen eines Systemwechsels für Osteuropa verschiedene Pfade. Von oben kontrollierte Demokratisierungen gab es etwa in Rumänien, Bulgarien und Albanien. Von unten erzwungen waren sie in Kombination mit einem Regimekollaps und bzw. oder einer Neugründung von Staaten in der DDR und der Tschechoslowakei. Zu ausgehandelten Systemwechseln kam es in Polen und Ungarn, der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion und Ex-Jugoslawiens führte zur Neugründung von Staaten wie Slowenien oder Estland.¹³⁰

Abbildung 4: Staatssozialistische Antworten auf die Krise in Osteuropa 1989¹³¹



3.5 Das ‚Erfolgsmodell Mittelosteuropa‘:

Für Kai-Olaf Lang repräsentieren die Länder Mittelosteuropas – schon eine Dekade nach dem Systemwechsel in Osteuropa – die Avantgarde der Systemtransformation. In allen Bereichen wurden beachtliche Fortschritte erzielt, am deutlichsten bei der Etablierung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie bei der An- und Einpassung an ein geändertes internationales Umfeld (NATO, EU). Es konnten Institutionen geschaffen werden, die als Basis für Pluralismus, Minderheitenschutz und einen demokratischen Rechtsstaat fungieren. Stabilisierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen setzten Marktkräfte frei,

¹³⁰ Vgl. Merkel 1999, S. 135 und 400; Segert 2007, VO 9, S. 1

¹³¹ Quelle: Bruszt/Stark 1998, S. 18, (in deutscher Sprache übernommen von: Segert 2006, VO 7)

die alsbald zu einer Revitalisierung des Wirtschaftsgeschehens führten. Durch einen wirtschaftlichen Umbau und einer Neuformierung der sozialen Sicherung kam es zu einer gesellschaftlichen Rekonstituierung. Auch existiert mittlerweile ein relativ stabiles Parteiensystem.¹³²

Lang macht mehrere Faktoren aus, die bestimmend waren für das ‚Erfolgsmodell Mittelosteuropa‘. Umso erstaunlicher ist dies aufgrund der Fehlentwicklungen in anderen Teilen der ehemals sozialistischen Welt (Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion oder Ex-Jugoslawiens) und trotz der schmerzhaften Maßnahmen, welche die sozioökonomische Umgestaltung mit sich brachte. Als erste Determinante ortet er die Absenz von Ethno-Nationalismus in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien. Dort fehlte im Gegensatz zu südosteuropäischen und ex-sowjetischen Staaten das multiethnische Moment und damit ein Instrument des legitimationsstiftenden Rekurses auf einen minderheitengerichteten Nationalismus. Zweitens ortet er einen Standortvorteil aus der geografischen Nähe zum Westen und damit zur EU. Zur Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums trugen die geringe Distanz zu den Märkten im Westen und die erfolgten Assoziierungsabkommen wesentlich bei. Drittens spielten die Exkommunisten eine wichtige Rolle. Da die Opposition es verabsäumt hatte, schlagkräftige Linksparteien zu etablieren, konnten sich postkommunistische Parteien in den osteuropäischen Staaten – mit Ausnahme der Tschechischen Republik – konstituieren, die sich als eifrige Verfechter von Demokratie, Marktwirtschaft und Anbindung an den Westen profilierten und in Anbetracht wachsender gesellschaftlicher Unzufriedenheit auch mit steigendem Zuspruch rechnen konnten.¹³³ Denn „[n]ach einer kurzen Phase (...) der politischen Paralysisierung waren die Abkömmlinge der kommunistischen Einheitsparteien unter dem Druck parteipolitischer Isolierung gezwungen, sich bei Strafe des Untergangs programmatisch und personell zu einigen und organisatorisch zu konsolidieren.“¹³⁴

Vierter bestimmender Faktor ist für Lang die Form eines kanalisierten Protestes. Exkommunisten aber auch andere Parteien und Gruppierungen trugen für ihn dazu bei, den politisch manifestierten Unmut zu kanalisieren. Dadurch konnte der gesellschaftliche Protest in Mittelosteuropa nicht ausufern und das Potential von Anti-System-Parteien konnte substanziell limitiert werden. Die fünfte und letzte Determinante ist der in den mittelosteuropäischen Staaten alsbald vorherrschende politische Konsens.¹³⁵ „Die Einreihung

¹³² Vgl. Lang 2001, S. 13-14

¹³³ Vgl. Lang 2001, S. 15-16

¹³⁴ Lang 2001, S. 16

¹³⁵ Vgl. Lang 2001, S. 16-17

der exkommunistischen Nachfolgegruppierungen in das Lager der reformorientierten Kräfte sowie die Schwäche systemfeindlicher Kräfte ermöglichten die Herausbildung eines strukturell mehrheitsfähigen Politikbereichs mit grundlegend transformationsbejahender Ausrichtung. Von großer Bedeutung war hierbei ferner, dass die aus der ehemaligen antikommunistischen Opposition stammenden Eliten bald von diffusen oder retrospektiven Konzepten ließen und sich mehrheitlich für den Aufbau von Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie einsetzten.¹³⁶

Wichtig war vor allem, dass die Menschen in Mittelosteuropa nach anfänglichen Enttäuschungen in Folge des Systemwandels die Modelle der Marktwirtschaft und der Demokratie nicht ablehnten. Der Transformationsprozess in Mittelosteuropa kann also trotz aufgetretener Krisen als Erfolgsfall - der auch weitgehend friedvoll verlief - betrachtet werden, obwohl er aber als noch nicht abgeschlossen angesehen werden muss. Es besteht zwar nicht mehr die Gefahr eines Scheiterns der Transformation, sehr wohl aber die Möglichkeit einer Konsolidierung auf niedrigem Niveau und einer verzögerten Anpassung von Verhaltensweisen.¹³⁷

3.6 Fazit:

Die osteuropäischen Transformationen unterschieden sich von jenen in Lateinamerika und Südeuropa teilweise erheblich. Der gravierendste Unterschied war jedoch das für Osteuropa prognostizierte ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit‘. So wurde zu Beginn des Demokratisierungsprozesses eine gleichzeitige Implementierung von Marktwirtschaft und Demokratie nicht von allen Transformationsforschern für möglich gehalten. Wo sie allerdings von den politischen Akteuren gewollt und der Bevölkerung unterstützt worden ist, war sie trotz zwischenzeitlicher Krisen auch erfolgreich.

Die Systemzusammenbrüche in Osteuropa hatten eine gemeinsame Ursachenkette, die sich aus einer Legitimationskrise der herrschenden alten Eliten – verursacht durch wirtschaftliche Ineffizienz – und einem Wegfall der externen Unterstützung durch die damalige Sowjetunion zusammensetzte. Dies führte zu einem Dominoeffekt, welcher die realsozialistischen osteuropäischen Regime kollabieren ließ.

In der Postsozialismusforschung beschäftigte man sich in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts viel mit der Frage nach dem gemeinsamen und trennenden Erbe des

¹³⁶ Lang 2001, S. 17

¹³⁷ Vgl. Lang 2001, S. 21

Staatssozialismus. Dabei kam man überein, dass das kommunistische Erbe weder bedeutungslos noch ausschließlich hemmend für den Transformationsprozess ist. Mit beeinflusst haben die teilweise unterschiedlichen Transformationspfade in Osteuropa schlussendlich auch noch Demokratieerfahrungen, die einige Länder in der vorsozialistischen Zeit machen konnten. Wesentliche Faktoren, welcher Pfad nun eingeschlagen wurde, waren dabei das Verhalten und die Strategien der politischen Akteure.

Den erfolgreichsten Weg schlugen die Staaten Mittelosteuropas ein. Sie profitierten zweifelsohne von der raschen Einbindung in den europäischen Markt, aber es gab auch andere Erfolgsfaktoren – wie zum Beispiel das weitestgehende Fehlen von Nationalismen oder Anti-System-Parteien, die diese Eingliederung erst möglich machten. Den vorläufigen Höhepunkt der Konsolidierung in dieser Region erreichte man dann ohne Zweifel 2004 mit dem EU-Beitritt der Staaten des ‚Erfolgsmodells Mittelosteuropa‘, zu dem auch Polen und die Tschechische Republik gehören.

4 Die Transformation Polens und Tschechiens:

4.1 Die Ablösung der alten politischen Regime:

In Polen und der CSSR gab es unterschiedliche Wege einer Ablösung der alten Eliten. Während es in Polen zu einem ausgehandelten Systemwechsel kam, da bereits 1988 „Regime und Opposition (...) keine erfolgsversprechende Möglichkeit, ihre Interessen mit Gewalt gegen die andere Seite durchzusetzen“¹³⁸, sahen, gab es im Fall der CSSR keine wesentlichen handlungsfähigen und reformbereiten Akteure auf beiden Seiten, was unweigerlich zu einem Regimekollaps führte.

4.1.1 Der ausgehandelte Systemwechsel in Polen:

Die lange Phase der Transformation in Polen begann schon in den 70er Jahren, als die kommunistische Führung wiederholt versuchte, wirtschaftliche Reformen einzuleiten. Eine Zäsur bildete dann die erste Polenreise von Papst Johannes Paul II 1979. Er riskierte „den offenen Kampf mit den Kommunisten (...), indem er [analog zur Schlussakte von Helsinki] einfach Religionsfreiheit und Menschenrechte verlangte und seinen Landsleuten die Angst vor den Unterdrückern nahm.“¹³⁹ So schilderte auch Walesa die Lage Ende der 70er Jahre folgendermaßen: „Ich habe versucht, Leute zu finden, die mit mir kämpfen wollten, und ich habe in einem Volk von 40 Millionen nur zehn Leute gefunden. Die Leute glaubten einfach nicht daran, daß der Kommunismus zu bezwingen sei. In diesem Zustand der Schwäche wurde ein Pole zum Papst gewählt. Ein Jahr nach seiner Wahl kam er nach Polen. Er sagte: ‚Fürchtet euch nicht, das Antlitz der Welt zu verändern.‘ (...) Nach der Pilgerreise des Papstes hatte ich nicht nur zehn Anhänger sondern zehn Millionen Leute standen hinter mir.“¹⁴⁰

Als die Fleischpreise am 1. Juli 1980 erhöht wurden, kam es in mehreren Städten zu Demonstrationen und Streiks. Die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz – eine der Beteiligten des Streiks in der Danziger Leninwerft – führte zu einer Solidarisierung der Belegschaft. Man forderte die Wiedereinstellung der Kranführerin sowie Lohnerhöhungen und die Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft. Da sich die Widerstände rasch auf

¹³⁸ Merkel 1999, S.410

¹³⁹ Schulmeister 2009, S. 22

¹⁴⁰ Metz 2005, S. 1-2

andere Küstenstädte ausweiteten, wurde der Streik von einem überbetrieblichen Komitee unter der Leitung des Elektrikers Lech Walesa koordiniert. Anders als bei den Streiks von 1970/71 bekamen die Arbeiter diesmal breite Unterstützung von Seiten der Intellektuellen und der katholischen Kirche und es kam zu politischen Forderungen¹⁴¹, wie das Recht auf Streik und Meinungsfreiheit, die Aufhebung der Zensur oder den Zugang zu den Medien. Die kommunistische Partei (Vereinigte Polnische Arbeiterpartei - PZPR) war verunsichert und versuchte auf Zeit zu spielen, indem man Gesprächen mit Vertretern des Streikkomitees zustimmte. Doch in der Zwischenzeit erfasste die Streikbewegung das ganze Land und die Regierung musste den Forderungen nachkommen. Daraufhin wandelte sich das Streikkomitee in ein Gründungskomitee für die unabhängige und sich selbst verwaltende Gewerkschaft ‚Solidarität‘ (Solidarnosc). Dieser traten bis 1981 über zehn Millionen Polen bei. Dadurch hatte die PZPR die direkte Kontrolle über zirka 90 Prozent der organisierten Arbeiterschaft eingebüßt und in weniger als einem Jahr gelang es somit einer mobilisierten Zivilgesellschaft den Einfluss des kommunistischen Regimes auf die polnische Gesellschaft zu minimieren.¹⁴²

Der neue Parteichef Stanislaw Kania versprach daraufhin einen Dialog mit allen Teilen der Gesellschaft und versuchte die Partei zu erneuern, indem er einige alte Funktionsträger ablöste. In weiterer Folge entstanden nun auch Gründungskomitees für Bauern- und Studentengewerkschaften. Nachdem das Wojewodschaftsgericht in Warschau die Registrierung der Solidarnosc am 24. Oktober 1980 nur unter Auflagen erlauben wollte, kam es erneut zu landesweiten Streiks und so konnte sich die Gewerkschaft in einer Revision im November vor dem Obersten Gericht durchsetzen. Die Streiks und Massendemonstrationen hatten unterdessen die ökonomische Problemlage des Landes weiter verschärft. Am 9. Februar 1981 übernahm Verteidigungsminister General Wojciech Jaruzelski auch das Amt des Ministerpräsidenten. In einer Phase, in der die Regierung ihre Autorität in der Gesellschaft schon längst eingebüßt hatte und in der die Kirche immer wieder vermittelnd eingreifen musste, kam es im März 1981 zu einem Gespräch zwischen Jaruzelski und Walesa, das allerdings ergebnislos blieb. Aufgrund der schlechten Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten intensivierten sich dann im Sommer wieder die Demonstrationen.¹⁴³

Auch ein „Drohbrief des ZK [(Zentralkomitee)] der KPdSU an die Führung der PZPR vom 5. Juni, in dem mit Konsequenzen für den Fall gedroht wurde, dass die Partei sich nicht in der

¹⁴¹ Anmerkung: Siehe dazu Kapitel 6.1: Die 21 Forderungen von Danzig

¹⁴² Vgl. Alexander 2005, S. 351-352 und Merkel 1999, S. 410

¹⁴³ Vgl. Alexander 2005, S. 353-355

Lage sähe, die so genannte Doppelherrschaft (PZPR – Solidarnosc) zu beenden, führten zu einer weiteren Destabilisierung der Lage.“¹⁴⁴

Aber auch in der Solidarnosc wuchsen die Spannungen. So gab es zwei unterschiedliche Ansichten über die Ziele der Gewerkschaft. Die einen sahen die Solidarnosc eher als sozial- und wirtschaftspolitisch orientierte Arbeitnehmerorganisation und die anderen als gesellschaftlich-politische Bewegung mit einer demokratischen Mission. Nachdem sich Vertreter der zweiten Variante durchzusetzen begannen und Walesa beim ersten Landeskongress der Gewerkschaft im September 1981 eine eigene Strategie zur Rettung der Wirtschaft ankündigte und die Solidarnosc damit dem Vorwurf aussetzte, sie wolle dem Staat die Wirtschafts- und Verteilungspolitik aus der Hand nehmen, beschwor dies gleichzeitig das vorläufige Scheitern der Bewegung herauf. Denn im Oktober übernahm General Jaruzelski auch das Amt des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR und verfügte so mittlerweile über eine einmalige Machtkonzentration. Das politische Klima verschärfte sich zusehends und auch weitere Gespräche zwischen Jaruzelski, Walesa und Erzbischof Glemp scheiterten. Als von Seiten der Nachbarstaaten immer offener mit Intervention gedroht wurde, verkündete Ministerpräsident Jaruzelski schließlich am 13. Dezember 1981 den Kriegszustand.¹⁴⁵

Unter dem Verweis auf angebliche Umsturzpläne der Solidarnosc kam es zur Inhaftierung der Führung und tausender Anhänger der Gewerkschaft. Es wurde ein ‚Militärrat der nationalen Errettung‘ (WRON) einberufen, das Streikrecht aufgehoben, Demonstrationen verboten, die Pressezensur wiedereingeführt und die bürgerlichen Rechte eingeschränkt. Dieser Schritt erschien der Nomenklatura der einzige Ausweg zu sein, ihre Machtposition zu verteidigen und eine Intervention zu verhindern. Die nun folgenden Jahre waren gekennzeichnet von einer weiteren Entfremdung zwischen Partei und Gesellschaft – aber auch durch enorme ökonomische Probleme. Am 12. November 1982 kam Lech Walesa im Rahmen einer Teilamnestie wieder frei und im Dezember wurde die ‚Patriotische Bewegung der Nationalen Wiedergeburt‘ (PRON) geschaffen, die alle legalen politischen und gesellschaftlichen Organisationen vereinen sollte. Doch dieser Initiative der Parteiführung war kein Erfolg beschieden, da große Teile der polnischen Gesellschaft mittlerweile von einer Unreformierbarkeit des real existierenden Sozialismus überzeugt waren. Die Menschen hatten sich außerdem aus dem öffentlichen politischen Leben weitestgehend zurückgezogen, da sie zunehmend unter der immer schlechter werdenden Versorgungslage litten. Nach dem die Solidarnosc am 8. Oktober 1982 durch die Verabschiedung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes endgültig verboten wurde, konnte sie ihre Arbeit nur mehr im

¹⁴⁴ Bingen 2001a, S. 19

¹⁴⁵ Vgl. Bingen 2001a, S. 19 und Alexander 2005, S. 355-356

Untergrund fortsetzen – das aber mit Unterstützung aus dem Ausland. Diese Unterstützung äußerte sich unter anderem in der Verleihung des Friedensnobelpreises an Walesa im Jahre 1983. Schließlich kam es am 22. Juli 1983 zur Aufhebung des Kriegsrechtes und Jaruzelski konnte seinen mittleren innenpolitischen Kurs bis zum X. Parteitag der PZPR 1986 gegenüber innerparteilichen Gegnern festigen.¹⁴⁶

Dieser Parteikongress „sollte dem Prozess der ‚sozialistischen Erneuerung‘ neue Impulse geben. Das politische Angebot fand seinen Niederschlag in der überraschenden Freilassung aller politischen Gefangenen nach der am 17. Juli 1986 verkündeten Amnestie.“¹⁴⁷

Ende des Jahres 1986 berief Jaruzelski dann den sogenannten ‚Konsultativrat beim Staatsratsvorsitzenden‘ (letzteres Amt bekleidete er seit dem 7. November 1985) ein, dem auch von der Opposition respektierte Personen angehörten. In der Folge kam es auch zu einer liberaleren Kulturpolitik. Diese innenpolitische Phase einer Liberalisierung erfolgte jedoch zu spät und zu langsam und konnte die immer schlechter werdende ökonomische Lage nicht mehr kompensieren, denn Polen hatte hohe Auslandsschulden und die Inflation stieg stetig an. Als dann auch noch ein Referendum über Wirtschaftsreformen im Oktober 1987 scheiterte und es am 1. Februar 1988 zu drastischen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Energie kam, sorgte dies für neuerliche Unruhen und zwei Streikwellen im April/Mai und August. Der neue Ministerpräsident Rakowski gab den Betrieben daraufhin mehr Spielraum für eigene Entscheidungen, ließ das Passgesetz liberalisieren und ermöglichte so den Bürgern Auslandsreisen. Die politische Opposition in Form der Solidarnosc erhielt unterdessen Unterstützung durch die dritte Polenreise des Papstes. Johannes Paul II empfing demonstrativ Arbeiterführer Lech Walesa. Diese Geste und die internationale Bekanntheit Walesas machten es für die PZPR unmöglich, ihn und seine Gefolgsleute zu Unpersonen zu erklären und so konnte Walesa erfolgreich gegen das Referendum vom Oktober 1987 auftreten. Außerdem koordinierte ein Bürgerkomitee unter seiner Leitung die verschiedensten regimekritischen Kräfte. Im Herbst 1988 folgten vertrauliche Gespräche zwischen der noch immer verbotenen Solidarnosc-Führung und den kommunistischen Machthabern unter Einbeziehung der katholischen Kirche. Nachdem das ZK-Plenum der PZPR Mitte Januar 1989 Verhandlungen mit der Opposition zustimmte, war dies die Geburtsstunde des ‚Runden Tisches‘ in Polen. Diese Gespräche am ‚Runden Tisch‘ fanden vom 6. Februar bis 5. April 1989 in der Nähe von Warschau statt.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Vgl. Alexander 2005, S. 356-358 und Bingen 2001a, S. 20-21

¹⁴⁷ Bingen 2001a, S. 21

¹⁴⁸ Vgl. Bingen 2001a, S. 21 und Alexander 2005, S. 359-362

Teilnehmer dort waren reformorientierte Vertreter des alten Regimes (Softliner) sowie gemäßigte Mitglieder der politischen Opposition. Ziel der Verhandlungen für die Opposition war es, das Machtmonopol der PZPR zu durchbrechen. Die Softliner wiederum wollten mit der Einbindung der Solidarnosc in die politische Führung die Legitimitätsbasis des Regimes verbreitern. Da beide Seiten ihre Machtpositionen nicht präzise einzuschätzen vermochten, förderte dies die Kompromissbereitschaft der Kontrahenten.¹⁴⁹

Erste Konsequenz der Gespräche am ‚Runden Tisch‘ war dann die Wiederanerkennung der Solidarnosc. Vereinbart wurde auch, das politische und institutionelle System des Landes grundlegend zu verändern. Das Resultat der Verhandlungen fasste man in drei Protokollen zusammen. Doch schon vor deren Unterzeichnung wurden mehrere Verfassungsänderungen und Gesetzesnovellen im März 1989 an den Sejm weitergeleitet. Dabei handelte es sich unter anderem um eine Änderung der Wahlordnung für die vorgezogene Parlamentswahl im Juni desselben Jahres, die Wiedereinführung des Senats und die Einführung des Präsidentenamtes. Das erste der drei Protokolle betraf die politischen Reformen und sah das Prinzip der vollen Volkssouveränität vor. Außerdem verpflichtete man das erst noch zu wählende Parlament mit der Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung und eines neuen Wahlrechtes. Das Protokoll zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte primär helfen, die Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung zu verbessern und die Schaffung einer Marktwirtschaft voranzutreiben. Mit dem Protokoll über den Gewerkschaftspluralismus bekannten sich alle Seiten zu den ‚Gesellschaftlichen Vereinbarungen‘ vom August 1980, zur allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und zur Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation. Außerdem kam es zu einem historischen Ausgleich des polnischen Staates mit der katholischen Kirche.¹⁵⁰

Der Kompromiss über das Amt des Staatspräsidenten kam zustande, weil das Regime seine Macht über- und die Opposition ihre unterschätzte. Somit wurde der Staatspräsident auf Wunsch der alten Eliten mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet. Diese beinhalteten unter anderem das Recht den Premierminister zu ernennen, ein Vetorecht im Sejm und das Recht, das Parlament unter gewissen Umständen aufzulösen. Als Ausgleich räumte man der Solidarnosc ein halbfreies Wahlrecht bei der ersten Sejmwahl ein. Demnach sollten 65 % der Sitze für die Regierungskoalition reserviert bleiben und 35% frei wählbar sein. Die Wahl zum Senat sollte gänzlich frei sein. Insgesamt wurde diese Wahl im Juni 1989 zu einem grandiosen Erfolg für die Opposition, die alle bis auf einen der frei wählbaren Sitze im Parlament erringen konnte. Jaruzelski wurde in der Folge vom Parlament aufgrund einer Vereinbarung,

¹⁴⁹ Vgl. Merkel 1999, S. 412

¹⁵⁰ Vgl. Bingen 2001a, S. 22

die am ‚Runden Tisch‘ getroffen wurde, zum Staatspräsidenten gewählt. Daraufhin kündigten die ehemaligen Bündnisparteien der PZPR die Gefolgschaft und ermöglichten es der Solidarnosc, Tadeusz Mazowiecki am 24. August zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen zu wählen. In seiner Regierung waren allerdings wichtige Posten (Verteidigung, Inneres) mit Vertretern der PZPR besetzt. Als äußeres Zeichen des Wandels benannte man die Volksrepublik im Dezember 1989 in Republik Polen um.¹⁵¹

Im Januar 1990 löst sich die PZPR auf und benannte sich in ‚Sozialdemokratie der Republik Polen‘ (SdRP) um. Damit verschwand ein maßgeblicher Partner der Verhandlungen vom ‚Runden Tisch‘ von der politischen Bildfläche. Aber auch die Solidarnosc zerbrach und spaltete sich in eine konservative Gruppe um Walesa und eine liberale um Mazowiecki. Zuvor schon hatte Walesa auf eine Absetzung des Präsidenten gedrängt und mit dem Gesetz vom 27. September 1990 wurde die Direktwahl des Staatspräsidenten eingeführt. In dieser ersten freien Wahl konnte Lech Walesa seine Kontrahenten besiegen und im zweiten Wahlgang im Dezember 1990 fast 75% der Stimmen erringen. Im Oktober 1991 folgten dann die ersten freien Parlamentswahlen, die somit die Übergangsperiode des ‚verhandelten Systemwechsels‘ abschlossen.¹⁵²

Mit den Parlamentswahlen von 1991 konnte schlussendlich auch das Problem eines über zwei Jahre andauernden Defizits des polnischen Parlamentarismus, das „an dem inneren Konflikt innerhalb der Solidarnosc-Bewegung und in der fehlenden Legitimität des Sejm“¹⁵³ lag, gelöst werden.

„Dieser Modus des Regimewechsels präjudizierte in starkem Maße das künftige politische System, insbesondere dessen parlamentarisch-präsidentiellen Charakter. Dieses System bot beiden Seiten ausreichend Ansatzpunkte für ihre Machterhaltungs- bzw. Machterringungsstrategie.“¹⁵⁴

Die Prozesse in Polen, die durch die Solidarnosc initiiert wurden, hatten die Wende in Osteuropa losgetreten und beschleunigten den Zusammenbruch des Kommunismus wesentlich. Allerdings wird der Verlauf recht unterschiedlich beurteilt. Sprechen die einen von einem historischen Kompromiss, so meinen die anderen, die Abmachungen des ‚Runden Tisches‘ seien ein fauler Kompromiss gewesen. Auch in der Frage der Vergangenheitsbewältigung der Ära des kommunistischen Regimes gab es geteilte Ansichten. Doch Ministerpräsident Mazowiecki erlangte mit seiner ‚Politik des Schlusstrichs‘, in deren

¹⁵¹ Vgl. Merkel 1999, S. 412-413

¹⁵² Vgl. Alexander 2005, S. 370-372 und Merkel 1999, S. 413-414

¹⁵³ Ochmann 2008, S. 366

¹⁵⁴ Franzke 2000, S. 11

Folge es zu keinen generellen politischen Prozessen und zur teilweisen Vernichtung belastender Akten kam, eine ausreichende Mehrheit für den Start seines Reformprogramms.¹⁵⁵

4.1.2 Regimekollaps und Staatstrennung in der Tschechoslowakei:

Ende 1976 schlossen sich verschiedenste Bevölkerungsgruppen (wie z.B. Künstler, Intellektuelle, Arbeiter, Priester, Exkommunisten und andere) zusammen, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, die im Widerspruch zu der vom tschechoslowakischen Außenminister unterschriebenen Schlussakte von Helsinki standen. Auslösendes Moment hierfür waren Repressalien des kommunistischen Regimes gegenüber der Rockband ‚Plastic People of the Universe‘. Die Inhaftierung der Gruppe und die Verhöre ihrer Fans anlässlich eines Konzertes im Februar hatten für nationale und internationale Proteste gesorgt. Die Charta 77 begann ihre Tätigkeit am 1. Januar 1977 und verstand sich als Vertretung der Öffentlichkeit und als Menschenrechtsinitiative.¹⁵⁶

Wie der französische Politologe Jacques Rupnik in einem Artikel in der französischen Tageszeitung ‚Liberation‘ zum 30. Jahrestag der Charta 77 schreibt, handelte es sich nicht um einen Versuch die staatlichen Institutionen zu verändern oder den realen Sozialismus zu humanisieren, sondern um die Möglichkeit einer Selbstorganisation der Gesellschaft. Es sollte ein Raum für Freiheit und Solidarität geschaffen werden, um das Zusammenkommen von Fürsprechern eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu ermöglichen.¹⁵⁷

Die Erklärung der Charta 77 unterzeichneten 243 Bürgerinnen und Bürger - bis Ende 1989 waren es dann zirka 2000. Hauptsächlichste Verfasser und erste Sprecher der Bewegung waren Vaclav Havel, der Philosoph Jan Patocka und der ehemalige Außenminister Jiri Hajek. Der Dialog mit Vertretern von Staat und Politik war erklärtes Ziel der Bewegung, die von drei jährlich gewählten Sprechern nach außen repräsentiert wurde. In den dreizehn Jahren ihres Bestehens veröffentlichte die Charta 77 immer wieder Informationen zur Menschenrechtssituation in der CSSR, zu Rechtsverstößen staatlicher Organe oder zur Lage der Religionsgemeinschaften. Der tschechoslowakische Staat reagierte auf die Charta 77 mit Härte und Gewalt. So wurden ihre Unterzeichner wiederholt verhaftet, verhört und observiert. Einige Mitglieder verloren ihre Arbeit, wurden ausgebürgert oder verließen mehr oder

¹⁵⁵ Vgl. Wagner 2006, S. 44-45 und Alexander 2005, S. 369

¹⁵⁶ Vgl. Segert 2002a, S. 6-7

¹⁵⁷ Vgl. Rupnik 2007, S. 2

weniger freiwillig das Land. Unbestritten sind politische Bedeutung und Verdienst der Charta 77, die den Westen sowie die eigenen Bürgerinnen und Bürger über die tatsächliche Situation im Lande informierte.¹⁵⁸

Doch außerhalb dieser Opposition regte sich in den 80er Jahren im Unterschied zu Polen oder Ungarn kaum Widerstand. Erst als man im Herbst 1989 die Ereignisse in anderen realsozialistischen Ländern mitverfolgte, kam es in der CSSR zu ersten Demonstrationen. Diese begannen im tschechischen Landesteil am 17. November 1989 als Studentenproteste, die vom Regime noch brutal niedergeworfen wurden. Am 19. November gründeten dann Aktivisten der Charta 77 sowie kommunistische Dissidenten und Mitglieder der alten Blockparteien das Bürgerforum (OF). Als nächstes trat am 24. November der regierende kommunistische Parteichef zurück und am 27. November traten die Arbeiter in einen zweistündigen Generalstreik. Nun solidarisierte sich auch die kommunistische Parteijugend mit den Demonstranten und die Polizeikräfte verweigerten den Befehl der Hardliner der alten Eliten, die Proteste mit Gewalt aufzulösen. Das Regime hatte nun keinen Einfluss mehr auf die weitere Transitionsentwicklung und führende Dissidenten wurden an die Spitze des Staates befördert: Gustav Husak trat Anfang Dezember als Staatspräsident zurück und Vaclav Havel konnte von der noch mehrheitlich kommunistischen Nationalversammlung zu seinem Nachfolger gewählt werden. Als letzte Amtshandlung vereidigte Husak am 10. Dezember noch die Regierung einer ‚nationalen Verständigung‘ unter Marian Calfa, der erstmals auch nicht-kommunistische Politiker angehörten.¹⁵⁹

Da der Systemwechsel in der ehemaligen Tschechoslowakei binnen drei Wochen und relativ gewaltfrei stattfand, spricht man hier auch von einer ‚Samtenen Revolution‘ und dieser „revolutionäre‘ Umbruch ermöglichte [auch] einen kompletten Austausch der politischen Elite, die sich zumeist aus der oppositionellen Menschen- und Bürgerrechtsbewegung Charta 77 rekrutierte.“¹⁶⁰

„In den Folgemonaten vollzog sich innenpolitisch der Abbau von Strukturen der alten Ordnung, der Rückzug der Staatspartei aus den staatlichen Entscheidungsprozessen und die Auflösung der Staatssicherheitsorgane.“¹⁶¹

Das Zusammenleben der beiden Landesteile wurde durch eine Föderalisierung neu bestimmt und die CSSR in ‚Tschechische und Slowakische Föderative Republik‘ (CSFR) umbenannt. Nach den ersten freien Wahlen im Juni 1990 konnten sodann auch das gesamtstaatliche und

¹⁵⁸ Vgl. Segert 2002a, S. 7

¹⁵⁹ Vgl. Merkel 1999, S. 415-416; Segert 2002a, S. 8 und 2002b, S. 1 und 5

¹⁶⁰ Wallat 2008, S. 497

¹⁶¹ Segert 2002b, S. 6

die beiden Landesparlamente beschickt werden. In der Tschechischen Republik erhielt das OF fast 50% der Stimmen und verfügte so über 63,5% der Mandate. Auf Staatsebene reichte dies zusammen mit den Abgeordneten der slowakischen Bürgerbewegung VPN (Öffentlichkeit gegen Gewalt) für eine Mehrheit und zur Bildung einer föderalen Regierung, die nun von ehemaligen Dissidenten dominiert wurde. Sehr bald nach den ersten freien Wahlen kam es allerdings zu Meinungsverschiedenheiten über den zukünftigen Kurs – vor allem – der Wirtschaftsreformen. Diese Auseinandersetzungen spalteten nicht nur das Bürgerforum sondern auch die beiden Landesteile. Aus dem OF entstanden im Februar 1991 die ‚Demokratische Bürgerpartei‘ (ODS) unter Vaclav Klaus, die ‚Bürgerbewegung‘ (OH) in der die meisten Dissidenten verblieben und die ‚Demokratische Bürgerallianz‘ (ODA). Nach den Wahlen vom Juni 1992 wurde die ODS zur stärksten Partei im tschechischen Landesteil und Klaus forderte daraufhin im Gegensatz zum Slowaken Meciar einen stärkeren Gesamtstaat. Auch verschrieb sich Tschechien zunehmend einem wirtschaftlichen Liberalismus, während die linksorientierte Regierung der Slowakei versuchte, soziale Aspekte in größerem Maße zu berücksichtigen. Da eine Lösung dieser Probleme auch nach langwierigen Verhandlungen nicht zu erzielen war, beschloss das föderale Parlament im Oktober 1992 die Auflösung der CSFR, welche mit 1. Januar 1993 wirksam wurde.¹⁶²

Karel Vodicka kritisiert allerdings die Vorgehensweise, die zur Trennung führte. Denn obwohl es in Umfragen stets eine Mehrheit für den Fortbestand der Tschechoslowakei gab, wurde den Bürgern eine Volksabstimmung darüber verweigert.¹⁶³

Für den Regimekollaps in der CSSR gab es zwei Gründe. Erstens fehlten handlungsfähige Akteure auf beiden Seiten, die einen Kompromiss hätten schließen können. Einerseits setzte ein rapider Zerfall des alten Regimes ein, der dieses jeglicher Handlungsfähigkeit beraubte. Andererseits gab es auch auf Oppositionsseite anfänglich keine organisierte Bewegung. Die kleine Dissidentengruppe der Charta 77 wurde erst in der letzten Agoniephase des kommunistischen Regimes und mit Unterstützung der Bevölkerung zu einem politischen Akteur. Der zweite Grund lag am Charakter eines „frozen posttotalitarian regime“¹⁶⁴. Der ‚Prager Frühling‘ bildete nur eine Zwischenperiode, nach der man das System wieder gegen Reformen abschottete und der Zivilgesellschaft keinen Raum zur Selbstorganisation zuerkannte. So konnten sich auch keine reformbereiten Softliner innerhalb des Regimes

¹⁶² Vgl. Wallat 2008, S. 498 und 500; Segert 2002b, S. 6-8

¹⁶³ Vgl. Vodicka 2004, S. 247

¹⁶⁴ Linz/Stepan 1996, S. 317, (zitiert nach: Merkel 1999, S. 417)

herausbilden und auch oppositionelle politische Kräfte wie die Charta 77 blieben die Ausnahme in einer größtenteils politisch apathischen Öffentlichkeit.¹⁶⁵

4.1.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede:

Die Entwicklungen in Polen und in der CSSR führten zu unterschiedlichen Wegen der Auflösung der alten realsozialistischen Regime. Während Polen als Paradebeispiel eines „ausgehandelten Systemwechsels“¹⁶⁶ gilt, bewirkten die Ereignisse in der CSSR einen Regimekollaps. Der ‚Runde Tisch‘ in Polen war möglich, da es sowohl auf Regimeseite – in Form von reformbereiten Softlinern – als auch auf Oppositionsseite – in Gestalt gemäßigter Vertreter – handlungsfähige politische Akteure gab. Dazu kam es unter anderem, weil das Regime auf massiven gesellschaftlichen Protest in den 80er Jahren mit einer „Liberalisierungsstrategie“¹⁶⁷ antwortete. In der CSSR hingegen führten die Vorkommnisse des Jahres 1968 zu einer „Repressionsstrategie“¹⁶⁸, die in späterer Folge weder reformbereite Kräfte innerhalb der Nomenklatura noch eine organisierte Opposition entstehen ließ.

Die Liberalisierung in Polen äußerte sich vor allem in den seit den 70er Jahren immer wieder unternommenen wirtschaftlichen Reformversuchen, aber auch in einem schrittweisen Abgehen der Besetzung wichtiger Posten in Wirtschaft und Verwaltung nach Parteizugehörigkeit. Außerdem versuchte das Regime seine Legitimationsbasis innerhalb der Bevölkerung zu verbreitern, indem man 1985 eine Änderung des Wahlrechtes durchführte und das Volk zu einer öffentlichen Diskussion aufforderte. Das polnische Regime war auch unfähig, die Gesellschaft einer vollkommenen Kontrolle zu unterwerfen. Deshalb kam es 1982 zur Gründung der PRON (siehe Kapitel 4.1.1). Diese erlangte zwar kaum politisches Gewicht, aber dadurch wurde zumindest das Bestehen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen akzeptiert. Das hatte auch Folgen für den Umgang mit der Solidarnosc, gegenüber der man zunehmend eine liberalere Haltung einnahm. Ebenso genoss die katholische Kirche Polens einigen Freiraum. Nach dem Verbot der Solidarnosc wurde sie zur zentralen Integrationsinstanz des Widerstands gegen das Regime. Diese Möglichkeit der oppositionellen Organisation unter dem Schutz der Kirche und eine Tradition nationalen Widerstands führten dann auch zum Ende des kommunistischen Regimes in Polen, denn die

¹⁶⁵ Vgl. Merkel 1999, S. 416-418

¹⁶⁶ Von Beyme 1994, S. 94, (zitiert nach: Franzke 2000, S. 8 und Merkel 1999, S. 410)

¹⁶⁷ Merkel 1999, S. 125

¹⁶⁸ Merkel 1999, S. 125

von ihm initialisierte Liberalisierung konnte am Ende weder kontrolliert noch gestoppt werden.¹⁶⁹

Die CSSR dagegen war jenes Land im ehemaligen Ostblock, in dem die wenigsten ökonomischen Reformen durchgeführt wurden und in dem die Hardliner bis 1989 den Ton angaben. Dies äußerte sich vor allem in den massiven Repressionen gegen die Dissidenten der Charta 77 – die deshalb nicht jene Fähigkeit zur Mobilisierung der Massen entwickeln konnte wie dies in Polen durch die Solidarnosc möglich war – und der massiven Anwendung von Gewalt selbst noch bei den Demonstrationen vom 17. November 1989. Ebenso wurde die kommunistische Partei des Landes sukzessive von Reformkommunisten gesäubert – ergo konnten sich auch keine Reformeliten in der Partei bilden. Ein weiterer Unterschied zu Polen war die Stellung der Kirche. In der CSSR hatte sie nicht jene Ausnahmestellung wie im Nachbarland und konnte somit auch nicht denselben Beitrag an oppositioneller Arbeit leisten¹⁷⁰ (siehe Kapitel 4.2.4.2).

Unterschiedlich war die ökonomische Situation in den beiden Ländern. Trotz wirtschaftlicher Reformversuche schlitterte Polen immer tiefer in eine ökonomische Krise bei einer gleichzeitigen hohen Auslandsverschuldung und einem geringen Außenhandel. Dagegen war die CSSR relativ gering verschuldet und stand wirtschaftlich besser da als Polen. Ökonomische Krisen als alleinige Auslöser der Demokratisierung anzusehen, greift daher zu kurz. Vielmehr waren es Anpassungsschwierigkeiten an die kapitalistisch dominierte Umgebung der beiden Länder – hervorgerufen durch auf Expansion der Schwerindustrie basierendem Wachstum sowie durch das Ausbleiben technologischer Innovationen – die einen Mitauslöser des Systemwechsels darstellten.¹⁷¹

Sowohl in Polen als auch in der CSSR gab es Oppositions- bzw. Dissidentenbewegungen. In Polen hatte die Solidarnosc – auch durch die Unterstützung der katholischen Kirche – einen Massenzulauf. In der CSSR dagegen genossen die Dissidenten der Charta 77 bis 1989 keine öffentliche Massenunterstützung – bedingt natürlich auch durch die massiven Repressionen durch das Regime. Waren die Bedingungen also unterschiedlich, so verfolgten beide Bewegungen doch die gleichen Ziele – nämlich die Rückeroberung eines staatsfreien Raumes für eine gesellschaftliche Selbstorganisation. Verbunden war dies in Polen – vor allem 1980/81 – mit politischen Forderungen, wogegen es der Charta 77 primär um den Aufbau einer Gegenöffentlichkeit ging. Der polnischen Opposition gelang es mit Hilfe der ökonomischen Krise immer wieder speziell die Arbeiterschaft zu mobilisieren, während sich

¹⁶⁹ Vgl. Waldrauch 1994, S. 59-60 und 62-64

¹⁷⁰ Vgl. Waldrauch 1994, S. 64-67

¹⁷¹ Vgl. Waldrauch 1994, S. 37-38

die tschechoslowakische Opposition ‚nur‘ als moralische Alternative präsentieren konnte. Gemeinsam ist beiden Staaten, dass die Galionsfiguren von Solidarnosc und Charta 77 – Walesa und Havel – zu Staatspräsidenten ihrer jeweiligen Länder gewählt wurden und sowohl in der Ablösungsphase als auch danach eine bedeutende Rolle gespielt haben.¹⁷²

Der Beginn der osteuropäischen Transformation lag zweifelsohne in Polen, wo es speziell seit Gründung der Solidarnosc immer wieder zu Massenprotesten und landesweiten Streiks kam. Deshalb ist der polnische Transitionsprozess auch als der evolutionärste im ganzen osteuropäischen Raum anzusehen. Wofür Polen ungefähr ein Jahrzehnt benötigte, ging in der CSSR innerhalb von ein paar Wochen vonstatten. Hier musste der Anstoß allerdings von außen kommen, denn weder die tschechoslowakische noch die sowjetische politische Führung ließen bis Mitte der 80er Jahre eine effektive Organisation oppositioneller Kräfte zu. Erst durch die Geschehnisse in Polen, Ungarn und der DDR (Dominoeffekt) nahm die eigentliche Transition in der CSSR ab November 1989 ihren Lauf, wobei Demokratisierung und Liberalisierung zwangsläufig gleichzeitig ablaufen mussten.¹⁷³

Unterschiedlich waren die Zugeständnisse an die Kommunisten. Die Solidarnosc strebte ursprünglich gar keine Regierungsbeteiligung an. Vielmehr hatte man sich bei den Verhandlungen am ‚Runden Tisch‘ „noch auf jahrelange Oppositionsarbeit eingestellt“¹⁷⁴. Die Vertreter der Solidarnosc schätzten ihre tatsächliche Macht viel zu gering ein und machten den Kommunisten aus diesem Grund weitreichende Zugeständnisse. Selbst nach der verheerenden Niederlage der alten Eliten bei den halbfreien Wahlen, welche die Abkommen bei den vorangegangenen Verhandlungen in Frage stellten, überließ der erste nicht-kommunistische Premier ihnen vier Schlüsselministerien. Auch in der CSSR gab es während des Übergangs Verhandlungen, allerdings wurden diese von der Opposition diktiert. Die Zugeständnisse an die Kommunisten waren relativ gering und selbst jene, die es als Mitglieder in die Übergangsregierung schafften, legten bald danach ihre Parteimitgliedschaft zurück.¹⁷⁵

Anders als im ethnisch homogenen Polen, das als Gesamtstaat erhalten blieb, zerbrach die CSFR nach dem Ende des Kommunismus in zwei souveräne Staaten. Gründe dafür sind für Vodicka vor allem „die unterschiedliche politische Kultur der Tschechen und Slowaken, die Erblasten des kommunistischen Regimes, (...) der aufgehetzte Nationalismus sowie das Fehlen geeigneter institutioneller Mechanismen zur Konfliktregulierung.“¹⁷⁶

¹⁷² Vgl. Waldrauch 1994, S. 86-88

¹⁷³ Vgl. Waldrauch 1994, S. 67 und 100-101

¹⁷⁴ Ochmann 2008, S. 366

¹⁷⁵ Vgl. Waldrauch 1994, S. 23-24

¹⁷⁶ Vodicka 2004, S. 247

In beiden Ländern kam es auch bald nach den ersten Wahlen zu einem Zerfall der Oppositionsbewegungen, da man sich weder in der Solidarnosc noch im Bürgerforum auf einen einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Kurs einigen konnte.

Die wohl wesentlichste Gemeinsamkeit bestand allerdings darin, dass sowohl die ‚Samtene Revolution‘ in der CSSR als auch der Systemwechsel in Polen weitgehend friedlich verliefen.

4.2 Der wirtschaftliche und politische Umbau:

4.2.1 Wirtschaftsreformen:

Für den Umbau der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft in Osteuropa gab es keine historischen Vorbilder. Die Länder unterschieden sich zum Teil erheblich, auch was ihre Entwicklungsstände und Wirtschaftsstrukturen betraf.

Die Einführung der Marktwirtschaft erforderte vor allem eine Liberalisierung und Privatisierung. Beides ging mit einem Aufbau neuer Institutionen einher (siehe Tabelle 2). Diese Institutionen hatten die Aufgabe, die neu entstehenden Märkte zu regulieren. Zur Implementierung und Stabilisierung der neuen Wirtschaftsform wählten die Staaten teilweise unterschiedliche Strategien.¹⁷⁷

4.2.1.1 Die polnische Schocktherapie:

Den wohl radikalsten Start legte Polen hin. Der damalige Wirtschaftsminister Leszek Balcerowicz verordnete dem Land eine Schocktherapie. Tiefe Einschnitte in die individuellen Lebenssituationen der polnischen Bevölkerung sollten den Reformprozess wesentlich verkürzen. Dabei waren die Ausgangsbedingungen alles andere als günstig. Die polnische Wirtschaft befand sich in einer schweren Krise, es herrschte eine Hyperinflation und das Land sah sich mit einer hohen Auslandsverschuldung konfrontiert. Mit Hilfe ausländischer Berater und des IWF wurde ein Plan erstellt, um Polen marktwirtschaftliche Strukturen zu verpassen. Die dazu notwendigen Maßnahmen waren unter anderem: Entmonopolisierung der Wirtschaft, Einführung privatwirtschaftlichen Eigentums, Liberalisierung der Preise und Wettbewerbsfreiheit, Abschaffung des Außenhandelsmonopols, Abwertung der

¹⁷⁷ Vgl. Dauderstädt 2004, S. 15

Landeswährung, Öffnung der Wirtschaft für ausländische Kapitalanleger und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den Aufbau marktwirtschaftlicher Institutionen. Ziel dieser Maßnahmen sollte ein struktureller Wandel und eine Modernisierung aller Wirtschaftsbranchen sein, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern und das Außenhandelsdefizit zu reduzieren.¹⁷⁸

Tabelle 2: Wirtschaftsreformen 1990-2002¹⁷⁹

	Polen	Tschechien
1990	Preisliberalisierung; Wettbewerbskontrolle; Außenhandelsliberalisierung; kleine Privatisierung	zweistufiges Bankensystem
1991	Börse	Preisliberalisierung; kleine Privatisierung; Außenhandelsliberalisierung; Wettbewerbsrecht
1992	Steuerreform; Bankengesetz	Kuponprivatisierung; erste Bank privatisiert
1993	Massenprivatisierung; Mehrwertsteuer; erste Bank privatisiert	Mehrwertsteuer; Börse; Konkursrecht
1994	Nationale Investitionsfonds (NIF)	2. Kuponprivatisierung
1995	WTO-Beitritt; Währungskonvertibilität; Staatsunternehmen zu NIF's	WTO-Beitritt; OECD-Beitritt; Währungskonvertibilität
1996	OECD-Beitritt; neues Privatisierungsgesetz	Wettbewerbsaufsicht
1997	Rentenreform	Sparprogramm
1998	Unabhängige Geldpolitik; Banken- und Konkursrecht reformiert	Rentenreform
1999	Renten- und Gesundheitsreform	Agentur zur Unternehmensrestrukturierung
2000	Unternehmensbesteuerung reformiert	größte Sparbank privatisiert; neues Konkursrecht
2001	Neues Handelsrecht	Bankenprivatisierung beendet
2002	Kapitalertragssteuer	Gas und Telekommunikation privatisiert

Die unternommenen Reformschritte stürzten Polen jedoch zunächst in eine Transformationskrise. Traditionelle Absatzmärkte in Osteuropa gingen verloren, die Arbeitslosigkeit stieg an und es kam zu einer starken Rezession im Industriesektor und in der Landwirtschaft. Dies alles führte zu hohen Inflationsraten und einem Einbruch der Staatseinnahmen. Letztere sanken auch, weil die Finanz- und Zollbehörden mit den neuen Aufgaben und der Besteuerung teilweise überfordert waren. Schattenwirtschaft und

¹⁷⁸ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 19-20

¹⁷⁹ Quelle: Dauderstädt 2004, S. 17 und 18

Korruption blühen, wofür Kürzungen der staatlichen Ausgaben - etwa bei Polizei, Verwaltung und im Sozialbereich – ebenso mitverantwortlich waren.¹⁸⁰

Doch schon bald zeigten die Reformen Wirkung. Dazu trug auch die Reduzierung der polnischen Auslandsschulden um die Hälfte durch die Gläubigerländer 1991 bei. Ab 1992 konnte man als erstes Transformationsland sogar ein wirtschaftliches Wachstum vorweisen und die Eingliederung in den europäischen Markt begann mit dem EG-Assoziierungsabkommen des Jahres 1992. Zu einer Art Achillesferse der polnischen Wirtschaft entwickelten sich dabei von Beginn an die Sektoren Landwirtschaft und Schwerindustrie.¹⁸¹

Vor allem die Anpassung der Landwirtschaft an EU-Strukturen erwies sich als eine zentrale Herausforderung für Polen. Denn der Großteil der polnischen Bauernhöfe bestand aus Familienbetrieben mit kleinen Anbauflächen und die konservative Einstellung der Bauern verhinderte effektivere Reformen auf diesem Gebiet.¹⁸²

Der private Sektor dagegen entwickelte sich in den 90er Jahren immer günstiger und erzielte zunehmend ein erstaunliches Wachstum. Auch wenn der Lebensstandard vieler Polen zu Beginn der Reformen sank und die Arbeitslosenzahlen stiegen, war der Balcerowicz-Plan erfolgreich. Dies war auch ein Verdienst der Regierung Mazowiecki, die es verstand, die Notwendigkeit der Reformen politisch zu vermitteln. Auch häufige Regierungswechsel in der Folgezeit führten nicht zu einer grundlegenden Abkehr von diesem Weg, selbst wenn von den späteren Regierungsparteien der Balcerowicz-Plan in den Wahlkämpfen mitunter heftig kritisiert wurde.¹⁸³

Alles in allem hat Polen seit der Wende gut funktionierende marktwirtschaftliche Strukturen geschaffen, die es ermöglichten, dass das Land schon 1997 das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau der Vor-Wende-Zeit erreichen konnte. Die Privatisierung verlief erfolgreich, auch wenn sie noch nicht abgeschlossen ist, da ein immer noch gewichtiger Staatssektor – vor allem in der Schwer- und Rüstungsindustrie – existiert. Erfolgreich waren vor allem die Reformen der Sozialversicherungssysteme und des Gesundheitswesens. Als negativ betrachtet werden muss die konstant hohe Arbeitslosenrate, die sich zu einem Dauerproblem entwickelte und somit zu hohen Beschäftigungsanteilen in der Schattenwirtschaft führte.¹⁸⁴

¹⁸⁰ Vgl. Wagner 2006, S. 45-46 und Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 20-21

¹⁸¹ Vgl. Wagner 2006, S. 46

¹⁸² Vgl. Ochmann 2008, S. 372

¹⁸³ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 22

¹⁸⁴ Vgl. Ochmann 2008, S. 371-372 und Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 34

Laut Jeffrey Sachs (1993) war die erfolgreiche polnische Schocktherapie allerdings „nicht primär ökonomisch motiviert und nicht von außen oktroyiert (...) [sondern es] fehlte der Reformbewegung geeignetes Personal für die Implementierung einer anspruchsvollen Reformpolitik. Genau deshalb habe die neue Regierung so viel Initiative so früh wie möglich an den Markt delegiert.“¹⁸⁵ Die so entstandenen Privatunternehmen bewirkten dann wiederum den Aufbau von Institutionen zum Schutz von Eigentumsrechten.¹⁸⁶

4.2.1.2 Die tschechische „Marktwirtschaft ohne Adjektive“¹⁸⁷:

Der tschechische Wirtschaftsumbau war geprägt vom damaligen Finanzminister Vaclav Klaus und seiner neoliberalen Marktwirtschaft ohne Adjektive (wie etwa ‚sozial‘). Die ehemalige Tschechoslowakei startete aus einer relativ günstigen wirtschaftlichen Position. Gemessen an den anderen osteuropäischen Staaten war die Auslandsverschuldung gering und das Bildungsniveau hoch. Einen zusätzlichen Vorteil erwarb sich die tschechische Republik in der Folge durch die Trennung von der Slowakei 1993. Sie konnte sich transformationstypischer Problemfelder wie der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie der Landwirtschaft teilweise entledigen. Klaus entwarf ein striktes marktliberales Wirtschaftsprogramm, welches in der Praxis allerdings weniger radikal umgesetzt wurde. Eine schnell einsetzende ‚kleine Privatisierung‘ im Handel- und Dienstleistungsbereich durch Versteigerung stärkte die Wirtschaft und hielt sowohl Arbeitslosigkeit als auch Inflation vergleichsweise niedrig. Gleichzeitig konnte ausländisches Investitionskapital lukriert werden. Die ‚große Privatisierung‘ der großen Staatsbetriebe, denen nach der Wende ebenso wie in Polen die Absatzmärkte in Osteuropa abhandenkamen, erwies sich demgegenüber schon als problematischer und stützte sich auf eine Couponprivatisierung. Dabei wurden Anteilsscheine an die Bevölkerung verteilt. Tschechien entwickelte sich schon bald zusammen mit Polen und Ungarn zum Musterknaben der wirtschaftlichen Transition.¹⁸⁸

In der Folge jedoch verschleppte man die Privatisierung zusehends und die tschechische Wirtschaft geriet zwischen 1996 und 1999 nach anfänglichen Erfolgen in eine Krise. Diese traf die Bevölkerung unvorbereitet, die daraufhin auch aufgrund etlicher Korruptionsaffären, steigender Wirtschaftskriminalität und mangelnder Transparenz der Regierung das Vertrauen entzog und so zum Wahlerfolg der CSSD 1998 beitrug. Der zuvor ins Stocken geratene

¹⁸⁵ Müller 1999, S. 21

¹⁸⁶ Vgl. Müller 1999, S. 21

¹⁸⁷ Dauderstädt 2004, S. 16

¹⁸⁸ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 23 und Wallat 2008, S. 499

Reformprozess konnte dann unter Ministerpräsident Milos Zeman (CSSD) wieder in Gang gebracht werden. Ein sogenannter ‚Oppositionsvertrag‘ (siehe Kapitel 4.2.3.4) mit den Konservativen unter Klaus führte durch eine gradualistischere Reformpolitik wieder zu wirtschaftlichen Erfolgen. Vor allem der sanierte Bankensektor und eine Spezialisierung der Wirtschaft im Maschinen- und Fahrzeugbau bescherten dem Land Anfang des neuen Jahrtausends einen Wachstumsschub. Doch trotz einer positiven Wirtschaftsentwicklung stieg die Staatsverschuldung vor allem aufgrund steigender Sozial- und Rentenausgaben. In diesen und anderen Bereichen besteht noch dringender Reformbedarf.¹⁸⁹

4.2.1.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede:

Sowohl in Polen als auch in der Tschechischen Republik setzte man nach der Wende auf strikte Wirtschaftsreformen. Doch während dieser Kurs in Polen auch trotz wechselnder Regierungsmehrheiten – vor allem in den 90er Jahren – weitestgehend beibehalten wurde, folgten in Tschechien „der radikalen neoliberalen Rhetorik meist keine ebenso radikalen Wirtschaftsreformen“¹⁹⁰. In diesem Zusammenhang spricht Klaus Müller deshalb auch von einem „getarnte[n] Gradualismus Tschechiens.“¹⁹¹ Die ersten wirtschaftlichen Transformationserfolge in Osteuropa stellten sich aus diesem Grund auch in Polen ein.

Transformationstypische Problemfelder wie die Landwirtschaft und die Schwerindustrie bilden bis heute eine Achillesferse der polnischen Wirtschaft. Dieser Problemfelder konnte sich Tschechien dank der Trennung von der Slowakei zu einem großen Teil entledigen.

Beiden Länder kämpfen mit den selben „typischen Reformproblemen wie Haushaltsdefizit und Arbeitslosigkeit“¹⁹² – Polen jedoch in weitaus stärkerem Maße. Erreichte die Arbeitslosenrate in Polen im neuen Jahrtausend bis zu 19 Prozent, so stieg in Tschechien „die an sich sehr niedrige Rate im Zuge der Krise 1997 wieder an und ging ab 2001 leicht zurück.“¹⁹³

Der wirtschaftliche Aufschwung erwies sich in Polen als am robustesten. Das Land konnte sich schon ab 1992 über positive Wachstumsraten erfreuen und geriet dann ab dem Jahr 2000 in eine Stagnationsphase. Tschechien wies erst 1994 reales Wachstum auf, die wirtschaftliche Krise ab 1996 bewirkte jedoch sogar einen Rückgang des Bruttosozialprodukts 1998. Sowohl

¹⁸⁹ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 24 und 45; Wallat 2008, S. 502

¹⁹⁰ Merkel 1999, S. 392

¹⁹¹ Müller 1999, S. 24

¹⁹² Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 45

¹⁹³ Dauderstädt 2004, S. 19

Tschechien als auch Polen brachten im Laufe der Jahre ihre Inflation unter Kontrolle. Nach einer extremen Inflation vor 1994 konnte Polen danach kontinuierliche Rückgänge vermelden. Auch in Tschechien sank die Inflation von 1994 bis 1997, stieg 1998 aber wieder an um danach erneut abzufallen. Beide Länder mussten ab 2000 – bedingt durch die Wirtschaftskrise – Rückschläge bei der Konsolidierung ihrer Haushalte hinnehmen.¹⁹⁴

Bei der Etablierung und Konsolidierung marktwirtschaftlicher Strukturen zählen Polen und Tschechien trotz aller aufgetretener Krisen allerdings – wie schon im Kapitel ‚Das Erfolgsmodell Mittelosteuropa‘ dargelegt – zur Avantgarde der – vor allem auch wirtschaftlichen – Transformation in Osteuropa.

4.2.2 Der Umbau des politischen Systems in Polen:

4.2.2.1 Verfassung:

Die Verfassung besitzt in Polen eine lange Geschichte. Bereits im 15. Jahrhundert gab es in der Adelsrepublik einen Reichstag, der aus zwei Kammer bestand und schon 1791 wurde die erste schriftliche Verfassung Europas konzipiert. Diese trat allerdings nach der Teilung Polens 1795 nie in Kraft. Erst 1918 konnte der polnische Staat als Präsidialrepublik wieder hergestellt werden. Doch diese demokratische Phase währte nicht lange, denn 1926 führte General Pilsudski ein autoritäres politisches System ein. Nach dem zweiten Weltkrieg schließlich wurde Polen zu einer Volksrepublik nach sowjetischem Vorbild.¹⁹⁵ „Mit der stalinistisch geprägten Verfassung vom 22.7.1952 wurde nur scheinbar ein politisches System eingeführt, in dem nach dem Wortlaut der Verfassung die Macht beim Parlament konzentriert war. Faktisch lag sie bei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (...), PZPR), auch wenn ihre Führungsrolle erst 1976 in der Verfassung verankert wurde.“¹⁹⁶

Bei den Verhandlungen am ‚Runden Tisch‘ 1989 standen dann Kompromisslösungen im Vordergrund. Da man zwar die Opposition in das politische System einbinden aber gleichzeitig auch die PZPR nicht vollständig entmachten wollte, entschlossen sich die Verhandler vorerst nur zu einer Änderung der sozialistischen Verfassung. Diese Lösung besaß zum damaligen Zeitpunkt den Vorteil, dass die Institutionalisierung der neuen Demokratie flexibler gestaltet werden konnte, da nicht alle Kompetenzen der staatlichen Organe detailliert

¹⁹⁴ Vgl. Dauderstädt 2004, S. 16-19

¹⁹⁵ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 189

¹⁹⁶ Ziemer/Matthes 2004, S. 190

geregelt waren. Andererseits verlangte sie aber eine erhöhte Kooperationsbereitschaft der wesentlichen politischen Akteure (siehe Kapitel 4.1.1). Diese Verfassungsänderung wurde schließlich vom Parlament am 7.4.1989 ratifiziert. Die ‚Kleine Verfassung‘ von 1992 war dann eine Zwischenlösung auf dem Weg zu einer grundlegend neuen Verfassung. Sie war ein Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern eines mit weitreichenden Kompetenzen ausgestatteten Präsidentenamtes.¹⁹⁷

Die ‚Kleine Verfassung‘, die „verfassungsrechtlich weiter an die realsozialistische Verfassung von 1952 anknüpfte“¹⁹⁸, schrieb das politische System in seinen Grundzügen fest. Die Befugnisse des Staatspräsidenten wurden zwar begrenzt und – ebenso wie jene des Parlaments – gegenüber der Regierung präzisiert, dennoch blieben seine Einflussmöglichkeiten auf die Regierungsbildung erheblich. Die 1990 eingeführte Direktwahl des Staatspräsidenten wurde als Dauerregelung in der ‚Kleinen Verfassung‘ verankert. In dieser Verfassung blieben allerdings noch unklare Kompetenzzuweisungen erhalten. Daraus entwickelte sich in der Folge ein konstitutioneller Dauerstreit zwischen Präsident Walesa, der sein Amt extensiv ausübte, und der neuen Parlamentsmehrheit.¹⁹⁹

Der Streit, ob ein präsidentielles oder ein parlamentarisches Regierungssystem installiert werden solle, war einer der Gründe für die lange Dauer der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die Definition des Verhältnisses von Kirche und Staat war der zweite Hauptkonflikt in dieser Diskussion; zum einen „strebten traditionalistische, christlich-nationale Parteien (...) eine größere Geltung religiöser Werte an, während (...) die post-sozialistische Allianz der Demokratischen Linken (... SLD) sowie weite Teile der Bevölkerung für einen säkularen und toleranten Staat eintraten.“²⁰⁰ Dieser Streitpunkt wurde schlussendlich zugunsten der „Autonomie und gegenseitigen Unabhängigkeit eines jeden in seinem Bereich wie auch des Zusammenwirkens“²⁰¹ entschieden.

Die ‚Neue Verfassung‘ wurde schließlich am 2.4.1997 von der Nationalversammlung eindeutig angenommen und auch das polnische Volk stimmte am 25.5.1997 in einem Referendum – wenn auch nur knapp – dieser Verfassung zu. Mit der ‚Neuen Verfassung‘ konnten die Zuständigkeitsbereiche des Präsidenten beschnitten oder präzisiert werden. Somit wandelte sich das präsidentiell-parlamentarische Regierungssystem zu einem parlamentarisch-präsidentiellen. Statt einem Mitspracherecht bei der Zusammensetzung der Regierung reduzierte sich die Rolle des Staatspräsidenten nunmehr auf die formelle

¹⁹⁷ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 191-193

¹⁹⁸ Franzke 2000, S. 12

¹⁹⁹ Vgl. Franzke 2000, S. 12-13 und Ziemer/Matthes 2004, S. 193

²⁰⁰ Ziemer/Matthes 2004, S. 193

²⁰¹ Bingen 2001b, S. 8

Ernennung des Ministerpräsidenten ohne Einflussnahmemöglichkeiten bei der Ministerauswahl. Das suspensive Vetorecht blieb ihm als wichtigste Kompetenz allerdings erhalten. Auch das Verhältnis der restlichen Institutionen zueinander wurde geklärt. Somit nehmen nun Regierung und Parlament eine dominante Position bezüglich der Leitung des Staates ein. Polens Regierungssystem verfügt nunmehr über eine doppelte Exekutive, die der Staatspräsident – als Staatsoberhaupt – und die Regierung bilden. Im politischen Alltag ist der Präsident jedoch auf seine verfassungsmäßigen Rechte beschränkt. Lediglich die gemeinsame Zuständigkeit in der Außenpolitik birgt noch mögliches Konfliktpotenzial.²⁰²

Die polnische Verfassung von 1997 erfüllt insgesamt „die Strukturprinzipien einer demokratischen, modernen Verfassung.“²⁰³

4.2.2.2 Staatspräsident:

Das polnische Präsidentenamt war bis 1997 zahlreichen Änderungen unterworfen. Nach der Wiedereinführung 1989 wurde es sehr umfassend ausgestattet, wenngleich seine Befugnisse nicht klar formuliert waren. So hatte er nach der Verfassungsrevision von 1989 das Initiativrecht zur Ernennung des Ministerpräsidenten und ein Mitspracherecht bei der Ministerauswahl. Die ‚Kleine Verfassung‘ gestand ihm dann nur noch das Recht zu, den Premier zu bestimmen – dieser musste allerdings vom Sejm akzeptiert werden – und bei der Ernennung der Minister für Inneres, Äußeres und Verteidigung mitzusprechen. Durch die ‚Neue Verfassung‘ von 1997 entscheidet nun nur mehr der Ministerpräsident über die Auswahl seiner Minister. Diese Verfassungsänderungen wurden notwendig, da Staatspräsident Walesa bis 1992 seine „präsidialen Zuständigkeiten bei der Regierungsbildung sehr extensiv auslegte“²⁰⁴ und auch danach sein Mitspracherecht bei der Ministerauswahl nutzte, was einerseits eine Regierungsbildung erschwerte und andererseits Ministerernennungen hinauszögerte.²⁰⁵

Weitere Kompetenzabschwächungen betrafen die Möglichkeit das Parlament aufzulösen – diese Fälle wurden präzisiert – und die Rolle als Oberbefehlshaber der Streitkräfte. In Friedenszeiten übt nun der Verteidigungsminister die Befehlsgewalt aus. Außenpolitisch muss

²⁰² Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 194 und Franzke 2000, S. 13

²⁰³ Ziemer/Matthes 2004, S. 194

²⁰⁴ Ziemer/Matthes 2004, S. 195

²⁰⁵ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 195

sich der Präsident seit 1997 mit dem Premierminister und den jeweiligen Fachministern abstimmen.²⁰⁶

In Polen wird der Staatspräsident seit 1990 vom Volk gewählt. Davor erfolgte die Wahl nur einmal (1989) – mittels Absprache der Verhandler am ‚Runden Tisch‘ – durch die Nationalversammlung. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre und eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Um als Kandidat nominiert zu werden, benötigt er zumindest 100.000 Unterschriften. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig. Trifft dies nicht zu, kommt es anschließend zu einer Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten. Erster Staatspräsident der Republik Polen wurde durch indirekte und ausverhandelte Wahl Wojciech Jaruzelski von der PZPR. Seine Nachfolger Lech Walesa (1990-1995) von der Solidarnosc, Aleksander Kwasniewski (1995-2005) von der SLD und Lech Kaczynski (seit 2005) von der PiS hatten sich in der Folge einem direkten Votum durch das Volk zu stellen.

4.2.2.3 Parlament:

Das polnische Parlament besteht aus zwei Kammern, dem Sejm mit 460 Abgeordneten und dem Senat mit 100 Mandataren. Beide Kammern werden für eine vierjährige Periode gewählt. Zur Verabschiedung von Gesetzesentwürfen ist im Sejm eine einfache Mehrheit erforderlich. Diese werden anschließend mit einer 30-tägigen Zurückweisungs- oder Abänderungsfrist an den Senat weitergeleitet. Der Parlamentspräsident muss von zumindest 15 Mandataren nominiert und mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Er „leitet die Plenarsitzungen (...) und sorgt für die Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln. Gesetzesentwürfe, die im Sejm verabschiedet wurden, muß der Parlamentspräsident dem Staatspräsidenten, dem Senats-Marschall und dem Premierminister zuleiten.“²⁰⁷

Die von den Sejm-Mitgliedern gebildeten Ausschüsse haben das Recht, selbstständig Gesetzesentwürfe einzubringen oder die Minister vor deren Ernennung einer Anhörung zu unterziehen, wodurch sie „einen gewissen Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Kabinetts“²⁰⁸ haben. Nach einer ungeschriebenen Regel werden die Ausschüsse analog der parteipolitischen Zusammensetzung des Sejm beschickt. Dies gestaltete sich aber vor allem in der Anfangszeit als besonders schwierig, denn 1991 zogen nicht weniger als 27 Parteien und

²⁰⁶ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 196

²⁰⁷ Ziemer/Matthes 2004, S. 202

²⁰⁸ Ziemer/Matthes 2004, S. 202

Gruppierungen in den Sejm ein, entsprechend dünn war deren Personaldecke. Dem begegneten die kleinen Fraktionen „mit Rotation der Ausschußmitglieder“²⁰⁹.

Diese Zersplitterung der parlamentarischen Parteienlandschaft bescherte den Mandataren zusammen mit einer „offenen Regelung der Geschäftsordnung einen großen Handlungsspielraum.“²¹⁰ Eine effektivere parlamentarische Arbeit wurde dann erst durch die 1992 erfolgte Geschäftsordnungsänderung und die stabilen Mehrheitsverhältnisse, welche die Wahl von 1993 brachte, möglich.²¹¹

Um Fraktionsstärke zu erreichen, sind seit 1992 mindestens 15 Abgeordnete notwendig. Der Sejm verfügt über umfassende Kontrollinstrumente wie etwa Interpellationen und Anfragen, die innerhalb von 21 Tagen von den Regierungsmitgliedern beantwortet werden müssen. Außerdem hat der Sejm die Befugnis, mittels Mehrheitsbeschluss Untersuchungsausschüsse einzurichten und der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Dieses stärkste Kontrollinstrument des polnischen Parlaments wurde in der Vergangenheit (1992-1993) allerdings „nicht immer aufgrund einer politischen Fehlhandlung der jeweiligen Regierung eingesetzt“²¹², sondern auch schon einmal zur Konfliktaustragung zwischen den Parteien verwendet.

Der Senat wurde 1989 als „Teil des am Runden Tisch ausgehandelten Verfassungskompromisses“²¹³ wieder eingeführt. Er hat das Recht, Gesetzesentwürfe des Sejms zu begutachten. In seiner Organisation ähnelt er dem Sejm und die Senatoren haben die Aufgabe ihre Wojewodschaften zu vertreten.

4.2.2.4 Regierung:

In Polen hat der Staatspräsident das Initiativrecht zur Benennung des Ministerpräsidenten. Dieser unterbreitet ihm dann seine Ministerliste. Die Regierung benötigt anschließend innerhalb von zwei Wochen die Zustimmung (absolute Mehrheit) des Parlaments. Scheitert die Vertrauensabstimmung, so hat nun der Sejm das Recht, innerhalb von drei Wochen einen alternativen Kandidaten zu präsentieren. Bekommt auch dieser keine Mehrheit, muss der Präsident wieder einen Kandidaten vorschlagen, der dann allerdings nur mehr eine einfache

²⁰⁹ Ziemer/Matthes 2004, S: 203

²¹⁰ Ziemer/Matthes 2004, S. 201

²¹¹ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 201

²¹² Ziemer/Matthes 2004, S. 208

²¹³ Ismayr 2004a, S. 41

Mehrheit benötigt. Gelingt auch diese Wahl nicht, so muss der Staatspräsident das Parlament auflösen.

Erster Ministerpräsident Polens war Tadeusz Mazowiecki (siehe Kapitel 4.1.1 und Tabelle 3). Nach seinem Rücktritt folgte ihm Anfang 1991 Jan Bielecki von der KLD in das Amt. Die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1991 ermöglichten dann eine Minderheitsregierung unter Jan Olszewski von der Zentrumsallianz (PC). Ihm wurde allerdings am 5. Juni 1992 vom Parlament das Vertrauen entzogen. So versuchte Waldemar Pawlak (PSL) einen Monat lang, eine Koalition zu bilden, scheiterte aber und die Juristin Hanna Suchocka von der Demokratischen Union (UD) wurde daraufhin am 10. Juli 1992 zur neuen Ministerpräsidentin gewählt. Doch sie ereilte dasselbe Schicksal wie Olszewski – das Parlament entzog ihr im Mai 1993 das Vertrauen. Nach den notwendig gewordenen Neuwahlen vom Herbst 1993 übernahm schließlich erneut Waldemar Pawlak das Amt des Ministerpräsidenten. Doch schon Anfang des Jahres 1995 wählte der Sejm ihn ab und Jozef Oleksy (SLD) zu seinem Nachfolger. Doch auch Oleksy hielt sich nicht lange im Amt. Seine Berufung – er hatte es in der PZPR bis zum Minister gebracht – war „eine Provokation des Präsidenten [Walesa], der jedoch gegen den ‚Postkommunisten‘ keine Handhabe hatte.“²¹⁴ Also tauchte plötzlich der Vorwurf auf, Oleksy habe für die Sowjetunion spioniert und die rechtsgerichtete Presse übte Druck auf ihn aus, was den Premier dann am 24. Januar 1996 veranlasste, zurückzutreten. Daraufhin berief der neue Staatspräsident Kwasniewski Włodzimierz Cimoszewicz von der SLD zum Regierungschef.²¹⁵ Gewinner der Parlamentswahlen vom 21. September 1997 war die AWS (Wahlaktion Solidarnosc). Sie stellte somit bis 2001 mit Jerzy Buzek auch den Ministerpräsidenten. 2001 gewann das Wahlbündnis bestehend aus SLD und UP (Union der Arbeit) die Wahlen und Leszek Miller von der SLD wurde Ministerpräsident. Doch unmittelbar nach dem EU-Beitritt trat Miller am 2. Mai 2004 zurück. Grund dafür war eine Regierungskrise, denn mehrere Abgeordnete verließen seine Partei und schwächten so die Minderheitsregierung noch mehr. Sie warfen ihm mangelndes Vorgehen gegen Korruptionsfälle und eine Mitschuld an der hohen Arbeitslosigkeit vor. Als Nachfolger wurde Marek Belka ernannt. Dieser verlor zwar am 14. Mai 2004 die Vertrauensabstimmung, doch Präsident Kwasniewski berief ihn erneut und im Juni sprach ihm der Sejm dann das Vertrauen aus. 2005 siegte die PiS bei den Sejm-Wahlen und stellte zuerst in einer Minderheitsregierung unter Kazimierz Marcinkiewicz und danach in

²¹⁴ Alexander 2005, S. 378

²¹⁵ Vgl. Alexander 2005, S. 379

Tabelle 3: Regierungen der Republik Polen²¹⁶

Ministerpräsident	Partei	Amtszeit	Grund der Regierungsbildung	Regierungstyp
Mazowiecki	Solidarnosc	09/1989-12/1990		Mehrheitsregierung; Koalition mit ZSL, SD
Bielecki	KLD	01/1991-12/1991	Rücktritt Mazowiecki	Mehrparteienkoalition
Olszewski	PC	12/1991-06/1992	vorgezogene Parlamentswahl	Minderheitsregierung; Mehrparteienkoalition
Pawlak	PSL	06/1992-07/1992	Abwahl Olszewski	kein Kabinett erstellt
Suchocka	UD	07/1992-10/1993	Scheitern Pawlaks bei Regierungsbildung	Minderheitsregierung; Mehrparteienkoalition
Pawlak	PSL	10/1993-02/1995	Neuwahl nach Misstrauensvotum	Mehrheitsregierung; Koalition SLD, PSL
Oleksy	SLD	03/1995-02/1996	Abwahl Pawlaks	Mehrheitsregierung; Koalition SLD, PSL
Cimoszewicz	SLD	02/1996-09/1997	Rücktritt Oleksy	Mehrheitsregierung; Koalition SLD, PSL
Buzek	AWS	10/1997-06/2000	Parlamentswahl	Mehrheitsregierung; Koalition AWS, UW
Buzek	AWS	06/2000-10/2001		Minderheitsregierung; UW verließ Koalition
Miller	SLD	10/2001-02/2003	Parlamentswahl	Mehrheitsregierung; Koalition SLD, UP, PSL
Miller	SLD	03/2003-05/2004		Minderheitsregierung; Koalition SLD, UP; Ausstieg PSL
Belka	SLD	05/2004-10/2005	Rücktritt Miller	Minderheitsregierung; Koalition SLD, UP
Marcinkiewicz	PiS	10/2005-06/2006	Parlamentswahl	Minderheitsregierung; toleriert durch LPR und Samoobrona
Kaczynski	PiS	06/2006-11/2007	Rücktritt Marcinkiewicz	Mehrheitsregierung; Koalition mit LPR und Samoobrona
Tusk	PO	11/2007-	vorgezogene Parlamentswahl	Mehrheitsregierung; Koalition PO, PSL

²¹⁶ Quelle: Ziemer/Matthes 2004, S. 211 und eigene Zusammenstellung

einer Koalitionsregierung unter Jaroslaw Kaczynski bis 2007 den Premierminister. Danach triumphierte die Bürgerplattform (PO) bei den Wahlen und seitdem bekleidet Donald Tusk das Amt des Ministerpräsidenten.

4.2.2.5 Parteien und Wahlbewegungen:

Die polnische Parteienlandschaft war seit 1989 zahlreichen Veränderungen unterworfen. Die relevanten Parteien und Wahlbewegungen waren bzw. sind:

- ***Solidarnosc***: Führende Vertreter der Gewerkschaft verhandelten die Kompromisse am ‚Runden Tisch‘ mit aus. Die Solidarnosc gewann die ersten halbfreien Wahlen und stellte mit Tadeusz Mazowiecki den ersten Premierminister der Republik Polen. Bei den Sejm-Wahlen 1991 erreichte sie dann aufgrund der Zersplitterung des Solidarnosc-Lagers nur mehr 5,1% der Stimmen, 1993 verfehlte sie sogar den Einzug in den Sejm und war nur noch mit neun Mandataren im Senat vertreten. Danach war die Solidarnosc Teil der Listenverbindung AWS. Der Grund für die Zersplitterung war, dass es innerhalb der Bewegung keinen starken Zusammenhalt gab. Nur der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus einte sie²¹⁷, danach wurden die politischen Differenzierungen rasch sichtbar. „[E]inige Oppositionsführer und nicht zuletzt Gewerkschaftler [befürchteten], dass eine Umwandlung der Solidarnosc in eine politische Partei die erst entstehende Pluralisierung des politischen Lebens gefährden könnte.“²¹⁸ Eine nicht unwesentliche Rolle beim Auseinanderbrechen spielte Lech Walesa, „der den Spaltungsprozess der Solidarnosc vorantrieb, weil er darin ein Mittel zur Aktivierung der breiten Gesellschaft sah“²¹⁹ und indem er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 1990 ohne vorherige Abstimmung innerhalb der Solidarnosc-Führung erklärte.²²⁰ Nicht zuletzt gab es auch „Unzufriedenheit und Enttäuschung über die harten Auflagen der Wirtschaftsreformen, und die Entscheidung, mit den Nomenklatura-Eliten nicht abzurechnen, wurde von einem Teil der Solidarnosc-Anhänger nicht verstanden.“²²¹ Die Solidarnosc selbst konzentriert sich nach ihrem Ausflug in die Politik heute wieder auf ihre Rolle als Gewerkschaft. „Parteipolitisch

²¹⁷ Vgl. Ochmann 2008, S. 368

²¹⁸ Ochmann 2008, S. 368

²¹⁹ Ochmann 2006, S. 282

²²⁰ Vgl. Wagner 2006, S. 53

²²¹ Wagner 2006, S. 53

und gesellschaftlich spielt die Solidarnosc heute keine bedeutende Rolle²²² mehr. Laut Stephan Georg Raabe wählen 2/3 der Solidarnosc-Mitglieder - einer Umfrage zufolge - die Partei ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PiS) der Kaczynski Brüder und 92% der Mitglieder sehen sich als Gegner der postkommunistischen SLD²²³. So profitieren heute immer noch Politiker der PiS und der PO „von ihrer biographischen Verbundenheit mit der Solidarnosc.“²²⁴

- **PC (Zentrumsallianz):** Sie wurde von Jaroslaw Kaczynski auf Initiative von Lech Walesa 1990 gegründet und stellte mit Jan Olszewski, der in den 80er Jahren Rechtsberater der Gewerkschaft Solidarnosc war, Anfang der 90er Jahre sogar den Premierminister. Sie war von 1991 bis 1993 mit 44 Abgeordneten im Sejm vertreten und kandidierte 1997 innerhalb des Wahlbündnisses AWS. Vor den Parlamentswahlen 2001 schloss sich ein Teil der PC der PiS an.
- **UD (Demokratische Union):** Diese ging aus politischen Gruppierungen hervor, die Tadeusz Mazowiecki im Präsidentschaftswahlkampf gegen Lech Walesa 1990 unterstützten. Bis 1993 war sie an mehreren Koalitionsregierungen beteiligt und stellte mit Hanna Suchocka auch eine Premierministerin.
- **KLD (Liberal-Demokratischer Kongress):** Die KLD war die Partei von Ex-Premier Jan Bielecki. Dieser war in den 80er Jahren wirtschaftspolitischer Berater der Gewerkschaft Solidarnosc. Eine eigenständige Partei war die KLD nur bis 1993, bis dahin verfügte sie über 37 Mandate im Sejm. Danach fusionierte sie mit der UD zur UW.
- **UP (Union der Arbeit):** Die Arbeitsunion war 1992 vor allem aus linken Solidarnosc-Kreisen – aber auch aus ehemaligen Mitgliedern der PZPR – entstanden und von 1993 bis 1997 mit 41 Abgeordneten im Sejm vertreten. Sie steht wirtschaftspolitisch links der SLD – von der sie sich immer abzugrenzen versuchte – und ist antiklerikal orientiert. Trotzdem ging sie 2001 ein Wahlbündnis mit der SLD ein und bildete danach mit dieser eine Koalitionsregierung. Die UP ist Mitglied der ‚Sozialistischen Internationale‘.
- **UW (Freiheitsunion):** Sie entstand 1994 aus dem Zusammenschluss der UD mit der KLD und war die Partei vieler Solidarnosc-Intellektueller wie Mazowiecki, Geremek, Balcerowicz oder Suchocka. Sie war reformorientiert, für einen EU-Beitritt Polens und bildete von 1997 bis 2000 eine Regierungskoalition mit der AWS, in der sie als

²²² Raabe 2005a, S. 1

²²³ Vgl. Raabe 2005a, S. 1

²²⁴ Raabe 2005a, S. 3

Motor der Wirtschaftsreformen galt. Sie verfügte zwischen 1997 und 2001 über 60 Sitze im Sejm. Nach der Wahl Geremeks zum Parteivorsitzenden, welche als „parteiinterne ‚Linkswende‘ interpretiert“²²⁵ wurde, gründeten liberale Teile der UW dann 2001 die PO, andere Mitglieder der UW schlossen sich 2005 zur **PD (Demokratische Partei)** als Nachfolgepartei der UW zusammen, verfehlten aber den Einzug in den Sejm. Die UW galt als Partei der Mitte, die „sowohl mit der rechten AWS als auch mit der linken SLD Überschneidungen auf[wies].“²²⁶ Im Post-Solidarnosc-Lager war ihre Ablehnung einer radikalen Entkommunisierung umstritten. Trotz dieser pragmatischen Position verwehrt sie sich in ihrer Zeit im Sejm strikt einer Koalition mit der postkommunistischen Linken.²²⁷

- **ROP (Bewegung für den Wiederaufbau Polens):** Die ROP wurde 1995 von Ex-Premier Olszewski gegründet, arbeitete vor allem mit rechtspopulistischen Parolen und vertrat katholische Werte. Damit errang die Bewegung 1997 bei den Wahlen zum Sejm sechs Abgeordnetensitze. 2001 trat sie kurzzeitig der AWS bei, verließ diese jedoch bald wieder und ging vor den Parlamentswahlen 2001 in der LPR auf.
- **LPR (Liga der polnischen Familien):** Diese wurde 2001 von äußerst rechten AWS-Politikern gegründet. Eines ihrer Ziele war es, den anstehenden EU-Beitritt Polens zu verhindern. Einerseits vertritt sie eine familienfreundliche Politik, andererseits gilt sie als „[a]ntiliberal, antieuropäisch, nationalistisch, extrem konservativ (...) [und wird] von Teilen des Klerus und dem umstrittenen katholischen Rundfunksender ‚Radio Maryja‘ unterstützt.“²²⁸ Die LPR trat erstmals 2001 bei Sejm-Wahlen an, wo sie 38 Abgeordnetenmandate erringen konnte. 2005 verlor sie 4 Sejm-Sitze und 2007 gelang ihr der Einzug in den Sejm mit nur knapp über 1% der Stimmen nicht mehr. Zudem gehörte sie bis Ende 2007 über fast eineinhalb Jahre einer Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski von der PiS an. Ihren größten Erfolg feierte die LPR bei den Europawahlen 2004, als sie fast 16% der Stimmen bekam und folglich mit 10 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten war.
- **Samoobrona (Selbstverteidigung):** Die Partei wurde 1992 vom radikalen Bauernführer Andrzej Lepper gegründet und machte sich vor allem durch von ihr organisierte Protestaktionen unzufriedener Bauern – wie etwa der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums oder zahlreicher Straßenblockaden – einen Namen. Die

²²⁵ Bingen 2001b, S. 16

²²⁶ Mildenerger 2000, S. 37

²²⁷ Vgl. Mildenerger 2000, S. 37

²²⁸ Wagner 2006, S. 55

Samoobrona – ursprünglich eine links-populistische Bauernbewegung – ist mittlerweile eine „auch von Städtern gewählte Protest-Partei.“²²⁹ Sie „fordert landwirtschaftliche Bestandsgarantien, (...) staatliche Abnahmegarantien [für landwirtschaftliche Produkte] zu Preisen, die wirtschaftlichen Erfolg garantieren, Renten für die massenhaft arbeitslosen Landarbeiter (...) und Auszahlung der Devisenreserven an die Bevölkerung.“²³⁰ Diese Anti-EU-Partei kandidierte erstmals 1993 für den Sejm. Aber erst 2001 gelang es ihr mit 53 Abgeordneten in eben diesen einzuziehen. 2005 konnte Leppers Bauernbewegung ihr Wahlergebnis sogar noch leicht verbessern, was ihr eine Regierungsbeteiligung (2006/07) einbrachte. 2007 schaffte die Samoobrona den Einzug in den Sejm nicht mehr.

- **AWS (*Wahlaktion Solidarnosc*):** Die AWS formierte sich 1996 unter dem damaligen Solidarnosc-Vorsitzenden Marian Krzaklewski als Sammelbecken von 40 Parteien sowie Gewerkschaftsgruppen aus dem Post-Solidarnosc-Lager. Führend in ihr war die Gewerkschaft Solidarnosc. Sie war ein „Rechtsparteien-Bündnis mit konservativer Grundhaltung, grosso modo reformorientiert, (...) kirchenfreundlich (...) [und] für Dekommunisierung und Lustration.“²³¹ Krzaklewski schaffte es, die zersplitterte Rechte wieder zu vereinen. Hilfreich dabei waren einerseits der verloren gegangene Präsidentschaftswahlkampf Walesas, bei dem die polnische Gesellschaft ideologisch polarisiert wurde und andererseits die Debatte um eine neue Verfassung, die von der AWS als bolschewistisch, gottlos und antipolnisch gebrandmarkt wurde.²³² 1997 gewann sie die Sejmwahlen mit 33,8% der Stimmen und stellte dann bis 2001 mit Jerzy Buzek den Premierminister. Der AWS-Fraktion im Sejm gehörten unter anderem die Zentrumsallianz (PC), die Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN), die Polnische Christlich-Demokratische Allianz (PPChD) sowie die Konservative Volkspartei (SKL) an. Die in der AWS vertretenen Gruppierungen erwiesen sich jedoch als so heterogen, dass es nicht gelang die verschiedenen Richtungen – von einem starken Gewerkschaftsflügel über konservativ-liberale, marktwirtschaftlich orientierte Strömungen bis zu einem katholisch-nationalistischen Flügel²³³ – zu integrieren. Innerhalb der Rechten wurde ihr zudem vorgeworfen, die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit nur unzureichend voranzutreiben. Durch einen fortschreitenden Erosionsprozess – es kam immer wieder zu Abspaltungen innerhalb

²²⁹ Wagner 2006, S. 56

²³⁰ Bingen 2001b, S. 19

²³¹ Wagner 2006, S. 55

²³² Vgl. Mildenberger 2000, S. 35

²³³ Vgl. Mildenberger 2000, S. 36

der Fraktion sowie zu Ausschlüssen – war die AWS nicht in der Lage sich als Partei zu formieren. So schloss sich etwa die SKL vor den Parlamentswahlen 2001 der Bürgerplattform (PO) an und auch die Solidarnosc verweigerte der AWS ihre Unterstützung. 2001 trat die AWS als Wahlbündnis AWSP (Wahlaktion Solidarnosc der Rechten) unter Ministerpräsident Buzek nochmals an und musste eine vernichtende Niederlage einstecken. Durch den voranschreitenden Zerfallsprozess in der AWS bildeten sich noch wenige Monate vor den Parlamentswahlen vom September 2001 neue politische Gruppierungen (PiS, PO).

- **PiS (*Recht und Gerechtigkeit*):** Diese wurde von dem im Sommer 2000 zum Justizminister ernannten Lech Kaczynski und seinem Bruder Jaroslaw – einem engen Weggefährten von Lech Walesa - Anfang 2001 nach dem Zerfall der AWS als Auffangbecken gegründet. Sie setzt sich vor allem aus dem rechten Flügel (nationale Orientierung und christliche Werte) der AWS zusammen, bekennt sich zu einer interventionistisch-protektionistischen Wirtschaftspolitik, fordert eine radikale Dekommunisierung, ist EU-kritisch und gilt als ‚law and order‘-Partei.²³⁴ Sie zog 2001 mit 44 Mandatarien in den Sejm ein, gewann 2005 die Wahlen und stellte zuerst in einer Minderheitenregierung unter Kazimierz Marcinkiewicz und danach in einer Koalitionsregierung – mit der LPR und der Samoobrona – unter Jaroslaw Kaczynski bis 2007 den Premierminister. Zudem wurde Lech Kaczynski 2005 zum Staatspräsidenten Polens gewählt. Gegenwärtig verfügt sie über 166 Sitze im Sejm.
- **PO (*Bürgerplattform*):** Die PO wurde 2001 – aus Vertretern der AWS und dem aus der KLD stammenden Flügel der UW – von Andrzej Olechowski, Jan Maria Rokita und Donald Tusk gegründet. „Ungehindert von den national-klerikalen Kräften der AWS wollten sie eine pragmatische Reformpolitik (...) verwirklichen (...) [und versuchen], die neue Mittelklasse an sich zu binden“²³⁵. Dabei sollte die PO unzufriedenen AWS- und UW-Politikern einen Neubeginn ermöglichen. Sie vertritt eine liberale Wirtschaftspolitik, wendet sich gegen populistisch agierende und traditionelle Parteien und ist gegen einen starken Einfluss der Gewerkschaften.²³⁶ Außerdem steht sie der Kirche nicht nahe und entspricht einer proeuropäischen Mitte/Rechtsformation.²³⁷ Erstmals zog die PO 2001 mit 65 Mandatarien in den Sejm ein. Verlor Donald Tusk 2005 noch die Stichwahl für das Amt des Staatspräsidenten

²³⁴ Vgl. Bingen 2001b, S. 18 und Wagner 2006, S. 56

²³⁵ Ziemer/Matthes 2004, S. 224

²³⁶ Vgl. Wagner 2006, S. 56

²³⁷ Vgl. Bingen 2001b, S. 18

gegen Lech Kaczynski, so triumphierte seine Partei bei den Parlamentswahlen 2007 mit knapp über 41% der Stimmen. Seitdem steht Tusk einer Koalitionsregierung – zusammen mit der PSL – als Premierminister vor. Gegenwärtig verfügt die Bürgerplattform über 209 Sitze im Sejm.

- **PSL (*Polnische Bauern- bzw. Volkspartei*)**: Die PSL wurde 1990 als Nachfolgerin der kommunistischen Blockpartei ZSL und unter Berufung auf die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstandene ‚Vereinigte Bauernpartei‘ neu gegründet.²³⁸ Als Partei links der Mitte war sie in den 90er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem eine Koalitionspartnerin für die SLD. Mit Waldemar Pawlak stellte die PSL von Ende 1993 bis Anfang 1995 sogar den Premierminister. „Die PSL ist dank der von der ZSL ererbten Organisationsstrukturen vor allem auf dem Land gut verankert und mit 200.000 Mitgliedern die mit Abstand mitgliederstärkste Partei.“²³⁹ Nach der Abspaltung des Modernisierer-Flügels²⁴⁰ und eines erfolgten Mitte-Rechts-Rucks²⁴¹ ist sie seit 2007 Juniorpartner in einer Koalition mit der PO. Die PSL rekrutiert ihre Wähler vorwiegend in den kleinbäuerlich geprägten Regionen Südost-Polens, gilt agrar-politisch als strukturkonservativ (Beibehaltung der Agrarsubventionen), betont sowohl katholische als auch nationale Werte und ihre Haltung zum EU-Beitritt Polens war äußerst ambivalent; einer noch knapp vor der EU-Abstimmung erfolgten Pro-EU-Haltung der Parteispitze standen skeptische und vielfach kritische Wortmeldungen zahlreicher anderer führender PSL-Mitglieder gegenüber. Im Sejm war die Partei seit den ersten freien Wahlen 1991 immer vertreten. Von 1993 bis 1997 stellte sie mit 132 Mandataren die zweitstärkste Fraktion, erlitt 1997 aber eine verheerende Wahlniederlage und hat sich seither bei zirka 7% bis 9% der Wählerstimmen eingependelt. Im EU-Parlament ist die PSL – wie die PO auch – Mitglied der ‚Europäischen Volkspartei‘ und gilt heute als gemäßigt konservativ.
- **SLD (*Allianz der Demokratischen Linken*)**: Die SLD entstand 1990 als Wahlbündnis der SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen) – der Nachfolgepartei der PZPR – und rund 30 weiterer Gruppierungen und Gewerkschaften. Die Führung innerhalb des Bündnisses übernahm die SdRP, die auch deren Programmatik bestimmte. Außerdem besaß sie den „großen Vorteil, über einen, wenn auch im Vergleich zu früher verkleinerten, so doch gut eingespielten Parteiapparat zu verfügen, der ihr vor allem in

²³⁸ Vgl. Wagner 2006, S. 56

²³⁹ Ziemer/Matthes 2004, S. 222

²⁴⁰ Vgl. Bingen 2001b, S. 16

²⁴¹ Vgl. Wagner 2006, S. 56

Wahlkämpfen [durch ihre etwa 80.000 Mitglieder] eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit verlieh.“²⁴² 1999 erfolgte die Umwandlung der SLD in eine politische Partei. Trotz ihrer sozialdemokratischen Ausrichtung und der 1996 erreichten Aufnahme in die ‚Sozialistische Internationale‘ ist sie im Kern eine postkommunistische Partei.²⁴³ Dies äußerte sich vor allem in ihrer zögerlichen Haltung bei der Dekommunisierung und ihrer Prägung einer „merkwürdigen Geschichtslosigkeit“²⁴⁴. So wird etwa „verübtes Unrecht ausweichend als ‚Verletzung der linken Ideale durch den Stalinismus‘ erklärt und gegen die ‚Errungenschaften der Volksrepublik‘ und die ‚ehrliche Arbeit für das Land‘ aufgewogen.“²⁴⁵ War die SLD zu Beginn noch NATO- und EU-kritisch, so nahm sie nach der Ende 1993 erfolgten Regierungsbeteiligung eine pro EU- und NATO-Haltung ein. Programmatisch ist die SLD marktwirtschaftlich orientiert, strikt laizistisch, für eine Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und eine Modernisierung der Landwirtschaft. Auch die SLD war seit 1991 immer im Sejm vertreten. Errang sie in diesem Jahr 12% der Wählerstimmen, so konnte sie diesen Anteil bis zu den Wahlen 2001 – bei denen sie auf einer gemeinsamen Liste mit der UP kandidierte – auf 41% steigern. Insgesamt bescherten ihr diese Ergebnisse Regierungsbeteiligungen von 1993 bis 1997 und von 2001 bis 2005. Doch interne Spannungen zwischen „den sozialdemokratisch gewendeten Vertretern des alten Parteiapparats und der jungen, von der kommunistischen Vergangenheit unbelasteten Generation“²⁴⁶ und Spannungen zwischen dem neuen Regierungschef Miller, der eine Erneuerung der Partei nicht vollziehen konnte und Staatspräsident Kwasniewski sowie eine „Wendigkeit zwischen staatstragendem Verantwortungsbewußtsein und populistischer Protesthaltung“²⁴⁷ führten zu ersten Erosionserscheinungen und zu einem Popularitätsverlust. Erstere führten zur Abspaltung der **SDPL (Sozialdemokratie Polens)** 2004 und letzterer manifestierte sich bei den Sejmwahlen 2005, als die SLD nur mehr 11% der Wählerstimmen erringen konnte. Die SDPL schaffte als Wahlbündnis zusammen mit der UP und den Grünen 2005 allerdings den Einzug in den Sejm nicht. 2007 trat die SLD dann im Wahlbündnis **LiD (Linke und Demokraten)** – bestehend aus PD, UP, SDPL und eben der SLD – an und erreichte auch nur knapp über 13% der Stimmen. Da sich die

²⁴² Ziemer/Matthes 2004, S. 221

²⁴³ Vgl. Mildenerger 2000, S. 38

²⁴⁴ Bingen 1998, S. 102, (zitiert nach: Mildenerger 2000, S. 38)

²⁴⁵ Mildenerger 2000, S. 38

²⁴⁶ Mildenerger 2000, S. 38

²⁴⁷ Mildenerger 2000, S. 38

Erwartungen einer Stimmenmaximierung nicht erfüllten, wurde das Bündnis 2008 wieder aufgelöst.

- **MN (*Deutsche Minderheit*):** Abgeordnete der deutschen Minderheit sind seit 1991 im Sejm vertreten. Von der Einführung der 5% Hürde für Parteien bei Parlamentswahlen waren Listen der deutschen Minderheit nicht betroffen, da Minderheitenparteien davon ausgenommen sind. Verfügte die deutsche Minderheit 1991 allerdings noch über 7 Vertreter im Sejm, so sank ihre Anzahl bis nach den Wahlen 2007 auf einen einzigen Abgeordneten.

4.2.3 Der Umbau des politischen Systems in der Tschechischen Republik:

4.2.3.1 Verfassung:

Das Staatsgebiet der heutigen Tschechischen Republik setzt sich aus Teilen der historischen Länder der Böhmisches Krone zusammen. Diese gehörten ab 1866 zur österreichischen Reichshälfte der Donau-Monarchie und nahmen Ende des 19. Jahrhunderts an der sukzessiven Demokratisierung selbiger teil. So entstanden Ansätze von Verwaltungs- und Rechtsstrukturen sowie späterer Parteien. Die heutigen demokratischen Traditionen gründen sich hauptsächlich in der parlamentarischen Demokratie der tschechoslowakischen Republik von 1918 bis 1938. Erst nach dem zweiten Weltkrieg entstand die Tschechoslowakei fast annähernd in ihren ehemaligen Grenzen wieder, geriet jedoch ab 1948 politisch unter sowjetische Vorherrschaft. Seit 1.1.1993 existiert die Tschechische Republik – nach der Wende 1989 und der Trennung von der Slowakei – als eigenständiger Staat. Am selben Tag trat auch die Verfassung Tschechiens, die schon am 16.12.1992 vom tschechischen Nationalrat verabschiedet worden war, in Kraft. Historisches Vorbild dieser Verfassung war die Verfassungsurkunde der ersten Tschechoslowakei.²⁴⁸

Eigentlich sollte jedoch „eine Föderale Verfassung ausgearbeitet werden, aber nach den Wahlen 1992, deren Ergebnisse das Auseinanderdriften der beiden Landesteile verstärkt hatten, wurde die Arbeit daran eingestellt.“²⁴⁹

Die heute geltende Verfassung setzt sich aus der eigentlichen Verfassungsurkunde und einem Grundrechtskatalog, der bereits im Januar 1991 von der tschechoslowakischen

²⁴⁸ Vgl. Vodicka 2004, S. 247-248

²⁴⁹ Segert 2002b, S. 2

Bundesversammlung verabschiedet und unverändert in die Verfassung der Tschechischen Republik eingefügt wurde, zusammen. Demzufolge besitzt die Tschechische Republik ein parlamentarisches Regierungssystem sowie ein Zweikammernparlament²⁵⁰ und „definiert sich ausdrücklich als ein ‚einheitlicher und demokratischer Rechtsstaat, der die Achtung der Rechte und Freiheiten des Menschen zur Grundlage hat‘ (Art. 1 VerfG).“²⁵¹

4.2.3.2 Staatspräsident:

Der tschechische Präsident wird gemeinsam vom Senat und dem Abgeordnetenhaus gewählt. Ausnahme war die Wahl 1993, als Vaclav Havel nur mit den Stimmen des Abgeordnetenhauses ins Amt kam, da sich der Senat erstmals 1996 konstituierte. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre und er kann einmal wiedergewählt werden. Es sind drei Wahlgänge vorgesehen. In der ersten Runde benötigt der neue Präsident die absolute Mehrheit aller Abgeordneten und aller Senatoren. Kommt es zu keiner Einigung, nehmen an der zweiten und der dritten Runde nur noch die beiden stimmenstärksten Kandidaten teil. Schlägt auch die zweite Runde fehl, werden anschließend die Stimmen der Senatoren und Abgeordneten addiert und nicht mehr getrennt gewertet. Kommt es auch hier zu keiner gültigen Abstimmung, so erfordert dies Neuwahlen. Der Staatspräsident besitzt einerseits selbstständige Befugnisse, andererseits übt er seine Kompetenzen im Zusammenwirken mit der Regierung aus. Er ernennt und entlässt den Ministerpräsidenten – dieser muss nicht aus der stimmenstärksten Partei kommen – und kann in Krisenzeiten das Abgeordnetenhaus auflösen. Außerdem ernennt er zusammen mit dem Senat die Verfassungsrichter. Bei der Ernennung von Richtern und Generälen, der Ratifizierung von völkerrechtlichen Verträgen sowie der Ausschreibung von Parlamentswahlen benötigt er aber die Zustimmung des Ministerpräsidenten. Außerdem ist der tschechische Staatspräsident zugleich auch Oberbefehlshaber des Heeres.²⁵² Zum ersten Präsidenten der eigenständigen Republik Tschechien wurde Vaclav Havel gewählt. Ihm folgte 2003 der ODS-Mitbegründer und frühere Ministerpräsident Vaclav Klaus ins Amt.

²⁵⁰ Vgl. Vodicka 2004, S. 248

²⁵¹ Vodicka 2004, S. 248

²⁵² Vgl. Vodicka 2004, S. 250-252

4.2.3.3 Parlament:

Das tschechische Parlament setzt sich aus der Abgeordnetenkammer und dem Senat zusammen. Die Abgeordnetenkammer besteht aus 200 Mitgliedern, die für eine Periode von vier Jahren gewählt werden. Der Senat umfasst 81 Senatoren. Diese werden zu je einem Drittel alle zwei Jahre neu gewählt. Zur Beschlussfähigkeit beider Kammern müssen zumindest ein Drittel der Mandatare anwesend sein. Wichtigste Aufgabe des Parlaments ist die Gesetzgebung. Ferner benötigen auch völkerrechtliche Verträge sowie solche, die Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffen, seine Zustimmung. Zur Verabschiedung einfacher Gesetze reicht die einfache Mehrheit der anwesenden Abgeordneten und Senatoren. Die Mitglieder beider Kammern haben die Möglichkeit, sich in Fraktionen zusammenzuschließen. Dazu notwendig sind entweder zumindest zehn Abgeordnete oder fünf Senatoren. Beide Kammern können zudem Ausschüsse installieren, die von den Parteien entsprechend ihrer Parlamentsstärke besetzt werden.

Die Funktion einer Kontrolle der Regierung wird in Tschechien alleine von der Abgeordnetenkammer wahrgenommen. Die Mandatare haben das Recht, Anfragen an die Mitglieder der Regierung zu richten, die diese innerhalb von 30 Tagen beantworten müssen. Außerdem muss die Erste Kammer jeder neuen – vom Präsidenten nominierten – Regierung das Vertrauen aussprechen. Tut sie dies nicht, hat der Präsident die Pflicht eine neue Regierung zu ernennen. Auch kann sie die Regierung durch ein Misstrauensvotum, welches durch die absolute Mehrheit aller Abgeordneten unterstützt werden muss, stürzen.²⁵³

4.2.3.4 Regierung:

In Tschechien nominiert der Staatspräsident nach erfolgten Parlamentswahlen einen Kandidaten für das Amt des Premierministers und auf dessen Vorschlag ernennt er auch die Minister. Nach der Ernennung der Regierung muss sich diese allerdings noch einer Vertrauensfrage im Parlament stellen. Die Regierung koordiniert die (Zusammen)Arbeit der Ministerien und entscheidet in grundlegenden Fragen sowohl der Innen- wie auch der Außenpolitik. Außerdem kommt ihr die wichtigste Rolle im Gesetzgebungsprozess zu.

Erster Regierungschef der Tschechischen Republik, der das Amt bis 1998 bekleidete, war Vaclav Klaus von der ODS (siehe Tabelle 4). Seine Koalition aus ODS, KDU – CSL und

²⁵³ Vgl. Vodicka 2004, S. 254

ODA verfügte bis zu den Wahlen 1996 über eine Parlamentsmehrheit. Danach bildete sie unter Duldung durch die CSSD eine Minderheitsregierung. Aufgrund eines Finanzskandals innerhalb der ODS musste die Regierung zurücktreten und der Staatspräsident beauftragte den parteilosen Josef Tosovsky mit der Bildung einer sechsmonatigen Interimsregierung. Nach den Wahlen von 1998 bildete sich wieder eine Minderheitsregierung unter der Führung von Ministerpräsident Milos Zeman von der CSSD heraus, die von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) toleriert wurde.

Tabelle 4: Regierungen der Republik Tschechien²⁵⁴

Ministerpräsident	Partei	Amtszeit	Grund der Regierungsbildung	Regierungstyp
Klaus	ODS	1/1993-7/1996		Mehrheitsregierung; Koalition ODS, KDU-CSL, ODA
Klaus	ODS	7/1996-1/1998	Parlamentswahl	Minderheitsregierung; Koalition ODS, KDU-CSL, ODA, toleriert durch CSSD
Tosovsky	parteilos	1/1998-7/1998	Rücktritt Klaus	Interimsregierung; toleriert durch alle Parteien
Zeman	CSSD	7/1998-7/2002	vorgezogene Parlamentswahl	Minderheitsregierung; Oppositionsvertrag mit ODS
Spidla	CSSD	7/2002-6/2004	Parlamentswahl	Mehrheitsregierung; Koalition CSSD, KDU-CSL, US-DEU
Gross	CSSD	7/2004-4/2005	Rücktritt Spidla	Mehrheitsregierung; Koalition CSSD, KDU-CSL, US-DEU
Paroubek	CSSD	4/2005-9/2006	Rücktritt Gross	Mehrheitsregierung; Koalition CSSD, KDU-CSL, US-DEU
Topolánek	ODS	9/2006-5/2009	Parlamentswahl	Koalition ODS, KDU-CSL, Grüne; verfügte über 50% der Abgeordnetenmandate (100); toleriert durch 2 CSSD Mandatare
Fischer	parteilos	5/2009-	Misstrauensvotum gegen Topolánek	Expertenregierung; toleriert durch CSSD und ODS

Im Zuge dieses sog. ‚Oppositionsvertrages‘, der „einige Züge einer Koalitionsvereinbarung aufwies“²⁵⁵, erhielt die CSSD die Regierungsposten und die ODS die wichtigsten

²⁵⁴ Quelle: Vodicka 2004, S. 256 und eigene Zusammenstellung

²⁵⁵ Ismayr 2004a, S. 36

Parlamentsämter. Dieser Vertrag „stellte ein CSSD/ODS-Machtkartell dar, in welchem die fundamentalsten machtrelevanten Entscheidungen wie Verfassungs- und Wahlgesetzänderungen zwischen engen Führungsriege beider Parteien abgestimmt wurden.“²⁵⁶ So besaß man z. B. dadurch nunmehr die für Verfassungsänderungen notwendige Dreifünftelmehrheit.

Die beiden Parteien entschlossen sich zu diesem Pakt, da sich eine Regierungsbildung aufgrund der ständigen Oppositionsrolle der mandatsstarken KSCM regelmäßig als äußerst schwierig gestaltete. Die Absprache sollte sich nach den Parlamentswahlen 2002 in umgekehrter Rollenverteilung wiederholen und Zeman im Gegenzug zum Staatspräsidenten gewählt werden. Deshalb trat er als Parteivorsitzender zurück. Doch sein Nachfolger Vladimir Spidla gewann die Wahlen 2002, kündigte den ‚Oppositionsvertrag‘ und ging eine Koalitionsregierung mit der Volkspartei (KDU-CSL) und der Freiheitsunion (US-DEU) ein.²⁵⁷

Nach dem katastrophalen Abschneiden bei den Europawahlen trat Spidla allerdings im Juli 2004 zurück. Sein Nachfolger wurde Stanislav Gross (CSSD). Nach der Aufdeckung dubioser Immobilienkäufe des Ministerpräsidenten durch tschechische Medien, übernahm im April 2005 Jiri Paroubek (CSSD) das Amt des Regierungschefs. Ab dem 4. September 2006 hieß der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek von der ODS. Er bildete eine Koalition mit der KDU-CSL und den ‚Tschechischen Grünen‘. Am 8. Mai 2009 wurde dann der parteilose Jan Fischer Premierminister, nachdem zum ersten Mal in der Geschichte Tschechiens ein Regierungschef per Misstrauensvotum gestürzt worden ist.

4.2.3.5 Parteien:

Das Parteienspektrum der Tschechischen Republik veränderte sich seit der Unabhängigkeit kaum. Von den in der Anfangszeit relevanten Parteien existiert lediglich das Bürgerforum nicht mehr. Zu den wichtigsten Parteien zählten bzw. zählen:

- **Bürgerforum:** Dieses wurde am 19. November 1989 im tschechischen Landesteil gegründet und erhielt bei den ersten freien Wahlen 1990 49,5% der Stimmen und somit 63,5% der Mandate für das Parlament der Tschechischen Republik. Jedoch schon im Februar 1991 zerbrach das Bürgerforum „an der Frage, wie schnell und wie radikal der Übergang zur neuen Eigentums- und Wirtschaftsstruktur vollzogen werden

²⁵⁶ Vodicka 2004, S. 265

²⁵⁷ Vgl. Vodicka 2004, S. 265

sollte, (...) wobei auch das eigene Selbstverständnis als Bewegung oder als Partei eine Rolle spielte.“²⁵⁸ Es spaltete sich in die ODS, eine Bürgerbewegung (OH) als Sammelbecken der meisten bekannten Dissidenten und die ODA (siehe Kap. 4.1.2).

- **ODS (*Demokratische Bürgerpartei*):** Sie wurde 1991 nach der Spaltung des Bürgerforums gegründet. Die ODS gilt als konservativ und wirtschaftsliberal und steht im politischen Spektrum rechts der Mitte. Im Europaparlament gehört die Partei zur ‚Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten‘. Sie ist zurzeit die stärkste politische Kraft im tschechischen Abgeordnetenhaus mit 81 Sitzen. Nach Mitgliederzahlen ist sie die drittgrößte Partei der Tschechischen Republik. Bedeutendster Vertreter ist der amtierende Präsident und frühere Regierungschef Vaclav Klaus, der die ODS mitbegründete, sie aber mittlerweile als zu europafreundlich kritisiert. Den Parteivorsitz der ODS hat seit Dezember 2008 der ehemalige Ministerpräsident Mirek Topolánek inne.
- **CSSD (*Tschechische Sozialdemokratische Partei*):** Sie hat ihre Wurzeln in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sie ab 1878 als Teil der österreichischen Sozialdemokratischen Partei und ab 1894 als eigenständige Partei wirkte. 1938 wurde sie in die ‚Nationale Partei der Arbeit‘ eingegliedert und von 1948 bis 1989 war sie mit der ‚Kommunistischen Partei‘ (zwangs)vereinigt. Seit 1993 besitzt sie ihren heutigen Namen. Sie plädiert für einen sozial orientierten Staat und ist neben der ODS eine der beiden dominierenden Parteien der Tschechischen Republik. Im politischen Spektrum ist sie links der Mitte angesiedelt. Die CSSD ist Mitglied der ‚Sozialistischen Internationale‘ und der ‚Partei der Europäischen Sozialisten‘. 2006 wurde Jiri Paroubek zum Parteivorsitzenden gewählt. In der Abgeordnetenkammer ist die CSSD aktuell mit 74 Mandatären vertreten.
- **KDU-CSL (*Christlich Demokratische Union – Tschechische Volkspartei*):** Ihre Wurzeln gehen bis an das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. 1919 schließlich wurde in Prag die CSL gegründet, die alle katholischen Parteien vereinigte. Nach 1948 wurde sie zu einer Blockpartei der Kommunisten, die stets mit einem Ministerposten in der Regierung vertreten war. Nach der Unabhängigkeit der Tschechischen Republik war die Partei Mitglied einer Koalitionsregierung unter Vaclav Klaus von der ODS. 1998 ging die KDU-CSL in die Opposition und kehrte erst 2006 in eine Regierungskoalition zurück. Sie genießt vor allem in den katholischen ländlichen Regionen Mährens ihre größte Unterstützung und ist gemessen an ihrer Mitgliederzahl die zweitgrößte Partei

²⁵⁸ Segert 2002b, S. 7

der Tschechischen Republik. Die KDU-CSL steht in der Mitte des Politspektrums und verfügt im Moment über 13 Mandate im Abgeordnetenhaus. Zum Parteivorsitzenden wurde Ende 2006 Jiri Cunek gewählt. Auf EU-Ebene gehört sie zur ‚Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten‘.

- **KSCM (*Kommunistische Partei Böhmens und Mährens*)**: Sie wurde 1990 als Nachfolgepartei der ‚Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei‘ (KSC) gegründet und stieß bei vielen Tschechen wegen ihrer Vergangenheit auf Ablehnung. Trotzdem ist die KSCM die mitgliederstärkste Partei in der Tschechischen Republik. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2002 mit 18,5% der abgegebenen Stimmen. Im Moment hält sie bei 26 Sitzen in der Abgeordnetenkammer. Als linksextreme Partei setzt sie sich vor allem für eine stärkere Einmischung des Staates in die Wirtschaft ein, wodurch sie unter anderem auch eine ziemlich isolierte Stellung im Parteienspektrum einnimmt. Den Vorsitz der Partei hat gegenwärtig Vojtech Filip inne und die KSCM besitzt derzeit in der ‚Europäischen Linkspartei‘ einen Beobachterstatus.
- **Partei der Grünen**: Gegründet wurden die ‚Tschechischen Grünen‘ Anfang 1990. Sie spielten bis zu den Senatswahlen 2004, als sie einen Senatsitz erobern konnten, parlamentarisch keine Rolle. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer 2006 konnten sie sogar 6 Mandate erringen und traten daraufhin in die Koalitionsregierung mit der ODS und der KDU-CSL ein. Wie andere europäische Grünparteien auch propagieren sie einen rücksichtsvollen Umgang mit der Umwelt, vertreten ökologische Grundsätze und sehen sich als Partei der Mitte im politischen Spektrum. Ihr Vorsitzender war von 2005 bis zuletzt Martin Bursik (er trat nach den Europawahlen im Juni 2009 von der Parteispitze zurück), der in der Regierung Topolanek auch stellvertretender Ministerpräsident und Umweltminister war. Ende November 2008 traten zwei Abgeordnete der Grünen im Streit um die Stationierung einer Radaranlage für das US-Raketenabwehrsystem aus der Parlamentsfraktion aus und unterstützten mit ihren Stimmen den Misstrauensantrag gegen Ministerpräsident Topolanek im März 2009.
- Zu den bekannteren Parteien, die nicht mehr im tschechischen Abgeordnetenhaus vertreten sind, gehören die **ODA** (Bürgerlich Demokratische Allianz), die nach der Spaltung des Bürgerforums entstand und mittlerweile aus der politischen Parteienlandschaft verschwunden ist und die **SPR-RSC** (Republikaner). Beide Parteien spielen seit 1998 keine politische Rolle mehr. Ebenfalls in der Bedeutungslosigkeit versunken ist die **US-DEU** (Freiheitsunion – Demokratische Union), die sich im

Februar 1998 von der ODS abspaltete. 1998 kandidierte man noch als US und errang 19 Mandate. 2001 kam es zur Integration der DEU in die US. 2002 ging man in einem Wahlbündnis mit der KDU-CSL in die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und eroberte 31 Mandate, wovon 8 auf die US-DEU entfielen. Doch 2006 konnten nur mehr 0,3% der Wählerstimmen errungen werden.

4.2.4 Gemeinsamkeiten und Unterschiede des politischen Umbaus:

4.2.4.1 Politisches System:

Verfassung: Geht es nach Merkels Phasenmodell eines Systemwechsels, so endet der Abschnitt der Institutionalisierung der Demokratie mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung (siehe Kapitel 2.4.2) und „es kann bei Respektierung der dadurch festgelegten Verfahren und Spielregeln die Konsolidierung der Demokratie beginnen (...).“²⁵⁹ Demzufolge dauerte die Institutionalisierungsphase in Polen bis ins Jahr 1997, während sie in der Tschechischen Republik bereits Ende 1992 abgeschlossen war. Die weitaus längere Dauer dieser Phase in Polen ist das Resultat einer langwierigen Verfassungsdiskussion, während der es lange nicht gelang einen Konsens zu erzielen.

Keiner der beiden Staaten wählte dabei den idealtypischen Weg einer dreistufigen Verfassungslegitimation (siehe Kapitel 2.4.3.1), denn die Verfassungsgeber hatten „eine Güterabwägung zu treffen zwischen demokratisch-vorbildlichen Prozeduren und einer längeren, möglicherweise riskanten Interimsphase ohne demokratische Verfassung oder einem schnelleren Verfahren der Verfassungsgebung mit einigen prozeduralen und inhaltlichen Defiziten.“²⁶⁰ So gab es in Tschechien eine einstufige Legitimation der Verfassung von 1992 und auch die ‚Kleine Verfassung‘ Polens wurde vom amtierenden Parlament verabschiedet. In beiden Fällen kam es zu keinem Verfassungsreferendum. Im Zuge der Verfassungsdiskussion in Polen wurde allerdings „die Rechtmäßigkeit ihrer Verabschiedung durch das Parlament in Frage gestellt (...). Mehrere christlich-nationale Parteien waren zwischen 1993 und 1997 nicht im Sejm vertreten und warfen dem

²⁵⁹ Ismayr 2004a, S. 11

²⁶⁰ Merkel 1999, S. 150

Verfassungsausschuß daher mangelnde Repräsentativität vor.“²⁶¹ So wurde die polnische Verfassung des Jahres 1997 dann zumindest zweistufig legitimiert.

Sowohl Polen als auch Tschechien konnten in der Phase der Institutionalisierung der Demokratie auf vorsozialistische Demokratieerfahrungen der Zwischenkriegszeit zurückgreifen. War diese demokratische Phase in Polen auf acht Jahre (1918-1926) beschränkt, so dauerte sie in der ersten Tschechoslowakischen Republik zumindest 20 Jahre (1918-1938). Dies äußerte sich in Tschechien insofern, als die nunmehr geltende Verfassung ihr historisches Vorbild in jener der damaligen Zeit fand²⁶², während sich die polnische – neben der demokratischen Verfassung von 1921 – auch am französischen Verfassungsrecht orientiert.²⁶³ Beide Länder besitzen geschriebene Verfassungen, sind verfassungsgemäß Einheitsstaaten und die Verfassungsgesetze stehen über den einfachen Gesetzen.

Im Unterschied zu Polen enthält die tschechische Verfassungsurkunde einen unveränderlichen Verfassungskern. Dieser wird allerdings nicht genau definiert. Vodicka meint dazu jedoch, dass „die Rechts- und Menschenrechtsstaatlichkeit, die Volkssouveränität und Demokratie, das Mehrheitsprinzip (...), die Gewaltenteilung sowie das parlamentarische Regierungssystem als diejenigen Verfassungsprinzipien anzusehen sind, die nicht aufgehoben werden dürfen“²⁶⁴. In beiden Staaten entscheidet letztendlich stets alleine das Parlament über Verfassungsänderungen. Dafür werden in Tschechien drei Fünftel der Abgeordneten und in Polen drei Fünftel der Abstimmenden benötigt. Außerdem ist die Zustimmung der jeweiligen Zweiten Kammer erforderlich. Zusätzlich verfügt Polen noch über erhöhte Hürden für eine Abänderung wesentlicher Teile seiner Verfassung. Außerdem kann hier auch die Zweite Kammer eine Verfassungsänderung initiieren.²⁶⁵

Gemeinsam sind beiden Ländern die Grundsätze und Verfahrensweisen eines demokratischen Rechtsstaates, die ausdrückliche Verankerung des Demokratieprinzips in der Verfassung sowie die Verpflichtung zum Grundsatz der Gewaltenteilung. Dominant sind die Verfahren der repräsentativen Demokratie und dazu wird das Parlament in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen gewählt. Auch bekennen sie sich in ihren Verfassungstexten zu einem pluralistischen Demokratieverständnis, das auf dem Recht einer freien Parteiengründung basiert, aber auch die Möglichkeit vorsieht, als verfassungswidrig eingestufte Parteien zu verbieten.

²⁶¹ Ziemer/Matthes 2004, S. 193

²⁶² Vgl. Vodicka 2004, S. 248

²⁶³ Vgl. Franzke 2000, S. 11

²⁶⁴ Vodicka 2004, S. 248

²⁶⁵ Vgl. Ismayr 2004a, S. 15 und 17

Beide Verfassungen beinhalten zudem ausführliche Grundrechtskataloge, die sowohl Freiheitsrechte (z.B. Recht auf Leben und Freiheit, Unantastbarkeit der Person, Glaubensfreiheit) als auch politische Grundrechte (z.B. Vereinigungs-, Versammlungs-, Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit) gewährleisten. Außerdem finden sich in den Verfassungen auch soziale Grundrechte (z.B. Recht auf soziale Sicherung), denen aber eher der „Charakter von Staatszielbestimmungen“²⁶⁶ zukommt.

Wie in fast allen osteuropäischen Staaten wurde auch in Polen und Tschechien nach der Wende eine Verfassungsgerichtsbarkeit, die vor allem die Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen soll, installiert. Beide Länder haben zusätzlich noch die Möglichkeit einer Individualverfassungsbeschwerde eingeführt, wobei dies in Polen aber nur mit erheblichen verfahrensmäßigen Einschränkungen möglich ist.²⁶⁷

Staatspräsident: Die Staatspräsidenten sind in Polen und in Tschechien die Oberhäupter des jeweiligen Staates, ihre Wahl erfolgt jedoch auf unterschiedliche Weise. Geschieht dies in Polen direkt in maximal zwei Wahlgängen, so wird der Präsident in Tschechien indirekt in höchstens drei Wahlrunden gewählt. Durch die Direktwahl besitzt der polnische Präsident grundsätzlich eine stärkere demokratische Legitimation. Da in Tschechien auch im dritten Wahlgang noch eine absolute Mehrheit der anwesenden Parlamentarier notwendig ist, kann dies im Gegensatz zu Polen die Wahl des Staatsoberhauptes erheblich erschweren²⁶⁸ und so wurde Vaclav Klaus 2003 erst nach zweimaliger Neuwahl im neunten Wahlgang zum Staatspräsidenten gewählt.

Während in Tschechien das Amt des Staatspräsidenten seit 1.1. 1993 klar definiert ist, unterlag es in Polen bis 1997 zahlreichen Veränderungen. Dies lag hauptsächlich an der Interpretation des Amtes durch Lech Walesa. Er nutzte „die in der Verfassung verankerten umfassenden Mitwirkungsrechte und die impliziten Überschneidungen der Zuständigkeiten, um das institutionelle Kräfteverhältnis übermäßig zu seinen Gunsten zu verlagern.“²⁶⁹ Dieser Politikstil bescherte ihm zahlreiche Konflikte sowohl mit dem Parlament als auch mit der Regierung. Aufgrund all dieser Erfahrungen wurde das polnische Staatspräsidentenamt bis 1997 stark in seinen Kompetenzen beschnitten. Auch Vaclav Havel wollte sich als tschechischer Staatspräsident nicht „auf die ihm vom Premier zugedachte rein repräsentative Funktion (...) beschränken.“²⁷⁰ Vielmehr nutzte er sein „Recht, an den Sitzungen beider

²⁶⁶ Ismayr 2004a, S. 14

²⁶⁷ Vgl. Ismayr 2004a, S. 17-18

²⁶⁸ Vgl. Vodicka 2004, S. 250

²⁶⁹ Ziemer/Matthes 2004, S. 197

²⁷⁰ Vodicka 2004, S. 250/251

Parlamentskammern (...) teilzunehmen (...) [und] den Regierungssitzungen beizuwohnen“²⁷¹. Dies führte zu einem nachhaltigen Vertrauen der Bevölkerung in die Amtsführung Havel, weswegen er – und auch aufgrund seiner internationalen Reputation – 1998 im Amt bestätigt wurde. Im Gegensatz dazu verlor Polens Präsident Walesa durch die maximale Ausschöpfung seiner Kompetenzen und die dadurch erfolgte erschwerte Regierungsbildung enorm an Wertschätzung.²⁷² Bei seiner Wiederkandidatur 1995 kam er zwar in die Stichwahl, unterlag dort aber seinem Herausforderer Aleksander Kwasniewski.

Beide Präsidenten werden für fünf Jahre gewählt, zudem ist eine einmalige Wiederwahl möglich. Als wohl wichtigste Verfahrenskompetenz besitzen sie ein suspensives Vetorecht. Allerdings kann das Parlament in beiden Staaten das Präsidentenveto mit unterschiedlich hohen Abstimmungshürden verhindern. In Polen ist dazu eine Dreifünftelmehrheit – bei gleichzeitiger Anwesenheit zumindest der Hälfte der Abgeordneten – und in Tschechien lediglich eine absolute Mehrheit notwendig. In Polen muss sich der Präsident bei Einwänden gegen Gesetzesvorhaben zusätzlich „zwischen einem Veto oder dem Gang vor das Verfassungsgericht entscheiden.“²⁷³ Sowohl in Polen als auch in Tschechien wurde das suspensive Vetorecht des Staatspräsidenten „bis Mitte der 1990er Jahre (...) häufiger und oft auch wirksam genutzt“²⁷⁴. Danach gebrauchten die Präsidenten es seltener, was Ismayr auch auf die erfolgte Stabilisierung der Parteiensysteme zurückführt. Als einflussreich – weil schwer überstimbar – gilt das Vetorecht weiterhin in Polen.²⁷⁵ Im Unterschied zu Tschechien verfügt der Staatspräsident in Polen zusätzlich noch über ein Initiativrecht zur Einbringung von Gesetzesentwürfen, welches von ihm allerdings „insgesamt gesehen vergleichsweise selten genutzt“²⁷⁶ wird.

Parlament: Weder in Tschechien noch in Polen „hat sich eine Konkurrenzdemokratie vom Typus des britischen Westminster-Systems entwickelt (...). Vielmehr werden Prozesse der Parteienkonkurrenz durch Aushandlungsprozesse ergänzt und modifiziert. Wie in den meisten westeuropäischen Ländern bestehen (...) verfassungsrechtliche und -politische Rahmenbedingungen, die einem verhandlungsdemokratischen Willensbildungsprozess förderlich sind. (...) [So] haben sich (...) Arbeitsparlamente entwickelt, die eine

²⁷¹ Vodicka 2004, S. 252

²⁷² Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 198

²⁷³ Bingen 2001b, S. 12

²⁷⁴ Ismayr 2004a, S. 23

²⁷⁵ Vgl. Ismayr 2004a, S. 23

²⁷⁶ Ismayr 2004a, S. 24

vergleichsweise starke Stellung einnehmen.“²⁷⁷ In beiden Parlamenten dürfen die Abgeordneten nicht gleichzeitig Mitglieder der Ersten und der Zweiten Kammer sein, jedoch ist ein Abgeordnetenmandat mit einem Regierungsamt vereinbar. Im Sinne von Arbeitsparlamenten liegt der Arbeitsschwerpunkt in beiden Ländern bei den ‚Ständigen Ausschüssen‘, die am Gesetzgebungsprozess vorbereitend beteiligt sind. Diese tagen in Tschechien in der Regel öffentlich und in Polen nicht öffentlich, wodurch dem Transparenzgebot in Tschechien ein höherer Stellenwert zugemessen wird. Leicht unterschiedlich gestaltet sich auch die Besetzung des Ausschussvorsitzes. Während es in Polen zur Norm geworden ist, dass „der Vorsitz in den wichtigsten Ausschüssen (Haushalt, Verteidigung, Justiz und Außenpolitik) an die Regierungsfraktion und in den weniger bedeutsamen an die Oppositionsfraktion geht“²⁷⁸, so gibt es in Tschechien kein verbindliches Verfahren, aber den Vorsitz haben „in der Regel die Parlamentarier der Regierungskoalition inne.“²⁷⁹ Eine Ausnahme bildete dabei die Phase von 1998 bis 2002, als aufgrund des sogenannten ‚Oppositionsvertrages‘ (siehe Kapitel 4.2.3.4) die größte Oppositionspartei (ODS) mehrere wichtige Parlamentsposten bekleidete.

Das Recht zu Gesetzesinitiativen haben in beiden Staaten sowohl Abgeordnete bzw. Abgeordnetengruppen der Ersten Kammer als auch die Senate als Ganzes, wobei in Polen auch den Ausschüssen diese Möglichkeit offen steht. Die meisten erfolgreichen Gesetzesentwürfe stammen naturgemäß von den Regierungen bzw. aus den Reihen der Regierungsfractionen der beiden Länder. Allerdings war auch hier die Phase von 1998 bis 2002 in Tschechien – als es eine tolerierte Minderheitsregierung gab – eine Ausnahme, denn damals beeinflusste die Opposition „die Gesetzentwürfe der Regierung (...) in wesentlicher Weise“²⁸⁰.

Das klassische Kontrollinstrument des Fragerechts steht den Abgeordneten beider Parlamente zur Verfügung und ebenso können beide Parlamente Untersuchungsausschüsse einrichten, die in Polen nur durch Mehrheitsbeschluss möglich sind, während sie in Tschechien als Minderheitenrecht gelten. Die Institution eines Ombudsmannes gibt es hingegen nur in Polen. Dort heißt er auch ‚Sprecher für Bürgerrechte‘ und wird vom Parlament für fünf Jahre in sein Amt – dieses steht im Verfassungsrang – gewählt. Er kann eigeninitiativ oder auf Anfrage etwa von Bürgern aktiv werden und erfüllt eine wichtige Kontrollfunktion, welche die

²⁷⁷ Ismayr 2004b, S. 9

²⁷⁸ Ziemer/Matthes 2004, S. 204

²⁷⁹ Vodicka 2004, S. 253

²⁸⁰ Vodicka 2004, S. 259

Entwicklung eines Rechtsstaatsbewusstseins in Polen förderte.²⁸¹ In Tschechien ist für Bürgerpetitionen das Parlament zuständig.

Die Zweiten Kammern Polens und Tschechiens sind im Unterschied zu fast allen anderen Staaten Osteuropas direktdemokratisch legitimiert. Sie weisen den Ersten Kammern vergleichbare interne Strukturen auf und können bei einfachen Gesetzen ein suspensives Veto einlegen, das jedoch meistens durch eine absolute Mehrheit der Mandatare der Ersten Kammer überstimmt wird. Für Verfassungsänderungen werden allerdings eine Dreifünftelmehrheit der anwesenden tschechischen und eine absolute Mehrheit der anwesenden polnischen Senatoren benötigt.²⁸²

Zusätzlich üben die Senate auch noch eine Wahlfunktion aus. Sie wählen in Tschechien den Staatspräsidenten zusammen mit der Abgeordnetenkammer und bestätigen alleine die Verfassungsrichter. In Polen sind sie an der Ombudsmann- und Rechnungshofbestellung mitbeteiligt. Weiters ist zur Entsendung bewaffneter Truppen und zur Kriegszustandserklärung in Tschechien die Zustimmung des Senats von Nöten.

Gemeinsam ist beiden Parlamenten die (teilweise) ‚Ausgrenzung‘ der kommunistischen Nachfolgeparteien. So wird die kommunistische Partei (KSCM) Tschechiens „als Koalitionspartner prinzipiell abgelehnt (...); ihre Mandate kommen stets der Oppositionsseite zu. (...) Eine Regierungsmehrheit zu bilden, erweist sich deswegen immer als außerordentlich kompliziert“²⁸³. Aus diesem Dilemma heraus entschlossen sich die CSSD und die ODS dann 1998 auch zum Abschluss des ‚Oppositionsvertrages‘. Und nur selten stimmte in Polen „die liberale UW mit der Allianz der Demokratischen Linken (SLD) und gegen die christlich-nationalen Parteien“²⁸⁴.

Das stärkste parlamentarische Kontrollinstrument, das Misstrauensvotum, wurde unterschiedlich eingesetzt. Während es in Tschechien bis zum aktuellen Fall des Sturzes von Ministerpräsident Topolanek (2009) durch das Parlament vorher noch nie angewandt worden ist, kam es in Polen 1992/93 gleich dreimal dazu, als die Regierungen Olszewski, Pawlak und Suchocka vom Parlament abgewählt wurden. Um den Sturz einer Regierung fortan zu erschweren, führte man „1997 in Polen nach deutschem Vorbild ein konstruktives Misstrauensvotum“²⁸⁵ ein.

Nur in Polen besitzt das Parlament ein Selbstauflösungsrecht (mittels Zweidrittelmehrheit), ansonsten kommt das Recht zur Parlamentsauflösung nur den jeweiligen Staatspräsidenten zu.

²⁸¹ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 208

²⁸² Vgl. Ismayr 2004a, S. 43

²⁸³ Vodicka 2004, S. 255

²⁸⁴ Ziemer/Matthes 2004, S. 206

²⁸⁵ Ismayr 2004b, S. 9

Dies kann allerdings nur unter besonderen Umständen geschehen. So **muss** der polnische Präsident dies tun, falls eine Regierungsbildung fehlschlägt und er **kann** es auflösen, wenn nach einer viermonatigen Frist nach Einreichung der Staatshaushalt immer noch nicht beschlossen wurde.²⁸⁶ Auch in Tschechien **kann** das Parlament „in bestimmten Krisenlagen (...) (Mißtrauensvotum gegenüber der neuernannten Regierung; unzulässig lange Unterbrechung der Parlamentssitzung; kein Zustandekommen von Parlamentsbeschlüssen) vom Staatspräsidenten aufgelöst werden.“²⁸⁷

Über die Sinnhaftigkeit der Zweiten Kammern gab und gibt es – wie in vielen Ländern Europas – eine lebhafte Diskussion. Verfechter des Senats in Tschechien sehen in ihm eine „Absicherung gegen zweckbestimmte Verfassungsänderungen im Interesse der jeweiligen Regierungskoalition. (...) [Denn durch] abweichende Wahlsysteme und unterschiedliche Wahltermine wird im Senat eine andere politische Zusammensetzung erreicht als in der Abgeordnetenkammer.“²⁸⁸ In Polen sehen seine Unterstützer den Senat „als Organ zur Verbesserung der Gesetzgebung“²⁸⁹, denn seine Gesetzeinwände wurden in großer Zahl vom Sejm angenommen. Kritiker erachten jedoch zum Beispiel in der Gesetzgebung ein suspensives Vetorecht sowohl der Senate als auch der Staatspräsidenten als wenig sinnvoll, denn ihre Bedeutung erlangen die Zweiten Kammern nicht nur durch die ihnen zugedachten Aufgaben, sondern vor allem durch „ihre Plazierung innerhalb des systemspezifischen Arrangements von formellen und informellen Entscheidungsregeln“²⁹⁰.

Regierung: Sowohl in Polen als auch in Tschechien wird der Ministerpräsident vom Staatspräsidenten ernannt. Aber im „Unterschied zum ‚negativen Parlamentarismus‘ in einigen westeuropäischen Ländern (...) ist eine (...) parlamentarische Vertrauensabstimmung (...) verpflichtend.“²⁹¹ Somit wird der Einfluss des Präsidenten auf die Regierungsbildung insofern eingeschränkt, als er sich bei seiner Kandidatenwahl nach den vorhandenen Mehrheitsverhältnissen im Parlament richten muss, damit sein Kandidat das Vertrauensvotum nicht verliert. In Polen ist sein Einfluss noch geringer, da – falls der Kandidat des Präsidenten kein Vertrauen erhält – das Parlament wiederum in einem zweiten Wahlgang „eine Regierung auch am Staatspräsidenten vorbei ins Amt bringen“²⁹² kann.

²⁸⁶ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 196

²⁸⁷ Vodicka 2004, S. 255

²⁸⁸ Vodicka 2004, S. 255-256

²⁸⁹ Banaszak 1994, S. 291, (zitiert nach: Ziemer/Matthes 2004, S. 209)

²⁹⁰ Riescher/Ruß 2000, S. 387, (zitiert nach: Ismayr 2004a, S. 43)

²⁹¹ Ismayr 2004a, S. 27

²⁹² Ismayr 2004a, S. 28

Koalitionsabsprachen vor der Parlamentswahl gab es in beiden Ländern nicht. Koalitionsverhandlungen wurden stets erst nach erfolgter Wahl geführt.

Misstrauensvoten des Parlaments gegen den Ministerpräsidenten bzw. die gesamte Regierung existieren in Polen und Tschechien. Erschwert wird eine Abwahl der Regierung in Polen seit 1997 aber durch die Einführung des konstruktiven Misstrauensvotums. Dafür hat der Sejm in Polen zusätzlich das Recht einzelnen Ministern das Misstrauen auszusprechen. Beide Regierungen können ihrerseits den jeweiligen Ersten Kammern ihrer Parlamente die Vertrauensfrage stellen, in Tschechien ist dies auch in Verbindung mit einem Gesetzesentwurf möglich.

In beiden Ländern steht der Premierminister an der Spitze der Regierung. Diese entscheidet formell im Kollegium (z.B. über das Regierungsprogramm, Gesetzesentwürfe, den Haushaltsentwurf oder internationale Abkommen) und trifft sich in regelmäßig tagenden Kabinettsitzungen. Eine ausdrückliche Richtlinienkompetenz besitzen die Ministerpräsidenten nicht, faktisch ist dies aber laut Vodicka in Tschechien der Fall (zumindest gilt dies für die Minister der eigenen Partei).²⁹³ Dabei wird allerdings in der Tschechischen Republik „das Ressortprinzip eingehalten – der Ministerpräsident kann nicht direkt in die Ministerien eingreifen.“²⁹⁴

Ideologische Regierungswechsel gab es in beiden Ländern, doch während in Tschechien sowohl die ODS (1992 und 1996) als auch die CSSD (1998 und 2002) zumindest zweimal hintereinander die Parlamentswahlen gewinnen konnten, führte in Polen „jede Wahl zur Regierungsübernahme bisher oppositioneller bzw. neugegründeter Parteien“²⁹⁵. Dies war vor allem die Folge der schwierigen ökonomischen Situation Polens in den 90er Jahren und des permanenten Machtkampfes „zwischen den Koalitionsparteien einerseits und zwischen der Regierung und dem Präsidenten [(Walesa)] andererseits“²⁹⁶. Außerdem entschied in der politischen Praxis der 90er Jahre „in hohem Maße über die Entstehung einer Regierungskoalition die Herkunft der einzelnen politischen Parteien, die im Parlament vertreten waren. (...) Die Grenze zwischen den Formationen, die aus den Strukturen der Volksrepublik Polen entstanden und jenen, die sich auf der Basis der Tradition der ‚Solidarnosc‘ entwickelten, schien in den 90er Jahren bei der Bildung von Regierungskoalitionen unüberwindbar zu sein.“²⁹⁷ In Tschechien war die Situation insofern anders, als es mit der CSSD eine linke Partei gab, die nicht der kommunistischen Partei

²⁹³ Vgl. Vodicka 2004, S. 257 und Ismayr 2004a, S. 34

²⁹⁴ Vodicka 2004, S. 257

²⁹⁵ Ismayr 2004a, S. 31

²⁹⁶ Alexander 2005, S. 377

²⁹⁷ Rydlewski 2000, S. 58

nachfolgte und zu der es deshalb auch keine historischen Animositäten in der Art gab, wie sie in Polen zwischen der SLD und dem Solidarnosc-Lager existierten. Aufgrund der politischen Ausgrenzung der kommunistischen KSCM blieb den beiden großen Parteien (CSSD, ODS) letztendlich keine andere Wahl, als zusammenzuarbeiten. Dies äußerte sich in der gegenseitigen Toleranz der Minderheitsregierungen der Jahre 1996 bis 2002 und in der Verabschiedung des ‚Oppositionsvertrages‘ 1998.

Einparteienregierungen mit einer parlamentarischen Mehrheit gab es weder in Polen noch in Tschechien. Vielmehr wechselten sich Koalitionsregierungen mit und ohne Mehrheiten sowie Einparteienminderheitsregierungen regelmäßig ab (siehe Tabelle 3 und Tabelle 4)

Die Anzahl der Ministerien konnte von beiden Regierungen verringert werden. Hatte die Regierung Klaus Anfang der 90er Jahre noch 24 Mitglieder, so gab es im Jahr 2004 nur noch 17. Auch in Polen wurde die Regierungsverwaltung diesbezüglich reformiert. Bestand die Regierungsmannschaft in den 90er Jahren aus bis zu 25 Ministern, so konnte deren Anzahl bis 2004 auf 14 reduziert werden. Da ein Ministeramt in Polen (ebenso wie die Errichtung eines Ministeriums in Tschechien) nur aufgrund eines Gesetzes geschaffen werden konnte und man meinte, dass dies „die Anpassung der institutionellen Instrumente an die sich schnell ändernden Aufgaben der Regierung erschweren würde“²⁹⁸, änderte man die Vorgehensweise. Nunmehr gibt es eine „gesetzlich vorgeschriebene Liste, die 32 Aufgabenbereiche der Regierungsverwaltung umfasst (...). Mit Hilfe dieser Liste darf der Ministerpräsident eigenständig den Ministern (...) ihre Verantwortungsbereiche zuweisen.“²⁹⁹

Auch eine Reform des öffentlichen Dienstes, welche die Professionalität und Unabhängigkeit der öffentlichen Verwaltung gewährleisten soll, wurde in die Wege geleitet. In Polen trat ein entsprechendes Gesetz am 1. Juli 1999 in Kraft. In Tschechien verabschiedete das Parlament ein Gesetz über den Staatsdienst Anfang 2002.

Parteien: „Der Entstehung eines pluralistischen Parteiensystems ging in den meisten Ländern die Bildung staatlich-politischer Institutionen und rechtsstaatlich-demokratischer Verfassungen voraus.“³⁰⁰ Bingen schreibt dazu, dass vor allem das Verfassungssystem die Ausprägung eines Parteiensystems stark beeinflusst. Ein parlamentarisches System stärkt die Rolle der Parteien, während ein semipräsidentielles deren Rolle eher schwächt.³⁰¹ Dieser Umstand führte unter anderem auch dazu, dass das tschechische Parteiensystem schon seit

²⁹⁸ Rydlewski 2000, S. 46

²⁹⁹ Rydlewski 2000, S. 46

³⁰⁰ Ismayr 2004a, S. 49

³⁰¹ Vgl. Bingen 2001b, S. 13

Mitte der 90er Jahre als weitestgehend konsolidiert gilt³⁰², während dies in Polen so nicht der Fall³⁰³ ist. In beiden Ländern zerfielen die oppositionellen Bewegungen (Solidarnosc, Bürgerforum) – beides Kampfbündnisse gegen den Kommunismus – relativ bald nach dem Systemwechsel aus Mangel an einem ideologischen Gegner. In Tschechien bildete sich danach rasch ein System mit zwei Großparteien (CSSD und ODS), die sich in der Regierungsverantwortung abwechseln, der kommunistischen KSCM und zwei kleineren Parteien (KDU-CSL und derzeit die Partei der Grünen – davor war dies die US-DEU) heraus. In Polen galt lange Zeit nur das linke politische Spektrum als konsolidiert, auch wenn sein Wähleranteil zuletzt auf 13% der Stimmen (als LiD) fiel. „Kennzeichen des Post-Solidarnosc-Lagers (...) war dagegen eine mit der Gründung der AWS nur kurzfristig unterbrochene Zersplitterung.“³⁰⁴ Erst in den letzten Jahren konnte sich das rechte politische Lager – in Gestalt der PO und der PiS – stabilisieren.

Nach der Wende bildeten sich in Osteuropa vor allem ‚Honoratiorenparteien‘ – die aus nicht viel mehr als einer kleinen Gruppe politischer Führer bestand – und ‚Massenintegrationsparteien‘ heraus. Zu letzterer Gruppe gehören vor allem die Nachfolgeparteien der ehemaligen kommunistischen Staats- und Blockparteien (SLD, PSL in Polen; KSCM, KDU-CSL in Tschechien), aber auch die ODS und die CSSD in Tschechien. Diese Massenintegrationsparteien rekrutieren ihre Wähler durch geschlossene Weltbilder oder gemeinsame Überzeugungen in Einzelfragen. Zu den Honoratiorenparteien gehörten Anfang der 90er Jahre die UD und die UP in Polen sowie die ODA und die SPR-RSC in Tschechien. Sie mobilisierten ihre Wähler vor allem über die Ausstrahlung ihrer führenden Politiker. Da dieser Parteitypus ein Relikt aus längst vergangenen Tagen darstellte, weil sie in den westlichen Demokratien historisch vor dem Entstehen moderner Massendemokratien angesiedelt sind, verschwanden diese Gruppierungen relativ rasch wieder und spielen heute keine relevante politische Rolle mehr.³⁰⁵

Doch aus welchen gesellschaftlichen Gruppen bildeten sich die neuen Parteien? In Polen waren dies zum einen die wandlungsfähigen Teile der ehemaligen Staats- und Blockparteien (SLD, PSL) und zum anderen jene soziale Oppositionsbewegung, aus der die Solidarnosc und ihre Nachfolgeparteien entstanden sind. In Tschechien rekrutierten sich die Eliten der neuen Parteien aus dem alten Parteiapparat (KSCM, KDU-CSL) oder aus einer großen Gruppe mit Hochschulausbildung, die den sozialen Wandel im Staatssozialismus repräsentierten. Zu

³⁰² Vgl. Segert 2002b, S. 10; Ismayr 2004b, S. 12 und Vodicka 2004, S. 263

³⁰³ Vgl. Bingen 2001b, S. 14; Raabe 2005b, S. 3 und Wagner 2006, S. 54

³⁰⁴ Ziemer/Matthes 2004, S. 223

³⁰⁵ Vgl. Segert 1997, S. 58-59 sowie Tabelle 1 auf S. 60

dieser Gruppe gehörten die Technokraten (Klaus von der ODS, Zeman von der CSSD) ebenso wie die oppositionellen Dissidenten (OH), die allerdings schon vor 1989 dem alten Regime entgegentraten.³⁰⁶

Eine ideologische Klassifizierung der Parteien lässt sich in Tschechien leichter vornehmen als in Polen. So gibt es in der Tschechischen Republik heute eine Partei der rechten Mitte (ODS) sowie eine der linken Mitte (CSSD). Zusätzlich verfügt das Parteienspektrum noch über eine (extreme) Linke (KSCM) sowie über zwei Parteien der Mitte (KDU-CSL und die Partei der Grünen). Nicht so leicht lässt sich eine solche Einteilung für Polen vornehmen. Unbestritten ist die linke Ausrichtung von SLD und UP. Doch die aus einer ehemaligen kommunistischen Blockpartei hervorgegangene PSL verwandelte sich nach einem Rechtsruck in eine Mitte-Rechts Partei. Fast alle anderen heutigen Parteien (PiS, PO, LPR und Samoobrona) kann man zwar ideologisch betrachtet als rechts bis rechts der Mitte bezeichnen³⁰⁷, allerdings lassen sich einige davon aufgrund populistischen Agierens (PiS, LPR, Samoobrona) oder eines wirtschaftspolitisch linken Kurses (Samoobrona, PSL) nicht immer zwingend in diese Kategorie einordnen.

Typisch für das ‚rechte‘ Lager in beiden Ländern ist – wie schon erwähnt – der Zerfall der antikommunistischen Opposition nach der Wende und die darauf folgende Zersplitterung in mehrere (wie im Falle Tschechiens) bzw. eine Vielzahl von Parteien (wie im Falle Polens). Demgegenüber stabilisierte sich die post-kommunistische Linke relativ rasch. Mit Ausnahme der CSSD in Tschechien und der UP in Polen waren die linken Parteien direkte Nachfolger der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien. Hierbei unterscheiden Andras Bozoki und John Ishiyama (2002) zwei Wege der Transformation und verwenden dafür die Begriffe ‚reformed‘ und ‚transmuted‘³⁰⁸. Während sich die polnische PZPR also erfolgreich reformierte und zu einer modernen sozialdemokratischen Partei (SLD) wurde, antwortete die KSC bzw. KSCM auf den Systemwechsel mit einem „linke[n] Rückzug“³⁰⁹ und stellt „eine Rarität im post-kommunistischen Mitteleuropa dar“³¹⁰. Dies hatte laut Vodicka historische Ursachen, denn die ‚Kommunistische Partei der Tschechoslowakei‘ wurde nach der Niederwerfung des Prager Frühlings von allen reformorientierten Kräften gesäubert und darum „bildeten sich keine sozialdemokratischen Strömungen wie in Polen (...) aus. Im Augenblick der Implosion des kommunistischen Regimes verfügte [sie] (...) weder über

³⁰⁶ Vgl. Segert 1997, S. 73-74

³⁰⁷ Vgl. Bingen 2001b, S. 13

³⁰⁸ Vgl. Segert 2006a, S. 208

³⁰⁹ Segert 2006a, S. 208

³¹⁰ Vodicka 2004, S. 264

Reformpolitiker noch über eine Legitimation, sich in eine sozialdemokratische Partei zu transformieren.“³¹¹

Dieter Segert unterscheidet für Tschechien drei Typen von Parteien³¹²: Parteien, die lange vor dem Systemwechsel entstanden sind und sich als Parteien des alten Systems mehr oder weniger erfolgreich transformierten (KDU-CSL, KSCM), Parteien, die nach 1989 neu entstanden waren (Bürgerforum und in weiterer Folge die ODS, SPR-RSC) und Parteien, die nach der Wende wieder entstanden waren (CSSD). Für Polen stellt sich die Situation etwas anders dar. Auch hier gibt es Parteien, die schon lange vor der Demokratisierung bestanden und sich erfolgreich wandelten (SLD, PSL). Ebenso kam es in Polen schon Ende des 19. Jahrhunderts zur Gründung einer sozialistischen Partei (PPS). Wie die CSSD in Tschechien wurde sie 1948 mit der kommunistischen Partei zwangsvereinigt. Nach der Wende versuchte die PPS, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen – allerdings erreichte sie nie auch nur annähernd jenen Stellenwert, den die CSSD in Tschechien inne hat. Die anderen der in Kapitel 4.2.2.5 erwähnten relevanten polnischen Parteien sind allesamt neue Gruppierungen, die es vor 1989 noch nicht gab.

Im Wählerverhalten kann man deutliche Unterschiede zwischen Polen und Tschechien erkennen. Wählen zirka zwei Drittel der Tschechen „entsprechend ihrer wirtschaftlichen Position“³¹³, so ist die Wahlentscheidung vieler Polen weniger auf „die berufliche Position oder das Einkommen als vielmehr [auf] die regionale Herkunft“³¹⁴ zurückzuführen. So sind der wirtschaftlich entwickelte Westen und der Norden eher linkes Kernwählergebiet (vor allem der SLD) und der agrarische Südosten ein eher konservatives rechtes Wählerreservoir (vor allem für die PO, LPR und PSL).³¹⁵ In Tschechien kann die KSCM vor allem auf ehemalige Parteikader und junge Protestwähler, die CSSD auf die Arbeiter, die ODS vorwiegend auf Unternehmer und die KDU-CSL auf die Katholiken in den ländlichen Gebieten zählen.³¹⁶

Die Hauptkonfliktlinie der neu entstehenden Parteiensysteme in Polen und Tschechien bildete zu Beginn der Transformation die Auseinandersetzung zwischen der antikomunistischen Opposition einerseits und den Kommunisten sowie deren Blockparteien andererseits. Dieser Regimekonflikt kann in beiden Ländern – nach dem Zerfall der Oppositionsbewegungen und der erfolgreichen Transformation der ehemals kommunistischen Parteien – als überwunden

³¹¹ Vodicka 2004, S. 264

³¹² Vgl. Segert 2002b, S. 9

³¹³ Vodicka 2004, S. 261

³¹⁴ Ziemer/Matthes 2004, S. 219

³¹⁵ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 219

³¹⁶ Vgl. Vodicka 2004, S. 261

angesehen werden.³¹⁷ Der Regimekonflikt wurde in weiterer Folge durch sachprogrammatische Konfliktlinien ersetzt. Diese Trennlinien verliefen quer durch die Gesellschaft. Einerseits zwischen den Parteien und andererseits sogar innerhalb der Parteien, was speziell in Polen lange Zeit zu einer permanenten Zersplitterung der Parteienlandschaft führte. Mildenberger ortet drei Konfliktlinien³¹⁸, die beiden Ländern gemein sind und welche die Parteien in unterschiedlicher Art teilweise bis heute trennen: freie Marktwirtschaft versus Staatsintervention, liberale Demokratie versus Autoritarismus bzw. Populismus und unterschiedliche Auffassungen im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit. Zwei weitere Konflikte, die in besonderer Weise Polen betrafen, sind jene „zwischen Befürwortern und Gegnern einer politischen Einflussnahme der katholischen Kirche“³¹⁹ sowie zwischen Befürwortern einer Öffnung nach Europa und Verteidigern nationaler und traditioneller Werte³²⁰. In der „weitgehend säkularisierten und urbanisierten tschechischen Gesellschaft“³²¹ gab es zwar auch eine Konfliktlinie Staat/Kirche sowie eine hinsichtlich Stadt/Land³²², beide spielten aber stets nur eine untergeordnete Rolle.

4.2.4.2 Zivilgesellschaft, politische Kultur und die Rolle der Kirche:

Den Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ definiert der Soziologe Helmut Anheier (2004) als „die Sphäre von Institutionen, Organisationen, Netzwerken und Individuen und ihrer Werthaltungen (...), die zwischen der Familie auf der einen und dem Staat (...) auf der anderen Seite liegt, die durch eine Reihe von Regeln verbunden ist und in welcher Menschen freiwillig tätig sind im Sinne des Gemeinwohls.“³²³ Das Wiederentstehen zivilgesellschaftlicher Ansätze in Mitteleuropa lässt sich am Jahr 1968 festmachen. Während der kurzen Phase des ‚Prager Frühlings‘ „traten in der Tschechoslowakei (...) und in Polen (...) unabhängige politische Zirkel und Klubs an die Öffentlichkeit, welche die Machteliten durch Forderungen nach Wahrhaftigkeit und Toleranz, Meinungs- und Versammlungsfreiheiten herausforderten.“³²⁴ Es kam zu einem Bruch zwischen der Staatspartei und der Intelligenz, der in Polen mit ersten zaghaften Liberalisierungsschritten in Politik und Gesellschaft verbunden war. Erste offen agierende Dissidentenbewegungen – wie das KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter)

³¹⁷ Vgl. Ismayr 2004a, S. 50 und 53

³¹⁸ Vgl. Mildenberger 2000, S. 33

³¹⁹ Bingen 2001b, S. 15

³²⁰ Vgl. Mildenberger 2000, S. 33 und Bingen 2001b, S. 15

³²¹ Vodicka 2004, S. 266

³²² Vgl. Vodicka 2004, S. 266

³²³ Raabe 2008, S. 4

³²⁴ Fehr 2004, S. 49

in Polen oder die Charta 77 in der CSSR entstanden. In Texten der damaligen tschechoslowakischen (z.B.: Havel, Dienstbier, Uhl, Patocka) und polnischen (z.B.: Mazowiecki) Dissidenten wurde eine Rekonstruktion der Gesellschaft von unten (im Gegensatz zum kommunistischen Herrschaftssystem) und eine Erweiterung der Freiheitsräume der Bürger gefordert. Dabei griff man bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Werte und Normen in der CSSR teilweise auf Konzepte des ersten Präsidenten der Zwischenkriegsrepublik T. Masaryk zurück, während in Polen praktische Erfahrungen mit gesellschaftlichen Initiativen der Zwischenkriegszeit und des Untergrundstaates (1939-1944) einfließen.³²⁵

Die Visite von Papst Johannes Paul II war dann 1979 der entscheidende Impuls für das Entstehen einer Bürgergesellschaft in Polen. Diese trug in weiterer Folge auch entscheidend zum Sturz des kommunistischen Herrschaftssystems in Polen bei. Damit war die Solidarnosc „eine Ausnahme im östlichen Europa. Denn in allen anderen Ländern des Ostblocks gab es nur kleine Dissidentengruppen“³²⁶ und so etablierte sich die Zivilgesellschaft in der CSSR (in Form des Bürgerforums) erst infolge des Zusammenbruchs des Kommunismus im Jahre 1989. Alle osteuropäischen Reformstaaten standen nach der Wende vor dem Dilemma, dass durch den Wegfall einer alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Staatspartei die nun auftretenden Steuerungslücken geschlossen werden mussten. Funktionen, die zuvor vom Staat ausgeübt wurden, mussten auf die Institutionen der Zivilgesellschaft übertragen werden. Dies gelang durch intermediäre Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Arbeitnehmer- und sonstige Interessenverbände, Kirchen, Bürgerbewegungen, etc.) partiell. Aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen entstanden neue zivilgesellschaftliche Akteure: die NGO's. Ihnen „kommt in der Gegenwart in postkommunistischen Gesellschaften häufig die Aufgabe von Gegeneliten zu“³²⁷, welche den neuen politischen Eliten in Polen und Tschechien Betrug und Verrat vorwarfen. Diese hätten nämlich ihre frühere Werteorientierung aufgeben und seien „im Entstehungsprozess des Nichtregierungssektors sehr wenig aktiv gewesen.“³²⁸ Dadurch bereitete die Entwicklung einer postkommunistischen Zivilgesellschaft große Probleme und so „beklagte [Vaclav] Havel (...) 2001 erneut das Fehlen einer ‚echten Zivilgesellschaft‘ in der Tschechischen Republik.“³²⁹ Und auch der polnischen Zivilgesellschaft kommt nicht mehr jene wirkungsvolle Rolle zu, die sie noch vor der Wende innehatte. Vielmehr bildete sich in beiden Ländern eine Vielzahl lokaler

³²⁵ Vgl. Fehr 2004, S. 49-50

³²⁶ Wnuk-Lipinski 2008, S. 16

³²⁷ Fehr 2004, S. 53

³²⁸ Raabe 2008, S. 8

³²⁹ Luft 2003, S. 2

unabhängiger Initiativen heraus. Deren Anzahl betrug 2004 in Tschechien rund 40.000 und in Polen zirka 50.000.³³⁰

Den höchsten Organisationsgrad der Interessenverbände in Polen besitzen naturgemäß die Gewerkschaften. „In keinem anderen Land Mittel- und Osteuropas hat eine Gewerkschaftsbewegung [(Solidarnosc)] solche Wirkungskraft entfaltet (...). Allerdings gelang ihr dies (...) aufgrund (...) von klar politisch ausgerichteten Aktivitäten.“³³¹ Dies bewirkte dann auch das größte Problem der Solidarnosc nach der Wende: die Reorganisation auf die gewerkschaftliche Arbeit. Lange Zeit übte sie eine Doppelfunktion aus politischer und gewerkschaftlicher Interessenvertretung aus. Erst 2001 gelang es ihr, auch aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, hier eine Trennung vorzunehmen. Die zweite große polnische Gewerkschaft ist die OPPZ, die 1982 gegründet wurde und der PZPR nahe stand. Ebenso wie die Solidarnosc verfolgte sie immer auch politische Ziele und war über SLD-Mandate im Parlament vertreten. Beide Gewerkschaften kämpfen seit 1989 mit dem Problem, dass ihre Mitgliederzahlen ständig schrumpfen (von jeweils mehreren Millionen auf weit unter 1 Mio.). Die Arbeitgeberverbände in Polen weisen demgegenüber nur einen geringen Organisations- und Repräsentationsgrad auf.³³²

Auch in Tschechien sind die Gewerkschaften die größten Interessensvertretungen. Trotz eines zunehmenden Vertrauens in sie von Seiten der Bevölkerung, gelang es auch in Tschechien nicht, den Mitgliederschwund zu stoppen. Auf Arbeitgeberverbändeseite war im „Zuge der Herausbildung des privaten Sektors (...) eine Gründungswelle von (...) Unternehmerverbänden“³³³ zu beobachten. Auch die Bürgervereine registrierten in den 90er Jahren einen regen Zulauf, der vor allem „durch die Auflösung der vorher zentral gelenkten Organisationen (...) [und] den doch zunehmenden – wenn auch (...) nicht allzu großen – Partizipationswillen der Bürger“³³⁴ verursacht wurde.

Keinesfalls kann man den Organisationsgrad der polnischen und tschechischen Interessensverbände mit jenen westlicher Staaten gleichsetzen, was zu Beginn der Reformen allerdings den ‚Vorteil‘ mit sich brachte, dass „die Basisinstitutionen der neuen marktwirtschaftlichen Ordnung (...) ohne die schwierige und zeitraubende Koordinierung mit mächtigen korporativen Akteuren hierarchisch vom Staat durchgesetzt“³³⁵ werden konnten.

³³⁰ Vgl. Fehr 2004, S. 53

³³¹ Ziemer/Matthes 2004, S. 228

³³² Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 228-229

³³³ Vodicka 2004, S. 269

³³⁴ Vodicka 2004, S. 270

³³⁵ Wiesenthal 1994, S. 21, (zitiert nach: Merkel/Puhle 1999, S. 162)

Die katholische Kirche spielt im weitgehend säkularisierten Tschechien eine eher untergeordnete Rolle. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der kommunistischen Vergangenheit. Bereits seit den 50er Jahren war die römisch-katholische Kirche schweren Schlägen ausgesetzt. So wurden Bischöfe, Priester und Laien inhaftiert, Orden aufgelöst und jegliche Aktivitäten der Kirche der staatlichen Kontrolle unterworfen. Zusätzlich kam es immer wieder zur Kollaboration von Priestern mit der kommunistischen Staatssicherheit. Die 70er und 80er Jahre prägten dann vor allem ein moralisches Problem der Kirche. Nach der Niederwerfung des ‚Prager Frühlings‘ schien das kommunistische Regime mehr denn je einzementiert zu sein, was die Kirche zu Kompromissen mit eben jenem veranlasste.³³⁶ All dies hatte Auswirkungen für die Zeit nach 1989. „[D]iejenigen Christen, die in den achtziger Jahren in antikommunistischen Aktivitäten engagiert waren, [also] eher in verschiedenen bürgerlichen Initiativen (Charta 77, ...) tätig waren, (...) engagierten (...) sich nach November 1989 eher im Bereich der Politik, als im Rahmen der Kirchen.“³³⁷ Deshalb kann man die katholische Kirche im heutigen Tschechien nur als eine von vielen Interessengruppen bezeichnen, da deren gesellschaftlich-politischer Einfluss bei weitem nicht jene Relevanz besitzt wie etwa jener der römisch katholischen Kirche in Polen.

Anders verhält es sich wie soeben erwähnt – historisch bedingt – in Polen. Während der polnischen Teilungen war die katholische Kirche das einigende Band der polnischen Nation. In der NS-Besatzungszeit schließlich wirkten viele Geistliche aktiv im Widerstand mit und verweigerten die Kollaboration mit dem Feind. Dadurch ging die katholische Kirche moralisch gestärkt in die Nachkriegszeit.³³⁸ Das Verhältnis zur kommunistischen Parteiführung war bis Ende der 80er Jahre geprägt durch Phasen der Entspannung und solchen der Verhärtung. „Eine wichtige Zäsur bildete 1978 die Wahl von Kardinal Karol Wojtyla zum Papst, die selbst von der Parteiführung als internationale Aufwertung Polens begriffen wurde, innenpolitisch aber die Position der Kirche erheblich festigte.“³³⁹ In den 80er Jahren stützte sie einerseits das Regime durch die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen, andererseits bildete sie aber auch den wichtigsten Rückhalt für die politische Opposition und ohne ihre Intervention wäre der ‚Runde Tisch‘ wohl nicht möglich gewesen und hätte zu keinem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können.³⁴⁰ Doch ebenso wie die Solidarnosc kam auch die katholische Kirche nach der Wende mit ihrer Rolle in einem veränderten politischen Umfeld nicht zurecht. Von national-klerikalen Vertretern geäußerte Forderungen nach einer

³³⁶ Vgl. Fiala 1999, S. 2

³³⁷ Fiala 1999, S. 2-3

³³⁸ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 230

³³⁹ Ziemer/Matthes 2004, S. 231

³⁴⁰ Vgl. Ziemer/Matthes 2004, S. 231

Rückbesinnung auf katholische Grundsätze sowie nach einem Abtreibungsverbot und deren Wahlempfehlungen zugunsten katholischer Parteien 1991 führten im Laufe der Jahre zu einer inneren Spaltung der Kirche (national-integristische Kreise rund um Radio Maryja versus dialogbereitem offenen Teil des Katholizismus³⁴¹) und einer stärkeren Säkularisierung der polnischen Gesellschaft. Trotzdem ist die katholische Kirche immer noch „der institutionalisierteste Teil der polnischen Zivilgesellschaft (...) und (...) zu einem der stärksten Förderer und Stabilisatoren (...) [selbiger] geworden.“³⁴²

Ein typisches Merkmal der tschechischen politischen Kultur ist die niedrige Partizipationsbereitschaft der Bürger. Der politische Partizipationswille der tschechischen Bevölkerung wird allerdings durch den Umstand, dass es auf nationaler Ebene im Unterschied zu Polen keine direktdemokratischen Verfahren – Ausnahme war die Volksabstimmung über den EU-Beitritt, die durch ein spezielles Referendumsgesetz ermöglicht wurde³⁴³ – gibt, nicht gerade gefördert. Ererbte Verhaltensweisen aus der kommunistischen Vergangenheit wie politische Passivität, Rückzug in eine stille Opposition oder paternalistisch geprägte Erwartungshaltungen an den Staat³⁴⁴ überdauerten den bisherigen Transformationsprozess. Die negativen Folgen der ökonomischen Transformation sowie politische Affären (Parteispendenaffäre Ende der 90er Jahre) führten bei vielen Tschechen zu einem Vertrauensverlust in die politischen Institutionen und Parteien.

Etwas anders sieht es mit der politischen Kultur in Polen aus. Nicht eine stille Opposition war für viele Polen prägend, sondern – ganz im Gegenteil – eine aktive. „Hinzu kommt die seit Ende der 1970er Jahre in der Volksrepublik gemachte Erfahrung, daß Opposition gegen die ‚Herrschenden‘ sich durchaus auszahlt.“³⁴⁵ Doch auch in Polen bedingten „eine wenig entwickelte Dialog- und Streitkultur, Korruptionsaffären (...) [und] populistische Strömungen verbunden mit autoritären Tendenzen (...) [eine] Politikverdrossenheit, die sich u.a. durch geringe Wahlbeteiligung und politische Apathie ausdrückt und in dem geringen Ansehen von Politikern und politischen Institutionen niederschlägt.“³⁴⁶

Generell gilt für Osteuropa, dass „die politische Partizipation der Bürger an der politischen Willensbildung noch vergleichsweise wenig ausgeprägt ist“³⁴⁷.

³⁴¹ Vgl. Raabe 2008, S. 20

³⁴² Raabe 2008, S. 14 und 15

³⁴³ Vgl. Ismayr 2004a, S. 45

³⁴⁴ Vgl. Vodicka 2004, S. 273

³⁴⁵ Ziemer/Matthes 2004, S. 233

³⁴⁶ Raabe 2005b, S. 3

³⁴⁷ Ismayr 2004a, S. 63

4.2.4.3 Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit:

Die Herangehensweise zur Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit war in den beiden Ländern nach 1989 eine unterschiedliche. Während „die Tschechische Republik in Osteuropa zu den Vorreitern einer konsequenten ‚Dekommunisierungspolitik‘“³⁴⁸ zählte, entschloss sich Polens Ministerpräsident Mazowiecki unmittelbar nach der Wende für eine Politik des ‚Schlussstrichs‘. Dies war das Ergebnis der besonderen Form des Übergangs zur Demokratie in Polen, denn am Ende der Verhandlungen am ‚Runden Tisch‘ kam es „zu einer Art Nichtangriffspakt: Machtübergang gegen Verzicht auf Vergeltung.“³⁴⁹

In der Tschechischen Republik verabschiedete der Gesetzgeber schon Anfang der 90er Jahre wichtige legislative Regelungen für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das sogenannte ‚Rehabilitierungsgesetz‘ aus dem Jahre 1991 ermöglichte es Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit (bis 1956) für die Unabhängigkeit Polens verurteilt wurden, Ansprüche auf Schadenersatz zu stellen.

Es folgten das ‚Lustrationsgesetz‘ vom Oktober 1991, welches trotz des Widerstandes vor allem der linken Parteien durchgesetzt wurde und das ‚Kleine Lustrationsgesetz‘ aus dem Jahr 1992, das es niedrigen Rängen der Staatssicherheit erlaubte, in Diensten des Innenministeriums zu verbleiben. Durch das ‚Kommunistengesetz‘ vom Sommer 1993 wurden die ehemalige Staatspartei zur verbrecherischen Organisation und der Widerstand gegen das Regime als für legitim erklärt.³⁵⁰ Schließlich errichtete man 1995 noch das ‚Amt für die Dokumentation und Untersuchung der kommunistischen Verbrechen‘.

Allerdings folgte in Tschechien den gesetzlichen Möglichkeiten nur eine inkonsequente Durchführung. So stellte das Innenministerium in den Jahren von 1991 bis 2002 zirka 365.000 Lustrationszeugnisse aus, aber nur drei Prozent der so überprüften Personen wurde dadurch der Zugang zu einem öffentlichen Amt verwehrt. Opfergruppen kritisierten weiters den Umstand, dass die Justiz die Hauptverantwortlichen der kommunistischen Diktatur nie zur Verantwortung gezogen hat. So kam es deswegen bis 2005 nur zu 29 Verurteilungen. Als schweren Mangel empfanden viele Tschechen auch die Tatsache, dass die radikale Öffnung der Akten der Staatssicherheit nur unkommentiert erfolgte, was die Beurteilung ihres Wahrheitsgehaltes dem jeweiligen Betrachter überließ.³⁵¹ All diese Versäumnisse erleichtern

³⁴⁸ Pauer 2006, S. 30

³⁴⁹ Bingen 2001b, S. 20

³⁵⁰ Vgl. Vilimek 2007, S. 1-2

³⁵¹ Vgl. Pauer 2006, S. 31

es aber einer Mehrheit der Bevölkerung, sich „der selbstkritischen Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit zu entziehen.“³⁵²

Die Republik Polen schuf den institutionellen Rahmen zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit dagegen erst Ende der 90er Jahre. 1997 verabschiedete das Parlament das ‚Lustrationsgesetz‘ und 1998 das Gesetz über das ‚Institut des Nationalen Gedenkens (IPN)‘ – einer Art polnischer ‚Gauck-Behörde‘, welche die Akten des Staatssicherheitsdienstes sowohl Opfern als auch der Wissenschaft zugänglich machen sollte.³⁵³

Diese im Vergleich zu Tschechien erst mit Verspätung angegangene Problematik ermöglichte es dem kollektiven Gedächtnis der Polen, an der „Tradition der Freiheitskämpfe und der Resistenz gegen äußere Bedrohung im 19. und 20. Jahrhundert“³⁵⁴ festzuhalten und ließ keinen Platz für Gedanken wie Kollaboration und Verrat. Den einzigen Aufarbeitungsversuch Anfang der 90er Jahre wagte die Regierung Olszewski, indem hohe Staatsbeamte sowie Parlamentsabgeordnete einer Untersuchung hinsichtlich ihrer vermeintlichen Aktivitäten als informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit unterzogen wurden. Der Bericht wurde 1992 dem Parlament vorgelegt, hatte aber keine Konsequenzen, außer dass er maßgeblich zum Sturz der Regierung Olszewski beitrug.³⁵⁵

Die Aktivitäten des IPN, welches im Jahr 2000 seine Arbeit endlich aufnehmen konnte, führten in der Öffentlichkeit allmählich zu einem Umdenken. Die Bürger Polens konnten nun in ihre Staatssicherheitsakten Einsicht nehmen und erhielten zusätzlich Informationen zu den für ihre Fälle in Frage kommenden ‚Informellen Mitarbeitern‘ (IM) der Stasi. Noch mehr rückte dieses Problem in den Mittelpunkt des Interesses der Bevölkerung, als Bronislaw Wildstein – ein Publizist einer polnischen Tageszeitung – eine Liste von ca. 160.000 hauptamtlichen, informellen und angeblichen Geheimdienstmitarbeitern im Internet veröffentlichte.³⁵⁶ Das vom IPN der Wissenschaft zur Verfügung gestellte Datenmaterial brachte auch interessante Details zu Tage. So war die Anzahl der IM gegen Ende des Kommunismus am höchsten. Zwar war ihre Anzahl – pro Kopf der Bevölkerung gemessen – niedriger als in der CSSR, allerdings fanden sich darunter auch Mitglieder der Solidarnosc und der katholischen Kirche (deren pro Kopf Anzahl ist mit jenen aus der CSSR vergleichbar), was viele Polen schockierte.³⁵⁷ So tauchten auch Gerüchte auf, der ehemalige

³⁵² Vilimek 2007, S. 2

³⁵³ Vgl. Machcewicz 2006, S. 1

³⁵⁴ Bingen 2001b, S. 19

³⁵⁵ Vgl. Machcewicz 2006, S. 2

³⁵⁶ Vgl. Machcewicz 2006, S. 2-3

³⁵⁷ Vgl. Machcewicz 2006, S. 4

Staatspräsident Lech Walesa habe unter dem Decknamen ‚Bolek‘ in den 1970er Jahren für die Staatssicherheit gearbeitet, was jedoch nie bewiesen werden konnte.³⁵⁸

Durch die Arbeit des IPN konnten bis 2006 30 ehemalige kommunistische Funktionäre wegen begangener Verbrechen – vor allem aus der Zeit der 40er und 50er Jahre – rechtskräftig verurteilt werden. In jüngster Zeit ist die Diskussion um die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit vor allem aufgrund von Aktivitäten der PiS (Forderungen einer verstärkten Dekommunisierung) erneut entbrannt.³⁵⁹

4.2.5 Der Beitritt zur Europäischen Union:

Der EU-Beitritt Polens und Tschechiens am 1. Mai 2004 war für beide Länder wohl die Krönung der Reform- und Reintegrationsbestrebungen in ein vereintes Europa und wird auch als „point of no return“³⁶⁰ verstanden. Bis dorthin allerdings war es ein steiniger Weg, da die Prozesse der Integration und der Transformation fast gleichzeitig abliefen und somit den Druck nach notwendigen Reformen noch verstärkten. Nach der Wende 1989 war die Euphorie über die Aussicht auf eine Rückkehr nach Europa groß, sie ist jedoch bald darauf „einer wachsenden Unzufriedenheit über die Dauer und die Folgen dieses Prozesses gewichen.“³⁶¹ Dafür waren vor allem die langwierigen Beitrittsverhandlungen, die 1998 mit Polen und Tschechien aufgenommen wurden, verantwortlich, denn im Laufe der Jahre „wurden die Hürden für den Beitritt immer höher geschraubt.“³⁶² Dies war auch eine Folge der Skepsis der westeuropäischen Staaten über die Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer. Zusätzlich mischten sich im Osten „insbesondere bei den Verlierern des schwierigen und oft mühevollen Transformationsprozesses antiwestliche mit antieuropäischen Ressentiments.“³⁶³ Von der mittelosteuropäischen Bevölkerung wurden die Vorgaben der EU zudem als „erniedrigendes Diktat aus Brüssel“³⁶⁴ empfunden und keineswegs als das Ergebnis der Verhandlungen zweier gleichberechtigter Partner. Dies alles führte zum Erstarken antieuropäischer Parteien in den Kandidatenländern und damit zu einer Verschärfung der Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern des bevorstehenden EU-Beitritts.

³⁵⁸ Vgl. Raben 2005, S. 2

³⁵⁹ Vgl. Machcewicz 2006, S. 3 und 4; Raabe 2005b, S. 5

³⁶⁰ Wagner 2006, S. 52

³⁶¹ Mildnerberger 2002, S. 3

³⁶² Ackermann 2001, S. 4

³⁶³ Ackermann 2001, S. 5

³⁶⁴ Mildnerberger 2002, S. 4

Direkt nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen herrschte ein riesiger Enthusiasmus. 75 bis 80% der Menschen in Polen und Tschechien waren grundsätzlich für einen Beitritt zur ‚Europäischen Union‘. Die meisten Polen waren für eine sofortige Integration während die tschechische Bevölkerung teils für einen sofortigen und teils für einen mittelfristigen Beitritt plädierte. Letztere Haltung brachte vor allem die Sorge um die Einschränkung der eben erst wieder gewonnenen, nationalen Souveränität zum Ausdruck. Dies hatte zur Folge, dass sich bis 1997 nur mehr unter 50% der Tschechen für einen Beitritt aussprachen, während dieser Prozentsatz in Polen immer noch bei hohen 60 bis 70% lag. Korruptionsskandale und ein Reformstau in Tschechien sowie ein wirtschaftlicher Einbruch in Polen Ende der 90er Jahre schürten die Skepsis gegenüber der EU weiter und ließen die Zustimmungswerte für einen Beitritt in Polen abfallen (1998: 61%, 1999: 55%, 2000: 52%) bzw. in Tschechien auf niedrigem Niveau stagnieren (1998: 55%, 1999: 56%, 2000: 55%). Das Bekenntnis der EU 2001 zu einem Beitritt der beiden Staaten im Jahre 2004 sowie die Durchbrüche bei hart umkämpften Verhandlungskapiteln führten dann ab 2001 wieder zu einem deutlichen Anstieg der Befürworter eines EU-Beitritts (Polen: 2001: 59%, 2002: 69%; Tschechien: 2001: 68%, 2002: 71%).³⁶⁵

„Seit der Mitte der 1990er Jahre (...) [war] die Vorbereitung auf den EU-Beitritt der wichtigste Bestimmungsfaktor für weite Felder der polnischen Politik (...). Die europäische Integration Polens war – wie jene der anderen mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten – ein viel umfassenderer, schwierigerer und länger dauernder Prozess, als dies von vielen ursprünglich erwartet wurde.“³⁶⁶ 1991 wurde zwischen der EG und Polen sowie Tschechien das ‚Europaabkommen‘ geschlossen, welches die Option auf eine zukünftige Mitgliedschaft eröffnete.

Nach dem Start der Beitrittsverhandlungen 1998 trat in Polen die paradoxe Situation ein, dass die AWS als Regierungspartei die Verhandlungen mit der EU führte und das Land einem schmerzlichen Reformprozess unterwarf, gleichzeitig aber ihr antieuropäischer Flügel im Sejm den Beitritt als Ausverkauf Polens brandmarkte. Diese Diskrepanz war mit ein Grund, die Begeisterung vieler Polen für einen Beitritt zu schmälern und Ängste zu schüren. Die EU-Integration „wurde vor allem von den ‚Reformverlierern‘ abgelehnt, also (...) von älteren Bürgern, Menschen mit niedrigem Schulabschluss und/oder geringem Einkommen.“³⁶⁷ Sorgen bereitete der polnischen, ländlichen Bevölkerung auch der landwirtschaftliche Strukturwandel. Man befürchtete, die „polnische Landwirtschaft werde unter dem Druck der

³⁶⁵ Vgl. Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 189-191

³⁶⁶ Bulicz/Merli 2006, S. 169

³⁶⁷ Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 195

europäischen Konkurrenz kollabieren.“³⁶⁸ Dies bewahrheitete sich aber nicht, denn es „stellte sich (...) heraus, dass gerade diese Gruppe am meisten von der ersten Phase der Mitgliedschaft profitieren konnte. [Denn d]ie Einkommen der Bauern sind [aufgrund der Direktzahlungen aus dem EU- sowie dem polnischen Budget] beträchtlich gestiegen“³⁶⁹. Diese Skepsis nutzte vor allem den populistisch-radikalen Parteien (LPR, Samoobrona), die ihre größten Wahlerfolge 2001 und 2005 feiern konnten. Aber auch die populistische PiS nutzte die noch negative Stimmung im Land um die SLD geführte Regierung für deren Verhandlungsführung zu kritisieren, indem sie Premier Miller vorwarf, die polnischen nationalen Interessen seien für diesen eine leicht verkäufliche Ware³⁷⁰. Ende 2002 gelang es dann der Regierung Miller, die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abzuschließen. Nun galt es nur noch die polnische Bevölkerung hinsichtlich des bevorstehenden Referendums im Juni 2003 zur Zustimmung zu einem EU-Beitritt zu bewegen. Fraglich war weniger das ‚Ja‘ der Polen als vielmehr, ob die Referendumsbeteiligung die erforderliche 50% Marke erreichen würde. Beides konnte jedenfalls dank der Unterstützung des Papstes, der sich vehement für den Beitritt aussprach, erreicht werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,9% und 77,5% der Polen stimmte für den EU-Beitritt.

„Nach dem Beitritt (...) zerstreuten sich die Ängste der Gesellschaft recht schnell. Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich, die Arbeitslosigkeit ging allmählich zurück, (...) die polnische Landwirtschaft kam gut auf dem EU-Markt zurecht“³⁷¹ und auch 2005 befürworteten immer noch über 70% der polnischen Bevölkerung³⁷² die Mitgliedschaft in der EU. Trotz alledem zählt Polen – vor allem seitens der Parteien – nach wie vor zu den eurokritischeren Ländern innerhalb der EU (siehe Kapitel 4.2.2.5).

Die Tschechische Republik stellte 1996 den offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in der ‚Europäischen Union‘. Die Zustimmung zur Integration des Landes in die EU war bis Ende der 1990er Jahre relativ niedrig. Dies beruhte aber nicht auf einer mangelnden europäischen Identität – vielmehr sahen die Tschechen ihr Land immer schon als integralen Bestandteil Europas. Die Kritik richtete sich vorwiegend gegen den Bürokratismus und die angebliche Ineffektivität der EU und im Gegensatz zu Polen waren EU-skeptische Parteien hierzulande schon lange präsent.³⁷³ Für viele Tschechen stellten zudem die Ängste vor einer Überfremdung aus dem Osten und einer steigenden Kriminalitätsrate wichtige Faktoren in

³⁶⁸ Mildenerger 2002, S. 4

³⁶⁹ Kawecka-Wyrzykowska 2006, S. 281

³⁷⁰ Vgl. Mildenerger 2002, S. 5

³⁷¹ Kucharczyk 2007, S. 3

³⁷² Vgl. Raabe 2005b, S. 5

³⁷³ Vgl. Mildenerger 2002, S. 6

ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einem EU-Beitritt dar. Die „EU-Gegner setzten sich zunehmend [auch] aus Reformkritikern zusammen (...) [, welche] die unverhüllten Bereicherungspraktiken der tschechischen Politiker“³⁷⁴ anprangerten.

In der tschechischen Europapolitik vor dem EU-Beitritt unterscheidet Vodicka zwei Strömungen unter den Befürwortern einer Integration. Einerseits gab es ab 2002 die Regierungskoalition (CSSD, KDU-CSL und US-DEU), für die der Beitritt eine wichtige Priorität darstellte und die sich nachhaltig für selbigen einsetzte, andererseits die ODS, die sich zwar ebenso für eine tschechische Mitgliedschaft aussprach, gleichzeitig aber unverhohlen Kritik am Beitrittsprozess übte.³⁷⁵ „Im Unterschied (...) zur wertkonservativen Kritik der polnischen Europa-Skeptiker an einem ‚Europa des Kapitals‘ verw[a]rfen die tschechischen Bürgerlichen Demokraten [(ODS)] das westeuropäische Sozialstaatsmodell und die Brüsseler Bürokratie als schädlich für den Aufbau einer ‚Marktwirtschaft ohne Adjektive‘“³⁷⁶ (siehe Kapitel 4.2.1.2). Dadurch kam es in Tschechien bis 2002 zu einer ähnlich paradoxen Situation wie in Polen unter der AWS-Regierung. Zwar kritisierte die ODS den Beitrittsprozess, gleichzeitig trug sie jedoch die Entscheidungen der CSSD-Regierung aufgrund des ‚Oppositionsvertrages‘ mit. Einen entschiedenen Anti-EU-Kurs verfolgte dagegen die kommunistische KSCM. Sie schürte Ressentiments, indem sie „vor einem von Deutschland dominierten ‚Europa des Kapitals‘, in de[m] die Tschechische Republik nur noch den Status einer Kolonie und eines Absatzmarktes haben werde“³⁷⁷, warnte.

Doch ab 2001 stiegen die Umfragewerte für einen EU-Beitritt plötzlich wieder an und beim Referendum stimmten sogar 77% der tschechischen Wahlberechtigten für den Beitritt. Im Unterschied zu Polen gab es in Tschechien kein Beteiligungsquorum, die Wahlbeteiligung lag bei niedrigen 55%. Insgesamt konnte „ein weitreichender gesellschaftlicher Konsens erreicht werden. Für den EU-Beitritt stimmten mehrheitlich Bürger aller Berufs- und Altersgruppen, aller Regionen und aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten). Die entschiedensten Befürworter waren mit 92% die Anhänger der US-DEU, gefolgt von der ODS mit 86%, der KDU-CSL mit 84% und der CSSD mit 82%. Die Anhänger der KSCM stimmten demgegenüber mit 63% mehrheitlich gegen den EU-Beitritt.“³⁷⁸

Mit dem Beginn der EU-Mitgliedschaft im Jahr 2004 war das Hauptziel der tschechischen Außenpolitik der vorangegangenen 15 Jahre – die europäische Integration – endlich erreicht. Trotzdem gibt es weiterhin europaskeptische Stimmen; vor allem in Gestalt von

³⁷⁴ Franzen/Haarland/Niessen 2005, S. 196

³⁷⁵ Vgl. Vodicka 2004, S. 280

³⁷⁶ Mildenerger 2002, S. 6

³⁷⁷ Mildenerger 2002, S. 7

³⁷⁸ Vodicka 2004, S. 281

Staatspräsident Vaclav Klaus, der sogar seine eigene Partei (ODS) als zu europafreundlich kritisierte.

4.3 Die Konsolidierung der Demokratie in Polen und Tschechien:

Für Wolfgang Merkel stellt der ‚Bertelsmann Transformation Index‘ (BTI) von „allen internationalen Demokratie-Rankings (...) die verlässlichsten, transparentesten und ausdifferenziertesten Daten bereit.“³⁷⁹ In seinem Artikel ‚Gegen alle Theorie – Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa‘ nimmt er sein ‚Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung‘ als Referenzkonzept und verwendet die Daten des BTI zur Beurteilung des Konsolidierungsstandes der Demokratien Mittelosteuropas. Die Skalen des BTI reichen vom niedrigsten Wert 1 bis zum höchsten Wert 10, der für eine stabile rechtsstaatliche Demokratie steht und zugleich jenen durchschnittlichen Wert repräsentiert, den die meisten EU-15 Mitgliedsstaaten vor 2004 erzielt hätten.³⁸⁰

Für den Konsolidierungsstand der einzelnen Ebenen seines Modells zieht Merkel nun folgende BTI-Kriterien und Indikatoren heran.³⁸¹

- Konstitutionelle Konsolidierung: BTI-Kriterien ‚Rechtsstaatlichkeit‘ und ‚Stabilität demokratischer Institutionen‘
- Repräsentative Konsolidierung: BTI-Indikatoren ‚Parteiensystem‘ und ‚Verbände und Interessensgruppen‘
- Verhaltenskonsolidierung: BTI-Indikator ‚Vetomächte‘
- Konsolidierung der Bürgergesellschaft: BTI-Indikatoren ‚Demokratischer Konsens‘ und ‚Gesellschaftliche Selbstorganisation‘

Ich übernehme nun Merkels plausible Vorgehensweise und ersetze seine Daten durch aktuelle Werte³⁸². Das ergibt folgende Konsolidierungszustände:

Konstitutionelle Konsolidierung: Im Bereich der ‚Rechtsstaatlichkeit‘ verfügt Tschechien über einen BTI-Wert von 9,3 und Polen über einen von 8,8. Ähnlich verhält es sich beim Kriterium ‚Stabilität demokratischer Institutionen‘ (Tschechien: 9,5; Polen: 8,5). Trotz schlechterer Ergebnisse für Polen können in diesen beiden Ländern „die wichtigsten politischen Institutionen als konsolidiert gelten.“³⁸³

³⁷⁹ Merkel 2007, S. 417-418

³⁸⁰ Vgl. Merkel 2007, S. 418

³⁸¹ Vgl. Merkel 2007, S. 419-422

³⁸² Vgl. Bertelsmann Transformation Atlas (BTA) 2008

³⁸³ Merkel 2007, S. 418

Repräsentative Konsolidierung: Auch die Werte für die Indikatoren ‚Parteiensystem‘ (Tschechien: 9; Polen: 5) und ‚Verbände und Interessensgruppen‘ (Tschechien und Polen: 9) deuten auf eine – wenn auch wie im Falle Polens schwächere – Konsolidierung hin. Der niedrige Wert für Polens Parteiensystem ergibt sich aus dessen Instabilität und Fragilität sowie der immer noch relativ schwachen Verwurzelung in der Bevölkerung. Zeichnete sich Ende der 1990er Jahre eine Periode der Konsolidierung des Parteiensystems ab, so folgte doch bald darauf eine erneute Zersplitterung. Mittlerweile scheint es allerdings wieder zu einer Stabilisierung der Parteienlandschaft gekommen zu sein (siehe Kapitel 4.2.4.1 => Parteien).

Verhaltenskonsolidierung: Hier erreicht Tschechien beim Indikator ‚Vetomächte‘ einen Wert von 10 und Polen einen von 8. Polens Ergebnis ist laut Bertelsmann Transformation Atlas (BTA) 2008 das Resultat einer schlechten Performance der Regierungen bei der Bewerbung vor allem der ökonomischen Reformen sowie noch immer vorhandener Schwierigkeiten bei der Implementierung demokratischer Willensbildung. Dies stärkte vorhandene Vetomächte und führte zu guten Ergebnissen der LPR und Samoobrona bei den Parlamentswahlen 2001 und 2003. Mittlerweile sind beide Parteien (seit 2007) allerdings nicht mehr im Parlament vertreten. Da auch das Militär „als klassischer Vetoakteur (...) in Osteuropa keine vergleichbar demokratiegefährdende Rolle wie in Lateinamerika oder Südostasien“³⁸⁴ spielte und wie sich anhand der Werte des BTA aufzeigen lässt, gilt diese Ebene ebenfalls als konsolidiert.

Konsolidierung der Bürgergesellschaft: Hier weisen die Werte für die Indikatoren ‚Demokratischer Konsens‘ (Tschechien: 10; Polen: 8) und ‚Gesellschaftliche Selbstorganisation‘ (Tschechien und Polen: 8) die beiden Länder „als demokratiekompatibel“³⁸⁵ aus.

Auch die BTI-Ländergutachten aus dem Jahre 2003 kamen schon zu einem ähnlichen Ergebnis. In Tschechien ist die Konsolidierung der Demokratie abgeschlossen, das Parteiensystem ist stabil und wichtige Institutionen der Marktwirtschaft haben sich etabliert.³⁸⁶ Einen wichtigen Beitrag dazu lieferte vor allem die Aussicht auf einen baldigen EU-Beitritt des Landes. Auch erwiesen sich die Ausgangsbedingungen in Tschechien als besonders günstig, da die Mehrheit der Bevölkerung der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft positiv gegenüberstand. Heute wird die demokratische Verfassung „von der

³⁸⁴ Merkel 2007, S. 420

³⁸⁵ Merkel 2007, S. 421

³⁸⁶ Vgl. BTI-Ländergutachten Tschechien 2003, S. 20

überwältigenden Mehrheit der politischen Eliten und der Bevölkerung als alternativlos angesehen.“³⁸⁷ Kritisiert werden unter anderem die mangelnde Schnelligkeit und Effizienz der Justiz, die starke Parteienzentriertheit der Politik, die ungenügende Ausprägung der Kommunikationsverbindungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie die nachlassende Partizipation der Bürger an der politischen Willensbildung.³⁸⁸

In Polen waren die Ausgangsbedingungen unterschiedlich. Zwar gab es einen Konsens zwischen alten und neuen Eliten über die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft, aber der langwierige Parteienbildungsprozess sowie der Verfassungsdisput behinderten in den 90er Jahren die politische Konsolidierung.³⁸⁹ Der wirtschaftliche Umbau dagegen ging zügig voran. Heute arbeiten die demokratischen Institutionen „weitgehend effektiv und effizient“³⁹⁰ und durch die Verfassung von 1997 konnten die bis dahin immer wieder auftretenden Konflikte zwischen Staatspräsident, Regierung und Parlament geklärt werden. Insgesamt wird die Transformation als bisher gelungen bezeichnet, was auch durch die steigenden Werte einer Zustimmung zur Demokratie als Staatsform untermauert wird. Kritisiert werden die geringen Wahlbeteiligungen sowie die Abschwächung der zivilgesellschaftlichen Traditionen aus der Zeit des Systemwechsels. Damit es zu einer stärkeren Konsolidierung der Demokratie kommen kann, werden eine Verbesserung der politischen Zusammenarbeit der reformorientierten Parteien sowie eine bessere Vermittlung der Reformmaßnahmen an die Bevölkerung gefordert.³⁹¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Polen und Tschechien einer größeren Gruppe von osteuropäischen Staaten angehören (wie etwa Slowenien, Estland, Ungarn,...), die als konsolidiert gelten muss.³⁹² Laut BTA 2008 verfügt Tschechien über einen ‚Democracy Status‘ von 9,6 und Polen über einen ebensolchen von 8,8. Damit rangiert Tschechien hinter Slowenien auf Platz zwei der osteuropäischen Transformationsländer – so wie auch schon 2006. Polen jedoch verlor gegenüber 2006 zwei Plätze und rutschte auf Rang acht ab. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen erschien das System der ‚checks and balances‘ in etwas schiefem Licht, da Präsident und Premierminister – wenn auch nur für kurze Zeit – aus derselben Partei stammten (und noch dazu Zwillingsbrüder waren). Dies änderte sich allerdings 2007 mit der Wahl Donald Tusks zum Ministerpräsidenten wieder. Zum anderen

³⁸⁷ BTI-Ländergutachten Tschechien 2003, S. 9

³⁸⁸ Vgl. BTI-Ländergutachten Tschechien 2003, S. 20

³⁸⁹ Vgl. BTI-Ländergutachten Polen 2003, S. 16

³⁹⁰ BTI-Ländergutachten Polen 2003, S. 4

³⁹¹ Vgl. BTI-Ländergutachten Polen 2003, S. 18

³⁹² Vgl. Merkel 2007, S. 422

bescherten vor allem Korruption und interne Politstreitereien Polen einen niedrigeren Wert als noch 2006.

Was die Konsolidierung der Marktwirtschaft betrifft, so verfügt Tschechien laut BTA 2008 über einen ‚Market Economy Status‘ von 9,6 und belegt damit im Moment Rang eins unter den osteuropäischen Staaten (2006: Rang 3). Hier rangiert Polen – wie schon 2006 – auf Platz sieben mit einem Wert von 8,7. Somit befinden sich beide Staaten – was den Konsolidierungsgrad von Demokratie und Marktwirtschaft angeht – noch nicht auf westeuropäischem Niveau. Um dieses zu erreichen, ist noch einiges an Verbesserungsbedarf gegeben, aber insbesondere die Tschechische Republik kommt diesen Standards schon relativ nahe.

5 Zusammenfassung:

Der Umbruch in Osteuropa kam für die meisten Experten überraschend. Eine wichtige – wenn nicht die wichtigste – Rolle dabei spielte Polen, wo eine Massenbewegung in Gestalt der Solidarnosc fast ein Jahrzehnt lang für mehr Rechte und Mitsprachemöglichkeiten kämpfte. Dies führte 1989 zu den Gesprächen am ‚Runden Tisch‘, dem darauf folgenden Systemwechsel und in weiterer Folge zu einer Kettenreaktion in ganz Osteuropa. Im Zuge derer erfolgte auch der Machtwechsel in der Tschechoslowakei.

Dabei unterschieden sich die Übergänge zur Demokratie in Osteuropa teilweise gravierend zu jenen der restlichen dritten Demokratisierungswelle (siehe Kapitel 3.1.1), weshalb dieser Vorgang – meiner Meinung nach zurecht – von einigen Autoren (etwa Von Beyme 1994) auch als vierte Demokratisierungswelle bezeichnet wird. Der wesentlichste Unterschied bestand jedoch im – auf Osteuropa zutreffenden – ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit‘ (siehe Kapitel 3.1.2), das vor allem die gleichzeitige Implementierung von Demokratie und Marktwirtschaft betraf.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems in den Ländern Osteuropas hatte eine gemeinsame Ursachenkette (siehe Kapitel 3.2). Einer wirtschaftlichen Ineffizienz folgte eine Legitimationskrise der herrschenden Eliten. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki und ihre darin festgeschriebene Garantie der Menschenrechte riefen zahlreiche Dissidentenbewegungen auf den Plan, die ebendiese auch einforderten. Schließlich ermöglichte das Abgehen von der Breschnew-Doktrin durch Gorbatschow einen Dominoeffekt, der die osteuropäischen Regime – von Polen angefangen – der Reihe nach kollabieren ließ. Der Transformationspfad (siehe Kapitel 3.4), der dabei in den einzelnen Ländern eingeschlagen wurde, war vor allem von den Strategien der jeweiligen politischen Akteure abhängig. So erfolgte der Systemwechsel in der CSSR durch einen (von unten erzwungenen) Regimekollaps (siehe Kapitel 4.1.2), während er in Polen zwischen der Opposition und den alten Eliten ausverhandelt wurde (siehe Kapitel 4.1.1). Voraussetzung für den polnischen Weg war eine vorangegangene Liberalisierungsstrategie der kommunistischen Eliten, die sich in wirtschaftlichen Reformversuchen und einer zunehmend liberaleren Haltung gegenüber der Solidarnosc sowie der katholischen Kirche äußerte. In der CSSR dagegen regierten bis 1989 die Hardliner innerhalb der kommunistischen Staatspartei. Diese beantworteten die Vorkommnisse des ‚Prager Frühlings‘ 1968 mit einer Repressionsstrategie, indem sie unter anderem auch die Partei von reformbereiten Kräften säuberten und kaum ökonomische Reformen zuließen. Zusätzlich konnten die Dissidenten der Charta 77 keine

solche Fähigkeit zur Massenmobilisierung entwickeln, wie dies in Polen durch die Aktivität der Gewerkschaft Solidarnosc möglich war. Beide Oppositionsbewegungen verfolgten die gleichen Ziele – nämlich die Rückeroberung eines staatsfreien Raumes für eine gesellschaftliche Selbstorganisation. Doch während dies in Polen mit politischen Forderungen und einer Mobilisierung – vor allem – der Arbeiterschaft verbunden war, konnten sich die Dissidenten der Charta 77 ‚nur‘ als moralische Alternative präsentieren. So dauerte der polnische Transitionsprozess – der als der evolutionärste in ganz Osteuropa gilt – ungefähr ein Jahrzehnt, während er in der Tschechoslowakei binnen kürzester Zeit über die Bühne ging.

Bei den Verhandlungen am ‚Runden Tisch‘ machten die Vertreter der Solidarnosc den Kommunisten dann weitreichende Zugeständnisse bis hin zur Beteiligung an der Macht nach erfolgtem Systemwechsel. Dieser Umstand und Mazowieckis Politik des Schlusstrichs sorgten dann auch für den verspäteten Beginn einer Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit (siehe Kapitel 4.2.4.3), indem der institutionelle Rahmen dafür erst Ende der 90er Jahre geschaffen wurde. In der CSSR kam es kaum zu Zugeständnissen an die Kommunisten während des Übergangs. Die Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit setzte schon Anfang der 90er Jahre mit den ersten legislativen Regelungen ein, denen allerdings eine inkonsequente Durchführung nachfolgte.

Nach der Wende 1989 wurden die Galionsfiguren der Opposition – Lech Walesa und Vaclav Havel – zu den ersten frei gewählten Staatspräsidenten ihrer Länder. Allerdings fungierte Havel in Tschechien durch seine internationale Reputation als einigende Kraft, während die polarisierende Persönlichkeit Walesas zu einem lange andauernden permanenten Machtkampf zwischen den Institutionen führte. Gemeinsam war hingegen beiden Ländern der Zerfall der Oppositionsbewegungen (Solidarnosc und Bürgerforum) aufgrund ihrer Heterogenität bald nach den ersten freien Wahlen.

Sowohl in Polen als auch in der Tschechischen Republik setzte man nach 1989 auf strikte Wirtschaftsreformen. Während dieser Kurs in Polen weitestgehend beibehalten wurde (siehe Kapitel 4.2.1.1), war jener in Tschechien von gradualistischen Tendenzen geprägt (siehe Kapitel 4.2.1.2). Trotz verschiedenster Probleme zählen beide Länder jedoch bei der Etablierung und Konsolidierung der marktwirtschaftlichen Strukturen zur Avantgarde der Transformation in Osteuropa.

Beide Staaten gaben sich im Zuge des Systemwechsels rechtsstaatlich-demokratische Verfassungen (siehe Kapitel 4.2.2.1 und 4.2.3.1). Doch während die Institutionalisierungsphase in Polen bis in das Jahr 1997 dauerte, war sie in Tschechien bereits Ende 1992 abgeschlossen. Die Wahl der Staatspräsidenten (siehe Kapitel 4.2.2.2 und 4.2.3.2)

in Polen und Tschechien erfolgt auf unterschiedliche Weise, jedoch entwickelten sich in beiden Staaten sogenannte Arbeitsparlamente (siehe Kapitel 4.2.2.3 und 4.2.3.3). Bis 1993 durchliefen beide Länder eine Art ‚Übergangsphase‘. In der CSSR standen zu dieser Zeit die unterschiedlichen Auffassungen über die Reformen im Mittelpunkt, die schlussendlich zur Trennung der beiden Landesteile führten. In Polen dagegen äußerte sich diese Phase in einem extrem zersplitterten Parteienspektrum, das es fast unmöglich machte, eine stabile Regierung zu bilden. Erst durch ein neues Wahlgesetz gelangte man nach den Wahlen von 1993 wieder zu stabilisierenden Mehrheitsverhältnissen. Unterschiedlich setzten die Parlamente ihr stärkstes Kontrollinstrument – das Misstrauensvotum – ein. Wurden in Polen gleich mehrere Regierungen dadurch zu Fall gebracht, so geschah dies in Tschechien erstmals 2009. Symptomatisch für Polen ist die Tatsache, dass bisher jede Parlamentswahl zu einer Regierungsübernahme neugegründeter oder bis dahin oppositioneller Parteien führte (siehe Kapitel 4.2.2.4). Demgegenüber gab es in Tschechien zumindest zwei Phasen der Regierungstätigkeit ein und derselben Partei (ODS: 1992 bis 1998, CSSD: 1998 bis 2006) über zwei Legislaturperioden (siehe Kapitel 4.2.3.4).

Unterschiedlich entwickelten sich die beiden Parteiensysteme (siehe Kapitel 4.2.2.5 und 4.2.3.5). Während sich die gegenwärtige polnische Parteienlandschaft aus einem ‚rechten‘ Post-Solidarnosc-Lager und einem größtenteils postkommunistischen linken Lager zusammensetzt, etablierten sich in Tschechien zwei diesem Trend zuwiderlaufende Parteien. Zum einen die CSSD, die schon im 19. Jahrhundert gegründet wurde und nach der Wende wieder entstanden ist und zum anderen die KSCM, die sich nicht in eine sozialdemokratische Partei transformierte und so in Tschechien als (extreme) Linke agiert.

Erste zivilgesellschaftliche Ansätze (siehe Kapitel 4.2.4.2) entstanden 1968 und offen agierende Dissidentenbewegungen – wie das KOR in Polen und die Charta 77 in der CSSR – in den 70er Jahren. Die päpstliche Visite Johannes Pauls II 1979 war dann der Anstoß für das Entstehen einer Bürgergesellschaft in Polen, der in offenen Aktivitäten (fast) aller gesellschaftlichen Gruppen mündete. Demgegenüber formierte sich eine starke Zivilgesellschaft in der CSSR erst infolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Alleinherrschaft, denn dort waren zivilgesellschaftliche Ansätze davor größtenteils nur auf intellektueller Ebene vorhanden. Nach dem Systemwechsel gingen in beiden Ländern – vor allem aufgrund der Enttäuschung über die nun herrschenden politischen Eliten – die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wieder zurück. Die katholische Kirche spielte im Transformationsprozess in Tschechien nur eine untergeordnete Rolle, ganz im Gegensatz zu Polen, wo sie den wichtigsten Rückhalt für die politische Opposition in den 80er Jahren

darstellte und auch in die Gespräche am ‚Runden Tisch‘ maßgeblich involviert war. Generell muss für Polen und Tschechien konstatiert werden, dass die Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung im Vergleich zu Westeuropa noch wenig ausgeprägt ist.

Der EU-Beitritt beider Staaten 2004 (siehe Kapitel 4.2.5) war ein Meilenstein, auch wenn es sich bis dorthin um einen beschwerlichen Weg handelte. Die langwierigen Beitrittsverhandlungen und eine sich einstellende Skepsis vieler westeuropäischer Staaten über die Beitrittsfähigkeit führten in Osteuropa generell zu einem Zulauf zu antieuropäischen Parteien und die Zustimmungswerte zur ‚Europäischen Union‘ fielen auch deshalb in Polen und Tschechien bis Ende der 90er Jahre auf nur mehr knapp über 50 Prozent. Erst als der Beitritt in greifbare Nähe rückte, stiegen die Werte wieder an und kumulierten in beiden Ländern in einer eindeutigen Zustimmung zum EU-Beitritt.

Sowohl in Polen als auch in Tschechien sind die politischen und marktwirtschaftlichen Systeme konsolidiert. Im ersten Fall gilt dies für alle vier Ebenen nach Merkels ‚Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung‘, auch wenn das Parteiensystem in Polen immer noch auf wackeligen Beinen steht und eine umfassende Konsolidierung der Bürgergesellschaften noch Jahrzehnte dauern kann (siehe Kapitel 2.4.3.1 bis 2.4.3.4 und 4.3). Zusammenfassend kann nur noch gesagt werden, dass der Verlauf der Transformation in beiden Ländern eine Erfolgsgeschichte (siehe Kapitel 3.5) darstellt, auch wenn für eine Konsolidierung auf westeuropäischem Niveau noch einiges zu tun ist.

6 Anhang:

6.1 Die 21 Forderungen von Danzig³⁹³:

1. Anerkennung freier, unabhängiger Gewerkschaften
2. Streikrecht und Sicherheitsgarantie für Streikende und deren Angehörige
3. Gewährleistung der Rede-, Druck- und Publikationsfreiheit
4. Wiedereinstellung aller entlassenen Streikenden und Freilassung aller politischen Häftlinge
5. Medienberichte über Entstehung und Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees
6. Wirtschaftsreformen und Information über die tatsächliche Lage im Lande
7. Lohnfortzahlung während der Streikzeit
8. Lohnerhöhung um 2000 Złoty monatlich als Entschädigung für Preiserhöhungen
9. Automatische Lohnerhöhung entsprechend den Preiserhöhungen und der Inflationsrate
10. Volle Lebensmittelversorgung für Polen, Export nur von Überschüssen
11. Kauf mit westlichen Währungen in Devisenläden ist nicht mehr zugelassen
12. Anstellung für Leitungsposten nur noch nach Kompetenz und nicht nach der Parteizugehörigkeit
13. Fleisch und Fleischprodukte sollen zunächst auf Lebensmittelmarken verkauft werden
14. Rentenalter für Frauen soll auf 55 Jahre, für Männer auf 60 Jahre herabgesetzt werden
15. Erhöhung der Renten für sog. Altrentner auf das Niveau von aktuellen Renten
16. Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Medizinbereich für eine bessere medizinische Versorgung der Bevölkerung
17. Kinderkrippen- und Kindergartenplätze für alle Kinder arbeitender Frauen
18. Einführen des Erziehungsurlaubs mit 100% Lohnzahlung für 3 Jahre
19. Kürzung der Wartezeiten für den Erwerb einer neuen Wohnung
20. Spesen für Arbeit außerhalb des Wohnorts von 40 auf 100 Zlotys täglich erhöhen
21. Einführung arbeitsfreier Samstage

³⁹³ Quelle: <http://www.das-polen-magazin.de/2009/02/die-21-forderungen-der-solidarnosc/>

6.2 Zitierweise:

- Wörter, Phrasen oder ganze Sätze zwischen zwei Anführungszeichen („Text“) sind wörtlich zitierte Passagen eines Autors mit einer Fußnote am Ende des Zitats. Im Fußnotentext sind Autor, Jahreszahl und eine Seitenangabe enthalten.
- (...) : Kennzeichnet eine Stelle in einem wörtlichen Zitat, die vom Verfasser dieser Diplomarbeit ausgelassen wurde.
- [Text] : Kennzeichnet eine Stelle in einem wörtlichen Zitat, die vom Verfasser dieser Diplomarbeit eingefügt wurde.
- *zitiert nach* : Diese Phrase findet sich im Fußnotentext, wenn das wörtliche Zitat eines Autors von einem anderen Autor übernommen wurde.
- Fußnoten ohne vorhergehende Anführungszeichen bedeuten, dass der Gedanke bzw. Gedankengang vom betreffenden Autor übernommen wurde. Im Fußnotentext ist dem Autor, der Jahreszahl und der Seitenangabe ein ‚Vgl.‘ (Vergleiche) vorangesetzt. Der übernommene Gedanke bzw. Gedankengang kann sich dabei über eine Phrase, einen oder mehrere Sätze oder sogar einen ganzen Absatz erstrecken. Befindet sich eine solche Fußnote am Ende einer Überschrift, bedeutet dies, dass der komplette Abschnitt inhaltlich vom angegebenen Autor übernommen wurde.

6.3 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis:

Abbildung 1: Transformation mit und ohne Elitenübereinkünfte	32
Abbildung 2: Systemwechsel - Vom autokratischen System zur Demokratie.....	35
Abbildung 3: Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung	41
Abbildung 4: Staatssozialistische Antworten auf die Krise in Osteuropa 1989	56
Tabelle 1: Merkmale demokratischer, autoritärer und totalitärer Systeme	15
Tabelle 2: Wirtschaftsreformen 1990-2002	74
Tabelle 3: Regierungen der Republik Polen	84
Tabelle 4: Regierungen der Republik Tschechien	95

6.4 Literaturverzeichnis:

- Ackermann, Ulrike: Ein samtener Vorhang vor der Osterweiterung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15/2001 - Mitteleuropa). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 3-5.
- Agh, Attila: The Politics of Central Europe. London 1998.
- Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 537, Bonn 2005.
- Anheier, Helmut: Civil Society. Measurement and Policy Dialogues. London 2004.
- Banaszak, Boguslaw: Zur Diskussion über die zweite Parlamentskammer in Polen. In: WGO Monatshefte für Osteuropäisches Recht 36. 1994, S. 287-296, zitiert nach: Ziemer, Klaus; Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Leske u. Budrich, Opladen 2004, S. 189-246.
- Baravalle, Andreas: Das politische System der Tschechischen Republik und die Rolle der ehemaligen Dissidenten nach 1989. Proseminararbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Sommersemester 2007.
- Baravalle, Andreas: Die Rolle der Solidarnosc am Systemwechsel und im Transformationsprozess in Polen. Seminararbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Sommersemester 2008.
- Bertelsmann Transformation Index (BTI): Ländergutachten Polen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2003.
http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/Polen.pdf
(04.08.2009)
- Bertelsmann Transformation Index (BTI): Ländergutachten Tschechien. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2003.
http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/Tschechien.pdf
(04.08.2009)
- Bertelsmann Transformation Index (BTI): Bertelsmann Transformation Atlas (BTA). Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2008.
<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/atlas.0.html> (04.08.2009)

- Bingen, Dieter: Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde. Verlag Bonn Aktuell, Landsberg am Lech 1998.
- Bingen, Dieter: Tausend Jahre wechsellvoller Geschichte. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 273). Polen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001a.
http://www.bpb.de/publikationen/00557823048780774195080500255372,0,0,Tausend_Jahre_wechsellvoller_Geschichte.html (14.04.2009)
- Bingen, Dieter: Ausgestaltung der Demokratie. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 273). Polen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001b.
http://www.bpb.de/publikationen/09834400367922260666811910484864,0,0,Ausgestaltung_der_Demokratie.html (14.04.2009)
- Bönker, Frank; Beichelt, Timm; Wielgoß, Jan: Kulturelle Determinanten postsozialistischer Gesellschaftsentwicklung. Ein Diskussionsüberblick. In: Berliner Debatte Initial 15 (2004) 5/6. Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal. Berlin 2004.
- Bozoki, Andras; Ishiyama, John T. (Hrsg.): The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe. Armonk/New York 2002.
- Bruszt, David; Stark, Laszlo: Postsocialist Pathways. Transforming Politics and Property in East Central Europe. Cambridge University Press, Cambridge 1998, zitiert nach: Segert, Dieter: Akteursorientierte Theorien und ihre Dilemmata. Unterlagen zur Vorlesung „Politischer Systemwandel in Osteuropa nach 1989 – Erbe des Staatssozialismus und internationale Einflüsse“ aus dem Sommersemester 2006. VO 7 vom 17.5.2006.
- Bulicz, Natalie; Merli, Franz: Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft und EU-Beitritt. Der Umbau des polnischen Rechts. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.): Das neue Polen in Europa. Studienverlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 165-186.
- Burton, Michael G.; Gunther, Richard; Higley, John: Introduction: Elite Transformations and Democratic Regimes. In: Higley, John; Gunther, Richard (Hrsg.): Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe. Cambridge 1992, S. 1-37, zitiert nach: Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Dauderstädt, Michael: Transformation und Integration der Wirtschaft der postkommunistischen Beitrittsländer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 5-6/2004 – Weg und Bilanz der Transformation in osteuropäischen Staaten). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 15-24.

- Döring, Holger; Rose, Jan: Pfadabhängigkeit und die Machbarkeit von holistischen Reformen. Seminararbeit am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Sommersemester 2002.
- Eberwein, Wolf-Dieter; Groenen, Wil: Transformation Process: The Political Dimension. In: Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.): Transformation Process in Eastern Europe: Perspectives from the modelling laboratory. Frankfurt am Main/Wien u.a. 1992, S. 9-62.
- Fehr, Helmut: Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa. Polen und die Tschechische Republik (1968-2003). In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 5-6/2004 – Weg und Bilanz der Transformation in osteuropäischen Staaten). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 48-54.
- Fiala, Petr: Die katholische Kirche im postkommunistischen Transformationsprozess der Tschechischen Republik. In: Central European Political Studies Review. Part 1, Volume I, Autumn 1999.
<http://www.cepsr.com/tisk.php?ID=138> (28.07.2009)
- Franzen, Wolfgang; Haarland, Hans Peter; Niessen, Hans-Joachim: Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005.
- Franzke, Jochen: Polens Transformationspfad. In: WeltTrends Nr. 27 – Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Sommer 2000, S. 7-24.
- Friedrich, Carl Joachim; Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur. In: Seidel, Bruno; Jenkner, Siegfried (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung. Darmstadt 1968, S. 600-617.
- Fukuyama, Francis: Confucianism and Democracy. In: Journal of Democracy (6) 2. 1995, S. 20-33.
- Gärtner, Heinz: Internationale Sicherheit. Definitionen von A-Z. Wiener Schriften zur Internationalen Politik – Band 9, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005.
- Gehler, Michael: Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa. Ursachen, Verlauf, Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 41-42/2004 – 15 Jahre Mauerfall). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 36-46.
- Huntington, Samuel P.: Political Orders in Changing Societies. New Haven/London 1968.
- Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. London 1991, zitiert nach: (1.) Von Baer, Ena: Die Rolle der

- Vergangenheitsbewältigung im Systemwechsel: Fallbeispiel Chile. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 2004; (2.) Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Leske u. Budrich, Opladen 2004a, S. 9-69.
- Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme der EU-Beitrittsländer im Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 5-6/2004 – Weg und Bilanz der Transformation in osteuropäischen Staaten). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004b, S. 5-14.
- Janos, Andrew C.: East Central Europe in the Modern World: The Politics of the Borderlands from Pre- to Post-Communism. Stanford University Press, Stanford 2000.
- Karl, Terry L.; Schmitter, Philippe C.: Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe. In: International Social Science Journal 128. 1991, S. 269-285.
- Kawecka-Wyrzykowska, Elzbieta: Der EU-Beitritt Polens – erste wirtschaftliche und soziale Effekte. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.): Das neue Polen in Europa. Studienverlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 279-292.
- Kelsen, Hans: Allgemeine Rechtslehre. Berlin/Heidelberg/New York 1925.
- Kucharczyk, Jacek: Die öffentliche Meinung in Polen zur europäischen Integration. In: Polenanalysen Nr. 15. Deutsches Poleninstitut, 21.6.2007, S. 2-4.
<http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen15.pdf> (17.04.2009)
- Lang, Kai-Olaf: Systemtransformation in Ostmitteleuropa. Eine erste Erfolgsbilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15/2001 - Mitteleuropa). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 13-21.
- Linz, Juan; Stepan, Alfred (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes. Baltimore 1978.
- Linz, Juan; Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe. Baltimore 1996, zitiert nach: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Leske u. Budrich, Opladen 1999.
- Lipset, Seymour Martin: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: American Political Science Review (53), 1959, S.69-105.
- Lipset, Seymour Martin: Political Man. The Social Basis of Politics. Baltimore (erweiterte Ausgabe) 1981, zitiert nach: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine

- Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Leske u. Budrich, Opladen 1999.
- Luft, Robert et al.: Tschechische zivilgesellschaftliche Konzepte. Komparative Untersuchungen zu Grundbegriffen des politischen Denkens in Mitteleuropa (Arbeitskonzept). 7. Münchner Bohemisten-Treffen, 7. März 2003 – Exposé Nr. 17. Collegium Carolinum, München 2003.
<http://www.collegium-carolinum.de/fors/texte/2003-17-Luft.pdf> (28.07.2009)
- Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Frankfurt 1986, zitiert nach: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Leske u. Budrich, Opladen 1999.
- Machcewicz, Pawel: Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit – Das Beispiel Polen. Expertenforum des Goethe-Instituts über den Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit, 2006.
<http://www.goethe.de/cgi-bin/print-url.pl?url=http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/pl/deindex.htm> (30.07.2009)
- Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Leske u. Budrich, Opladen 1999.
- Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahresschrift – Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 48. Jg., Heft 3. VS Verlag, Wiesbaden 2007, S. 413-433.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Metz, Andreas: Gewerkschaft Solidarnosc: „Wir Polen haben dem russischen Bären die Zähne ausgeschlagen“. Eurasisches Magazin (EM 08-05), 2005.
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/drucken.asp?artikelID=20050811>
 (31.07.2008)
- Mildenberger, Markus: Die Transformation des politischen Systems Polens am Beispiel der Parteien. In: WeltTrends Nr. 27 – Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Sommer 2000, S. 25-40.
- Mildenberger, Markus: Die Europadebatte in Politik und Öffentlichkeit der ostmitteleuropäischen EU-Kandidatenländer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 1-

- 2/2002 – Osteuropa: EU-Erweiterung). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002, S. 3-10.
- Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt am Main 1969.
- Müller, Klaus: Sequenztheorien der postkommunistischen Transformation. In: Internationale Politik und Gesellschaft 1/99. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Bonn 1999, S. 19-27.
<http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-1999-1/artmueller.pdf> (22.01.2009)
- Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 2.Auflage, Verlag C.H.Beck, München 2004.
- Ochmann, Cornelius: Polen. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 279-290.
- Ochmann, Cornelius: Polen. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 688, Bonn 2008, S. 365-376.
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence: Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy. John Hopkins University Press, Baltimore/London 1986.
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C.: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. In: O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence: Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy. John Hopkins University Press, Baltimore/London 1986, IV. Teil, zitiert nach: Pallinger, Zoltan Tibor: Der Umbruch in Osteuropa und die Theorien des Systemwechsels. Beiträge Nr. 10 der Forschungsstelle für Internationale Beziehungen, Eidgenössische Technische Hochschule, Juni 1997.
- O'Donnell, Guillermo: Transitions, Continuities and Paradoxes. In: Mainwaring, Scott; O'Donnell, Guillermo; Valenzuela, Samuel (Hrsg.): Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective. Notre Dame University Press, Notre Dame 1992, S. 17-56, zitiert nach: Pallinger, Zoltan Tibor: Der Umbruch in Osteuropa und die Theorien des Systemwechsels. Beiträge Nr. 10 der Forschungsstelle für Internationale Beziehungen, Eidgenössische Technische Hochschule, Juni 1997.
- Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt am Main/New York 1994, zitiert nach: Franzen, Wolfgang; Haarland, Hans Peter; Niessen, Hans-Joachim: Osteuropa zwischen Euphorie,

- Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005.
- Pallinger, Zoltan Tibor: Der Umbruch in Osteuropa und die Theorien des Systemwechsels. Beiträge Nr. 10 der Forschungsstelle für Internationale Beziehungen, Eidgenössische Technische Hochschule, Juni 1997.
<http://e-collection.ethbib.ethz.ch/eserv/eth:22514/eth-22514-01.pdf> (10.03.2009)
- Parsons, Talcott: The Social System. New York 1951.
- Pauer, Jan: Aufarbeitung der Diktaturen in Tschechien und der Slowakei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (42/2006 – Vergangenheitspolitik). Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 25-32.
- Pridham, Geoffrey: The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective. In: Gunther, Richard; Diamandouros, Nikiforos P.; Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore 1995, S. 166-203.
- Przeworski, Adam: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives. 1986, S. 47-63.
- Przeworski, Adam: Democracy as a Contingent Outcome of Conflicts. In: Elster, Jon; Slagstad, Rune (Hrsg.): Constitutionalism and Democracy. Cambridge 1988, S. 59-80.
- Przeworski, Adam: The Games of Transition. In: Mainwairing, Scott; O'Donnell, Guillermo; Valenzuela, J. Samuel (Hrsg.): Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective. Notre Dame/Indiana 1992, S. 105-152.
- Putnam, Robert: Making Democracy Work. Princeton 1993, zitiert nach: Von Baer, Ena: Die Rolle der Vergangenheitsbewältigung im Systemwechsel: Fallbeispiel Chile. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 2004.
- Raabe, Stephan Georg: Die Solidarnosc-Bewegung im Wandel der Zeiten. Eine ‚konstruktive Revolution‘ feiert Jubiläum. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Auslandsbüro Polen, Warschau 2005a.
http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/-/dokument_id-7228/index_print.html
 (31.07.2008)

- Raabe, Stephan Georg: Zur Situation in Polen 15 Jahre nach der Wende. Gesellschaftliche Hintergründe und Rahmenbedingungen. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Auslandsbüro Polen, Warschau 2005b.
http://www.kas.de/proj/home/pub/48/1/-/dokument_id-6963/index_print.html
(14.04.2009)
- Raabe, Stephan Georg: Transformation und Zivilgesellschaft in Polen. Die Kirche als ‚Verbündete‘ der Zivilgesellschaft. In: Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung – Nummer 9 - 2008. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Warschau 2008.
- Raben, Mia: Das bröckelnde Denkmal Walesa. Texte des Netzwerkes für Osteuropa-Berichterstattung (n-ost), 10.08.2005.
http://n-ost.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=445&Itemid=106
(31.07.2008)
- Riescher, Gisela; Ruß, Sabine: Schlußbetrachtung: Zur Funktion von Zweiten Kammern in modernen Demokratien. In: Riescher, Gisela; Ruß, Sabine; Haas, Christoph M. (Hrsg.): Zweite Kammern. München/Wien 2000, S. 382-401, zitiert nach: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Leske u. Budrich, Opladen 2004a, S. 9-69.
- Rueschemeyer, Dietrich; Stephens Huber, Evelyn; Stephens, John: Capitalist Development & Democracy. Cambridge 1992.
- Rupnik, Jacques: Das Vermächtnis der Charta 77. Deutsche Übersetzung des Artikels „Les fruits de la dissidence“ in der französischen Tageszeitung ‚Liberation‘ vom 25.1.2007.
- Rustow, Dankwart: Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model. In: Comparative Politics. 2. Jg., April 1970, S. 337-363.
- Rydlewski, Grzegorz: Regierung und Regierungsverwaltung in Polen. In: WeltTrends Nr. 27 – Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Sommer 2000, S. 41-59.
- Sachs, Jeffrey: Poland’s Jump to the Market Economy. Cambridge/Mass. 1993.
- Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. 3.Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2000.
- Schulmeister, Paul: Das Wunder der ‚Wende‘. Artikel in der Tageszeitung ‚Die Presse‘ vom 27.Juli 2009, S. 22.
- Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. A. Francke AG Verlag, Bern 1950, zitiert nach: Gärtner, Heinz: Internationale Sicherheit. Definitionen von A-

- Z. Wiener Schriften zur Internationalen Politik – Band 9, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005.
- Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozeß. Leske u. Budrich, Opladen 1997, S. 57-99.
- Segert, Dieter: Mitglied im kommunistischen Lager. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 276). Tschechien. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002a. http://www.bpb.de/publikationen/9YBJ95,0,0,Mitglied_im_kommunistischen_Lager.html (14.04.2009)
- Segert, Dieter: Politisches System nach 1989. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 276). Tschechien. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002b. http://www.bpb.de/publikationen/GG2QVL,0,0,Politisches_System_nach_1989.html (14.04.2009)
- Segert, Dieter: Akteursorientierte Theorien und ihre Dilemmata. Unterlagen zur Vorlesung „Politischer Systemwandel in Osteuropa nach 1989 – Erbe des Staatssozialismus und internationale Einflüsse“ aus dem Sommersemester 2006. VO 7 vom 17.5.2006. http://homepage.univie.ac.at/dieter.segert/VO_SS06/VO7.pdf (14.06.2006)
- Segert, Dieter: Kultur als Hemmnis oder Ressource der postsozialistischen Transformation. Unterlagen zur Vorlesung „Politischer Systemwandel in Osteuropa nach 1989 – Erbe des Staatssozialismus und internationale Einflüsse“ aus dem Sommersemester 2006. VO 8 vom 24.5.2006. http://homepage.univie.ac.at/dieter.segert/VO_SS06/VO8erg.pdf (14.06.2006)
- Segert, Dieter: Postsozialismus als Erklärungsmodell. Unterlagen zur Vorlesung „Politischer Systemwandel in Osteuropa nach 1989 – Erbe des Staatssozialismus und internationale Einflüsse“ aus dem Sommersemester 2006. VO 9 vom 31.5.2006. http://homepage.univie.ac.at/dieter.segert/VO_SS06/VO9.pdf (14.06.2006)
- Segert, Dieter: Die post-kommunistische Linke in Osteuropa ohne echte linke Politik? Zustandsbeschreibung und Analyse nach 15 Jahren Transformation. In: Brie, Michael; Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Rosa-Luxemburg-Stiftung – Texte 30, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006a, S. 206-217.
- Segert, Dieter: Bilanz der politischen Transformation in Osteuropa: Wie stabil sind die neuen Demokratien? Unterlagen zur Vorlesung „Osteuropäische Transformationen: Gemeinsame Aufgaben und subregionale Ausdifferenzierungen“ aus dem Sommersemester 2007. VO 9 vom 14.6.2007.

http://homepage.univie.ac.at/dieter.segert/VO_SoSe07/VO9_Skript_SS07.pdf

(17.03.2009)

Shugart, Matthew S.: Of Presidents and Parliaments. In: East European Constitutional Review (2) 1. 1993, S. 30-32.

Stepan, Alfred: Paths toward Redemocratization: Theoretical and Comparative Considerations. In: O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy. 3. Teil: Comparative Perspectives. 2. Auflage. Baltimore/London 1988, S. 64-84.

Vanhanen, Tatu: The Emergency of Democracy. A Comparative Study of 119 States, 1850-1979. Helsinki 1984.

Vanhanen, Tatu: The level of democratization related to socioeconomic variables in 147 states, 1980-1985. In: Scandinavian Political Studies (12) 2. 1989, S. 95-127.

Vanhanen, Tatu (Hrsg.): Strategies of Democratization. Washington 1992.

Vilimek, Tomas: Vergangenheitsbewältigung in der Tschechischen Republik – Einige Anmerkungen. Expertenforum des Goethe-Instituts über den Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit, 2007.

[http://www.goethe.de/cgi-bin/print-](http://www.goethe.de/cgi-bin/print-url.pl?url=http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/cz/deindex.htm)

[url.pl?url=http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/cz/deindex.htm](http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/cz/deindex.htm) (30.07.2009)

Vodicka, Karel: Das politische System Tschechiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Leske u. Budrich, Opladen 2004, S. 247-284.

Von Baer, Ena: Die Rolle der Vergangenheitsbewältigung im Systemwechsel: Fallbeispiel Chile. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 2004.

[http://deposit.d-nb.de/cgi-](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=979719356&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=979719356.pdf)

[bin/dokserv?idn=979719356&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=979719356.pdf](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=979719356&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=979719356.pdf)

(21.03.2009)

Von Beyme, Klaus: Systemwechsel in Osteuropa. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1994.

Wagner, Gerhard: Demokratische Reformen, politische Strukturen und Parteiensystem in der Republik Polen. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.): Das neue Polen in Europa. Studienverlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 43-61.

Waldrauch, Harald: Transitionstheorien zum Regimewechsel in den Ländern Osteuropas (1988-1990) und ihre Anwendung auf Polen und die Tschechoslowakei. Diplomarbeit, Universität Wien 1994.

- Waldrauch, Harald: Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel. Reihe Politikwissenschaft Nr. 36, Institut für Höhere Studien (IHS), Wien 1996.
http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_36.pdf (10.03.2009)
- Wallat, Josefine: Tschechische Republik. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 688, Bonn 2008, S. 497-506.
- Wetzel, Anne: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung. In: Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin. Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft. Heft 52/2005.
- Wiesenthal, Helmut: Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation. Arbeitspapier der Max-Planck-Gesellschaft, AG Transformationsprozesse No 10, 1994, zitiert nach: Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1999.
- Wiesenthal, Helmut: Transformationsforschung als Paradimentest. In: Berliner Osteuropa-Info 13: Osteuropa zehn Jahre nach dem Umbruch: Aktuelle Forschungsbilanzen und Zukunftsperspektiven. Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin (Hrsg.), Berlin 1999, S. 5-7.
- Wiesenthal, Helmut: Eine Soziologie der Transformation? Vortrag im Erfurter Kolloquium zur Transformation und Europäischen Integration Mittel-Ost-Europas vom 08.-10.07.2004 in der Universität Erfurt.
http://www.afs-ev.de/div-pap/transformation_erfurt.pdf (17.02.2009)
- Wiesenthal, Helmut: Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung. Beitrag zur Sprechertagung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Sonderforschungsbereiche vom 17.-18.10.2008 in Wittenberg.
http://www.afs-ev.de/div-pap/wiesenthal_transformation_oder_wandel.pdf
 (19.10.2008)
- Wnuk-Lipinski, Edmund: Die verschlungenen Pfade der Gestaltung der Bürgergesellschaft in Mittelosteuropa. In: Christentum – Welt – Politik. Hefte zum gesellschaftlichen Nachdenken aus christlicher Verantwortung. Nummer 1 (2) 2008. Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität Warschau, Warschau 2008.

Ziemer, Klaus; Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Leske u. Budrich, Opladen 2004, S. 189-246.

7 Abstract:

Diese Diplomarbeit zieht eine vergleichende Bilanz der Transformationsprozesse in Polen und Tschechien, welche durch die Ereignisse des Jahres 1989 sowie der Zeit davor ausgelöst wurden. Am Beginn der Arbeit steht ein allgemeiner Teil, der sowohl die Transformationstheorien als auch die Phasen einer Transformation beinhaltet. Nachfolgend wird die Demokratisierung Osteuropas beschrieben, der zwar eine gemeinsame Ursachenkette (wirtschaftliche Ineffizienz, Legitimationskrise der herrschenden Eliten, Abkehr von der Breschnew-Doktrin) zugrundeliegt, welche aber gleichzeitig auch die verschiedenen Transformationspfade der einzelnen Länder (z.B.: ausgehandelter Systemwechsel in Polen; Regimekollaps in der Tschechoslowakei) offenbart. Die Transformation Osteuropas ist meiner Meinung nach einer eigenen 4. Demokratisierungswelle zuzuordnen, da sie wesentliche Unterschiede zu jenen der 3. Welle aufweist – so vor allem das ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit‘ (von Demokratisierung und Wirtschaftsumbau). Den Hauptteil der Arbeit bilden die Entwicklungen in Polen und Tschechien, die einerseits Gemeinsamkeiten beinhalten (z.B.: zivilgesellschaftliche Ansätze in der 1970er Jahren, rechtsstaatlich-demokratische Verfassungen, Arbeitsparlamente, Wahl der Oppositionsführer zu Staatspräsidenten, strikte Wirtschaftsreformvorhaben, EU-Beitritt), andererseits aber auch sehr unterschiedlich verlaufen sind (z.B.: einer Liberalisierungsstrategie in Polen und einer Repressionsstrategie in der CSSR vor 1989 folgten unterschiedliche Wege der Ablösung der alten politischen Regime, unterschiedliche Rolle der Oppositionsbewegungen sowie der katholischen Kirche in beiden Ländern, weitaus länger andauernder Transitionsprozess in Polen, unterschiedliche Entwicklung der Parteiensysteme, Entstehen einer Bürgergesellschaft in Polen in den 1980er Jahren,...). Abschließend ist festzustellen, dass in beiden Ländern – wenn auch nicht auf westeuropäischem Niveau – die politischen, sowie die wirtschaftlichen Systeme als konsolidiert gelten und somit Polen als auch Tschechien zum ‚Erfolgsmodell Mitteleuropa‘ zu zählen sind.

8 Lebenslauf:

Geboren wurde ich, Baravalle Andreas, am 4. März 1971 in Eisenstadt. Die Volksschule besuchte ich in Siegendorf im Burgenland und wechselte danach an das Naturwissenschaftliche Realgymnasium in Eisenstadt, wo ich am 2. Juni 1989 in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik, Geografie und Wirtschaftskunde, röm. kath. Religion sowie Geschichte und Sozialkunde maturierte. Im Fach Geschichte verfasste ich zudem eine mehrseitige Fachbereichsarbeit über die Situation der burgenländischen Roma und Sinti in der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Während meiner Oberstufenschullaufbahn war ich in den Sommermonaten bei diversen Firmen im Burgenland (z.B. BEWAG, Burgenländischer Wasserleitungsverband, Österreichische Bundespost) als Ferialpraktikant tätig. Danach leistete ich meinen Präsenzdienst beim österreichischen Bundesheer in Eisenstadt.

Nach einem einsemestrigen Studium der Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien wechselte ich mit Beginn des Sommersemesters 1991 an die Universität Wien und inskribierte eine Fächerkombination, bestehend aus Politikwissenschaft und Völkerkunde. In weiterer Folge arbeitete ich mehrere Jahre bei der Firma Billa und konnte mir so den Großteil meines Studiums und meines Lebensunterhaltes selbst finanzieren. Von 1998 bis Ende 2005 unterbrach ich mein Studium aus beruflichen Gründen. Während dieser Zeit und auch schon davor arbeitete ich in einem Studentenwohnheim der Österreichischen Jungarbeiterbewegung (ÖJAB) als Heimmitarbeiter (Heimleiterstellvertreter), außerdem managte ich dort die heiminterne Bar. Im Rahmen meiner Tätigkeiten bei der ÖJAB absolvierte ich im April 1999 auch ein Weiterbildungsseminar zum Thema ‚Konfliktmanagement‘. Von meinen Hobbies möchte ich vor allem Fußballspielen hervorheben – beim Fußballverein ASV Siegendorf war ich 20 Jahre als Spieler tätig.

Mit Ende des Jahres 2005 nahm ich mein nunmehriges Diplomstudium der Politikwissenschaft wieder auf und konnte bis Jänner 2009 alle Teilprüfungen des zweiten Studienabschnittes – unter anderem auch mein zweisemestriges Forschungspraktikum zum Thema ‚Parlamentarische Kontrolle‘ bei Univ.Prof. Dr. Wolfgang C. Müller – erfolgreich ablegen. Zur Vertiefung absolvierte ich dabei Spezialisierungsmodule aus den Themenfeldern ‚Europa und Europäische Union‘, ‚Österreichische Politik‘ und ‚Politik im außereuropäischen Vergleich‘, sowie Spezialisierungswahlfachbündel aus den Bereichen ‚Internationale Politik‘ und ‚Kultur- und Sozialanthropologie‘. Vom 1. Februar 2007 bis zum 21. Mai 2009 war ich noch zusätzlich zu meinem Studium in Kinderkarenz. Von Ende Jänner bis Ende September 2009 arbeitete ich schlussendlich an meiner Diplomarbeit mit dem Titel: ‚Systemwechsel und

Transformationsprozess in Polen und Tschechien', die von Univ.Prof. Dr. Peter Gerlich betreut wurde.